



Vereinte Nationen

**Bericht des Generalsekretärs
über die Tätigkeit der
Vereinten Nationen**

Generalversammlung

Offizielles Protokoll
Vierundfünfzigste Tagung
Beilage 1 (A/54/1)

Generalversammlung
Offizielles Protokoll
Vierundfünfzigste Tagung
Beilage 1 (A/54/1)

Bericht des Generalsekretärs
über die Tätigkeit der
Vereinten Nationen



Vereinte Nationen · New York 1999

ISSN 0252-0044

Inhalt

<i>Kapitel</i>	<i>Ziffer</i>	<i>Seite</i>
Einleitung	1 - 61	1
Sich der humanitären Herausforderung stellen.....	1 - 61	1
I. Herbeiführung von Frieden und Sicherheit	62 - 126	9
Einleitung	62 - 67	9
Vorbeugende Diplomatie und Friedensschaffung	68 - 88	9
Friedenssicherung	89 - 100	12
Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit	101 - 108	14
Wahlhilfe	109 - 111	15
Die Vereinten Nationen, die Regionalorganisationen und die Sicherheit.....	112 - 116	15
Abrüstung.....	117 - 123	16
Sanktionen.....	124 - 126	17
II. Entwicklungszusammenarbeit	127 - 189	19
Überblick	127 - 141	19
Beseitigung der Armut.....	142 - 151	21
Soziale Entwicklung	152 - 166	22
Nachhaltige Entwicklung	167 - 171	24
Afrika.....	172 - 187	25
Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften	188 - 189	27
III. Erfüllung der humanitären Verpflichtungen	190 - 219	29
Koordination der humanitären Maßnahmen.....	192 - 199	29
Erbringung humanitärer Dienste.....	200 - 210	30
Flüchtlingshilfe.....	211 - 219	32
IV. Auseinandersetzung mit der Globalisierung	220 - 255	35
Wirtschaftliche und soziale Dimensionen	221 - 238	35
Globalisierung und Umwelt	239 - 246	38
Die "unzivilisierte Gesellschaft"	247 - 251	39
Auswirkungen der Globalisierung auf die Sicherheit	252 - 255	39
V. Die internationale Rechtsordnung und die Menschenrechte	256 - 276	41
Einleitung.....	256 - 260	41
Der Internationale Strafgerichtshof.....	261 - 262	41
Die internationalen Gerichte.....	263 - 274	41
Künftige Aufgaben	275 - 276	43
VI. Die Gestaltung des Wandels	277 - 344	45
Schaffung einer Kommunikationskultur	277 - 285	45
Verwaltung und Management	286 - 299	46
Rechtsangelegenheiten.....	300 - 315	48
Projektdienste	316 - 324	50
Rechenschaftspflicht und Aufsicht	325 - 344	51

Einleitung

Sich der humanitären Herausforderung stellen

1. Im Angesicht der Schrecken von Kriegen und Naturkatastrophen vertreten die Vereinten Nationen bereits seit langem die Haltung, daß Vorbeugen besser ist als Heilen, daß wir die Übel an der Wurzel packen müssen und nicht nur ihre Symptome bekämpfen dürfen. Doch haben wir unserem Leitziel bislang keine wirksamen Taten folgen lassen. Aus diesem Grunde sieht sich die internationale Gemeinschaft heute präzedenzlosen humanitären Herausforderungen gegenüber.

2. Die wetterbedingten Naturkatastrophen des Jahres 1998 waren die schlimmsten seit Menschengedenken. Überschwemmungen und Stürme kosteten weltweit Zehntausenden von Menschen das Leben; weitere Millionen verloren ihre Unterkunft. Schließt man die Erdbebenopfer ein, so forderten Naturkatastrophen im vergangenen Jahr etwa 50.000 Menschenleben. Gleichzeitig sieht es so aus, als ob die zwar nur allmähliche, aber dennoch hoffnungsträchtige Hinentwicklung zu einer Welt mit weniger Kriegen und weniger Kriegsoffern, die sich in letzter Zeit abzeichnen schien, zum Stillstand gekommen sei. In Angola, Guinea-Bissau, Kaschmir und im Kosovo sowie zwischen Äthiopien und Eritrea sind bewaffnete Konflikte ausgebrochen oder wieder aufgeflammt. Andere bereits seit langem andauernde Kriege, namentlich in der Demokratischen Republik Kongo, nahmen, in der Berichterstattung der globalen Medien weitgehend unbeachtet, unerbittlich ihren Fortgang. Auch Zivilpersonen haben schwerer unter den Kriegsauswirkungen zu leiden. Zum einen fordern Kriege im Inneren von Staaten, die inzwischen häufigste Form des bewaffneten Konflikts, in der Regel mehr Opfer unter der Zivilbevölkerung als Kriege zwischen Staaten. Zum anderen machen Kombattanten den Angriff auf Zivilpersonen in zunehmendem Maße zu ihrem strategischen Ziel. Selbst Mitarbeiter humanitärer Hilfsorganisationen bleiben von dieser brutalen Mißachtung humanitärer Normen – so auch der Genfer Abkommen von 1949 über die Regeln des Krieges, deren fünfzigsten Jahrestag wir erst vor kurzem begangen haben – nicht verschont. Allzu oft wird ihnen der Zugang zu den Opfern in Konfliktzonen verwehrt oder werden sie selbst angegriffen.

3. Das Wiederaufleben bewaffneter Konflikte und die sowohl in menschlicher als auch finanzieller Hinsicht rasch eskalierenden Kosten von Naturkatastrophen stellen uns vor eine zweifache Aufgabe. Auf der einen Seite müssen wir unsere Kapazität erweitern, den Opfern Hilfe zukommen zu

lassen; Kapitel III dieses Berichts befaßt sich, ebenso wie mein Bericht an den Sicherheitsrat über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, eingehend damit, wie wir unsere Strategien zur Durchführung humanitärer Maßnahmen verbessern können. Auf der anderen Seite müssen wir wirksamere Strategien erarbeiten, um zu verhindern, daß Notstände überhaupt entstehen. In dieser Einleitung geht es mir hauptsächlich darum, Argumente für bessere und kostenwirksamere Verhütungsstrategien vorzubringen.

Die Größe der Herausforderung

4. In den neunziger Jahren haben sich weltweit dreimal so viele große Naturkatastrophen ereignet als in den sechziger Jahren, wohingegen der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften zufolge die Not Hilfsmittel allein in den letzten fünf Jahren um 40 Prozent zurückgegangen sind.

5. Im Jahr 1998 forderten die Hurrikane "Georges" und "Mitch", letzterer der verheerendste Atlantiksturm der vergangenen 200 Jahre, in der Karibik mehr als 13.000 Todesopfer. Im Juni des gleichen Jahres verursachte ein in den Medien weitaus weniger beachteter Wirbelsturm in Indien ähnlich hohe Schäden wie "Mitch" und kostete etwa 10.000 Menschen das Leben.

6. Schwere Überschwemmungen in Bangladesch, Indien, Nepal, und weiten Teilen Ostasiens forderten Tausende von Menschenleben. Zwei Drittel Bangladeschs waren monatelang überflutet, wodurch Millionen von Menschen obdachlos wurden. Mehr als 3.000 Menschen kamen in China bei den katastrophalen Überschwemmungen des Yangtse ums Leben, Millionen mußten ihre Wohngebiete verlassen, und die entstandenen Kosten werden auf unvorstellbare 30 Milliarden US-Dollar geschätzt. In Brasilien, Indonesien und Sibirien verwüsteten Waldbrände Zehntausende von Quadratkilometern Waldgebiet, was verheerende Folgen für die Gesundheit der Menschen und die einheimische Wirtschaft hatte. In Afghanistan wurden bei Erdbeben mehr als 9.000 Menschen getötet. Im August 1999 ereignete sich in der Türkei eines der verheerendsten Erdbeben der jüngsten Geschichte.

7. Was gewaltsame Konflikte betrifft, war der erhebliche Anstieg der Zahl der Kriege diejenige Entwicklung, die 1998 den größten Anlaß zu Besorgnis gab. Dies ist umso beunruhigender, als die Häufigkeit und Schwere kriegerischer Auseinandersetzungen in der Welt seit 1992 zurückgegangen war – manchen Forschern zufolge um mehr als ein Drittel.

8. Die humanitäre Herausforderung wird dadurch verschärft, daß die internationale Gemeinschaft auf humanitäre Notsituationen nicht konsequent reagiert. Die Aufmerksamkeit der Medien trägt mit zu dem Problem bei. So war beispielsweise die Berichterstattung über die Kosovo-Krise flächendeckend, wohingegen der Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea, der sich länger hinzieht und mehr Todesopfer gefordert hat, und der erneute Ausbruch des verheerenden Bürgerkriegs in Angola in den Medien nur geringe Erwähnung fanden. Über andere Kriege wurde so gut wie gar nicht berichtet. Die Reaktion auf Appelle um humanitäre Hilfe und Sicherheitsbeistand ist, zum Teil auch aus diesem Grund, ähnlich unausgewogen. Nicht die Berichterstattung in den Medien, nicht politische oder geographische Erwägungen, sondern einzig und allein die Bedürfnisse der Menschen sollten das Kriterium für die Gewährung solcher Hilfe bilden.

9. Besonders betroffen bin ich über die geringe Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die Bedürfnisse der Opfer von Kriegen und Naturkatastrophen in Afrika. Wenn wir angesichts dringender Bedürfnisse nicht an unseren grundlegendsten Prinzipien des Multilateralismus und der humanitären Ethik festhalten, wird man uns im besten Fall der Inkonsequenz, im schlimmsten Falle aber der Heuchelei beschuldigen.

Die Ursachen verstehen: Der erste Schritt auf dem Weg zu einer erfolgreichen Prävention

10. Die Aufstellung wirksamer Präventionsstrategien setzt ein klares Verständnis der den Problemen zugrunde liegenden Ursachen voraus. Wenn es um Katastrophen geht, so sind die Antworten vergleichsweise einfach; Kriege bieten indessen ein komplizierteres Bild.

11. Die Orte, an denen Menschen zusammenleben, werden immer Gefährdungen durch die Natur – Überschwemmungen, Dürren, Stürmen oder Erdbeben – ausgesetzt sein. Heute sind jedoch zuweilen die Menschen selbst Urheber von Katastrophen, die fast alle durch menschliche Tätigkeit – oder Untätigkeit – noch verschlimmert werden. Das Wort "Naturkatastrophe" wird immer mehr zu einer anachronistischen Fehlbezeichnung. In Wirklichkeit werden die von der Natur ausgehenden Gefahren erst durch menschliches Verhalten zu dem, was man eigentlich als "unnatürliche" Katastrophen bezeichnen sollte.

12. Der Tribut, den die Naturgefahren fordern, steigt durch Armut und Bevölkerungsdruck, da immer mehr Menschen gezwungen sind, dort zu leben, wo sich diese Gefahren manifestieren – in Flutebenen, erdbebengefährdeten Gebieten und an erdrutschgefährdeten Hängen. Es ist kein Zufall, daß mehr als 90 Prozent aller Katastrophenopfer weltweit in den Entwicklungsländern leben.

13. Auf Dauer nicht tragfähige Entwicklungspraktiken tragen ebenfalls dazu bei, die Folgen des natürlichen Gefahrenpotentials zu verschlimmern. Durch massive Abholzung verringert sich die Fähigkeit des Bodens zur Aufnahme heftiger Regenfälle und erhöht sich die Wahrscheinlichkeit von Erosion und Überschwemmungen. Infolge der Zerstörung von Feuchtgebieten kann der Boden große Mengen abströmenden Oberflächenwassers schlechter aufnehmen, was wiederum die Überschwemmungsgefahr erhöht. Diese und ähnliche Umweltsünden zwangen 1998 schätzungsweise 25 Millionen Menschen, ihren Grund und Boden zu verlassen und in überfüllte und oftmals katastrophenanfällige Städte zu ziehen.

14. Die Erde hat zwar schon immer natürliche Zyklen der Erwärmung und der Abkühlung durchlaufen, doch fielen die 14 heißesten Jahre seit Beginn der Messungen in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in die vergangenen beiden Dekaden, wobei das Jahr 1998 das heißeste statistisch erfaßte Jahr war. Obwohl dies in manchen Kreisen auch weiterhin bestritten wird, häufen sich doch die Beweise dafür, daß die derzeitige Erwärmungsphase und die damit einhergehenden extremen Klimaphänomene auf den Anstieg der Kohlenstoffemissionen zurückzuführen sind, die zum Großteil durch menschliche Eingriffe verursacht werden.

15. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Ursachen von Kriegen schwieriger zu erklären sind als die von Naturphänomenen. Das Sozialverhalten unterliegt nicht in gleicher Weise physikalischen Gesetzen wie Wirbelstürme oder Erdbeben; die Menschen gestalten ihre Geschichte selbst, oftmals mit Gewalt und manchmal ohne daß es eine Erklärung gäbe. Die Kausalitäten sind demzufolge komplex und vielschichtig und von Krieg zu Krieg oftmals grundlegend verschieden.

16. Einige Faktoren, die die Wahrscheinlichkeit eines Krieges erhöhen, lassen sich jedoch nennen. In den vergangenen Jahren wurden arme Länder mit weitaus höherer Wahrscheinlichkeit in bewaffnete Konflikte verstrickt als reiche Länder. Doch Armut an sich scheint nicht das Ausschlaggebende zu sein; der Großteil der armen Länder lebt die meiste Zeit in Frieden.

17. Eine von der Universität der Vereinten Nationen unlängst erstellte Studie zeigt, daß Länder, in denen Krieg herrscht, in der Regel auch von mangelnder Gleichberechtigung der gesellschaftlichen Gruppen im Lande geprägt werden. Dies scheint, weit eher als die Armut, der maßgebliche Faktor zu sein. Gleichviel, ob Volksgruppen- oder Religionszugehörigkeit, nationale Identität oder wirtschaftliche Klassenzugehörigkeit dieser mangelnden Gleichberechtigung zugrunde liegen, findet sie zumeist ihren Ausdruck in einem ungleichberechtigten Zugang zu politischer Macht, wodurch allzuoft der Weg zu friedlichem Wandel versperrt wird.

18. Auch wirtschaftlicher Niedergang steht mit gewalttätigen Konflikten in engem Zusammenhang, nicht zuletzt, weil die Politik bei rezessiver Wirtschaftslage inhärent konfliktträchtiger ist als zu Zeiten des Wirtschaftswachstums. In manchen Fällen können die Auswirkungen radikaler marktwirtschaftlicher Reformen und Struktur-anpassungsprogramme, die ohne ausgleichende sozialpolitische Maßnahmen durchgesetzt werden, die politische Stabilität untergraben. Allgemeiner gesehen, haben schwache Regierungen – und natürlich zerfallene Staaten – dem Ausbruch und der Ausbreitung von Gewalt, die von besser organisierten und legitimierte Regierungen hätten verhindert oder eingedämmt werden können, nur wenig entgegenzusetzen.

19. Der Übergang von der latenten Kriegsgefahr zum Krieg selbst kann durch das gezielte Schüren schwelender Unzufriedenheit sowie durch den demagogischen Mißbrauch ethnischer, religiöser oder nationalistischer Mythen und die Förderung entmenslichender Ideologien ausgelöst werden, wobei Hetzmedien oftmals die Träger sind. Das weitverbreitete Aufkommen einer sogenannten "Identitätspolitik" in Verbindung mit der Tatsache, daß weniger als 20 Prozent aller Staaten ethnisch homogen sind, bedeutet, daß politische Demagogen kaum Schwierigkeiten haben, opportune Ziele und Unterstützung für ihre chauvinistischen Anliegen zu finden. Die enorme Zunahme "ethnischer Säuberungen" in den neunziger Jahren läßt auf krasse Weise deutlich werden, welch furchtbaren Blutzoll eine solche böswillige Ausbeutung der Identitätspolitik fordern kann.

20. In anderen Fällen haben bewaffnete Konflikte weniger mit ethnischen, nationalen oder anderen Feindschaften zu tun als mit dem Kampf um die Verfügungsgewalt über wirtschaftliche Ressourcen. Eine Reihe innerstaatlicher Kriege wird heute um Diamanten, Drogen, Einschlagkonzessionen und andere wertvolle Rohstoffe geführt. In manchen Ländern ist der umkämpfte Preis die Fähigkeit der Staatsmacht, der Gesellschaft Ressourcen zu entziehen und Günstlingen und politischen Verbündeten Vorteile zukommen zu lassen. In anderen Ländern haben Rebellen Gruppen und ihre Anhänger die Verfügungsgewalt über den Großteil der Ressourcen – und die damit verbundenen Pfründe.

Präventionsstrategien

21. Wenn Präventivmaßnahmen ernster genommen werden, wird es von vornherein weniger Kriege und weniger folgenreiche Katastrophen zu überwinden geben. Dafür besteht ein klarer finanzieller Anreiz. In den sechziger Jahren verursachten Naturkatastrophen Schäden in Höhe von etwa 52 Milliarden Dollar; in den neunziger Jahren ist dieser Betrag bereits auf 479 Milliarden Dollar angewachsen. Die Kosten bewaffneter Konflikte sind ähnlich ernüchternd. Nach Schätzungen der Carnegie-Kommission für die Ver-

hütung tödlicher Konflikte haben die sieben großen Kriege der neunziger Jahre, Kosovo nicht eingeschlossen, die internationale Gemeinschaft 199 Milliarden Dollar gekostet. Dazu kommen noch die Kosten, die den kriegführenden Ländern selbst entstanden sind. Die Wissenschaftler der Carnegie-Kommission argumentierten, daß der Großteil dieser Kosten hätte vermieden werden können, wenn der Prävention größerer Stellenwert eingeräumt worden wäre.

22. Wirksamere Präventionsstrategien würden nicht nur Dollarbeträge in zweistelliger Milliardenhöhe einsparen, sondern auch das Leben Hunderttausender von Menschen retten. Die Gelder, die gegenwärtig in Interventionen und Hilfsmaßnahmen fließen, könnten stattdessen zur Förderung einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung verwendet werden, was die Kriegs- und Katastrophengefahr weiter mindern würde.

23. Die Schaffung einer Kultur der Prävention ist allerdings nicht einfach. Die Kosten dafür fallen nämlich in der Gegenwart an, während ihr Nutzen in ferner Zukunft liegt. Dazu ist dieser nicht einmal greifbar, denn es handelt sich dabei um Kriege und Katastrophen, die gar nicht erst stattfinden. Daher sollte es uns nicht überraschen, daß Präventivmaßnahmen eher Lippenbekenntnisse als faktische Unterstützung erhalten.

24. Dies ist noch nicht alles. Die Geschichte lehrt uns, daß monokausale Erklärungen für Kriege wie für Naturkatastrophen unweigerlich zu stark vereinfachen. Das bedeutet, daß es auch keine einfachen Pauschallösungen geben kann. Um komplexere Ursachen zu beheben, bedarf es komplexer, disziplinenübergreifender Lösungen. Daraus folgt als grundlegende Aussage, daß die Durchführung von Präventionsstrategien für den Kriegs- wie für den Katastrophenfall die Zusammenarbeit einer breiten Vielzahl verschiedener Organisationen und Stellen erfordert.

25. Leider haben weder die internationalen noch die nationalen Bürokratien bisher die institutionellen Hindernisse beseitigt, die dem Aufbau einer sektorübergreifenden Zusammenarbeit, der Voraussetzung einer jeden erfolgreichen Prävention, entgegenstehen. So verfügen die für die Sicherheitspolitik zuständigen Stellen der einzelstaatlichen Regierungen wie der internationalen Organisationen zumeist nur über geringe Kenntnisse auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik und der Staatsführung, während diejenigen, die für diese Bereiche verantwortlich sind, nur selten Sicherheitsaspekte berücksichtigen. Wenn die Schranken, die durch die organisatorische Kompetenzaufteilung entstehen, überwunden werden sollen, bedarf es einer entschlossenen Führung sowie eines nachdrücklichen Engagements für die Schaffung disziplinenübergreifender horizontaler politischer Netzwerke, denen auch unsere Partner in der internationalen Zivilgesellschaft mit angehören.

Katastrophenprävention

26. Ziel der Katastrophenprävention ist es, die Gefährdung der Gesellschaften durch Katastrophenfolgen zu verringern und daneben die anthropogenen Katastrophenursachen anzugehen. Die Frühwarnung ist für die kurzfristige Prävention von besonderer Bedeutung. Bei Hungersnöten erleichtert eine Vorwarnung Hilfeinsätze; bei Stürmen und Überschwemmungen ermöglicht sie den Menschen, die Gefahrenzone rechtzeitig zu verlassen. Technologische Verbesserungen bei der großräumigen Satellitenüberwachung revolutionieren derzeit die Sammlung von Frühwarndaten für die Katastrophenprävention.

27. Den Organisationen der Vereinten Nationen kommt bei der Frühwarnung eine immer bedeutendere Rolle zu. So ergehen seitens der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen lebenswichtige Warnungen vor drohenden Hungersnöten, und die Weltorganisation für Meteorologie gewährt Unterstützung bei der Vorhersage tropischer Wirbelstürme und bei der Dürrekontrolle. Das Internet erleichtert die Verbreitung von Satelliten- und anderen Warndaten in Echtzeit.

28. Darüber hinaus gelten der Eventualfallplanung und anderen Maßnahmen der Katastrophenbereitschaft für katastrophengefährdete Länder verstärkte Anstrengungen, wobei aus der Internationalen Dekade für Katastrophenvorbeugung erhebliche methodologische Verbesserungen bei der Risikobewertung und der Schadensabschätzung hervorgegangen sind. Aufgrund dieser und weiterer Innovationen sind sich die Regierungen in zunehmendem Maße der Gefahren und der Kosten bewußt, die mit einer unangemessenen Bodennutzung und ungeeigneten Umweltpraktiken einhergehen.

29. Auch hinsichtlich der zu ergreifenden Maßnahmen bildet sich zunehmend ein Konsens heraus. In Gefahrengebieten wie hochwassergefährdeten Flutebenen, erdrutschgefährdeten Hängen oder Grabenbrüchen sollten dem Wohnbau und der kommerziellen Entwicklung strengere Beschränkungen auferlegt werden. Mittels Bauvorschriften sollte eine höhere Belastbarkeit der Gebäude gewährleistet sowie sichergestellt werden, daß die grundlegende Infrastrukturversorgung im Katastrophenfall aufrechterhalten werden kann. Ferner sind tragfähigere Umweltpraktiken erforderlich, insbesondere, was die Entwaldung von Hängen und den Schutz von Feuchtgebieten betrifft. Da Menschen sich eher aus Gründen der Armut als aus eigenem Antrieb in katastrophengefährdeten Gebieten ansiedeln, sollten darüber hinaus die Strategien zur Katastrophenprävention, um wirklich wirksam zu sein, in die allgemeine Entwicklungspolitik eingebunden werden.

30. Die während der Internationalen Dekade für Katastrophenvorbeugung gesammelten Erfahrungen zeigen, daß

ein Schlüssel zu erfolgreichen längerfristigen Präventionsstrategien in einer sektor- und disziplinenübergreifenden Zusammenarbeit auf breiter Grundlage liegt. Die Kampagne zur Senkung des Kohlenstoffausstoßes und zur Verlangsamung der globalen Erwärmung zeigt, was eine solche Zusammenarbeit bewirken kann. In enger Zusammenarbeit und geleitet von dem Konsens, der sich in der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe über Klimaänderungen herausgebildet hat, sind Wissenschaftler, Regierungen und örtliche Gemeinwesen in Zusammenarbeit mit den nichtstaatlichen Organisationen höchst erfolgreich dabei gewesen, die internationale Gemeinschaft auf die Gefahren der globalen Erwärmung aufmerksam zu machen.

31. Auch hier gibt es reichliche Nachweise für den Nutzen der Prävention. So schwer im vergangenen Jahr die Überschwemmungen in China auch waren, hätten sie doch weitaus mehr Menschenleben gefordert, wenn China nicht während der vorangegangenen Jahre umfangreiche Maßnahmen zur Katastrophenprävention ergriffen hätte. Überschwemmungen ähnlicher Größenordnung forderten in den Jahren 1931 und 1954 über 140.000 beziehungsweise 33.000 Todesopfer – gegenüber 3.000 im Jahr 1998. In einer ähnlichen Entwicklung kamen bei dem Hurrikan "Mitch" in einem Dorf in Honduras zwischen 150 und 200 Menschen ums Leben, während es in einem gleichermaßen gefährdeten Nachbardorf, in dem seit einiger Zeit ein Pilotprogramm zur Katastrophenvorbeugung lief, keine Toten gab.

32. Wir sollten jedoch die Herausforderungen nicht unterschätzen. Auf einigen Gebieten gibt es in Kernfragen noch immer keinen breiten wissenschaftlichen Konsens, und viele Fragen bleiben unbeantwortet. Oftmals besteht das Problem nicht so sehr darin, einen Konsens zwischen Wissenschaftlern herbeizuführen, als vielmehr darin, die Regierungen zu veranlassen, dem Druck veränderungsfeindlicher Interessengruppen zu widerstehen.

33. In allen Fällen sind die Ressourcen Teil des Problemkomplexes. Einige Regierungen, insbesondere in den ärmsten Entwicklungsländern, verfügen einfach nicht über die Mittel für großangelegte Programme zur Risikominderung und Katastrophenprävention. Hier ist internationale Hilfe von entscheidender Bedeutung. Sie ist außerdem in hohem Maße kostenwirksam, da Katastrophenbereitschafts- und -präventionsprogramme dazu beitragen können, daß der künftige Bedarf an humanitärer Hilfe und Wiederaufbaukosten drastisch sinkt.

34. Erziehung ist wichtig und darf nicht nur auf die Schulen beschränkt bleiben. Viele Regierungen und örtliche Gemeinwesen verfolgen seit langem zielführende und erfolgreiche eigene Strategien zur Risikominderung und zur Schadensbegrenzung. Es sollten Wege gefunden werden, dieses Wissen auch anderen zugänglich zu machen und es

mit den theoretischen Erkenntnissen der Wissenschaft und den praktischen Erfahrungen der nichtstaatlichen Organisationen zu kombinieren.

35. Aus allen diesen Gründen ist es unabdingbar, daß die während der Internationalen Dekade für Katastrophenvorbeugung geleistete Pionierarbeit fortgesetzt wird. Im Juli 1999 stellte das Programmforum für die Dekade eine Strategie für das nächste Jahrtausend vor, die den Titel trägt: "Eine sicherere Welt im 21. Jahrhundert: Risikominderung und Katastrophenvorbeugung". Diese Strategie hat meine volle Unterstützung.

Kriegsverhütung

36. Für die Vereinten Nationen gibt es kein höheres Ziel, keine größere Verpflichtung und kein wichtigeres Bestreben als die Verhütung bewaffneter Konflikte. Die wichtigsten kurz- und mittelfristigen Strategien, die verhindern sollen, daß gewaltlose Konflikte zu Kriegen eskalieren und bereits der Vergangenheit angehörende Kriege wieder ausbrechen, sind vorbeugende Diplomatie, vorbeugende Einsätze und vorbeugende Abrüstung. Bei der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit handelt es sich um ein breitgefächertes politisches Konzept, das die genannten sowie weitere Initiativen umfaßt. Längerfristige Präventionsstrategien richten sich gegen die tieferen Ursachen bewaffneter Konflikte.

37. Die vorbeugende Diplomatie, gleichviel, ob sie die Form der Vermittlung, der Schlichtung oder der Verhandlung annimmt, verfolgt in der Regel einen zwangsfreien, informellen und vertraulichen Ansatz. Ihre stillen Erfolge bleiben der Öffentlichkeit zumeist verborgen, und es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß bei erfolgreichen Bemühungen der vorbeugenden Diplomatie nichts passiert. Manchmal bedeutet das Gebot der Vertraulichkeit, daß eine Erfolgsgeschichte nie erzählt werden kann. Wie der ehemalige Generalsekretär, U Thant, einmal bemerkte, ist der perfekte Gute-Dienste-Einsatz der, von dem man erst dann hört, wenn er erfolgreich abgeschlossen ist, oder von dem man überhaupt nie etwas hört. Es überrascht daher kaum, daß die breite Öffentlichkeit die vorbeugende Diplomatie so häufig nicht zu schätzen weiß.

38. In einigen Unruheherden kann die bloße Anwesenheit eines geschickten und Vertrauen genießenden Sonderbeauftragten des Generalsekretärs die Spannungseskalation verhindern; in anderen mag ein proaktiveres Eingreifen erforderlich sein. Im September und Oktober 1998 konnte mein Sonderbotschafter für Afghanistan durch seine Intervention verhindern, daß die eskalierenden Spannungen zwischen Afghanistan und Iran zum Ausbruch eines Krieges führten. Über diese außerordentlich wichtige Mission wurde nur wenig bekannt, und doch gelang es ihr, mit minimalen Kosten potentiell sehr hohe Verluste an Menschenleben abzuwenden.

39. Die vorbeugende Diplomatie ist nicht auf Amtsträger beschränkt. Privatpersonen ebenso wie staatliche und internationale Organisationen der Zivilgesellschaft übernehmen eine zunehmend aktive Rolle bei der Verhütung, der Bewältigung und der Lösung von Konflikten. Manchmal ebnet die "Bürgerdiplomatie" auch den Weg für spätere offizielle Übereinkünfte. So trug beispielsweise Jimmy Carter, der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, mit seinem Besuch im Juni 1994 in Pjöngjang dazu bei, eine Krise im Zusammenhang mit dem Kernwaffenprogramm der Demokratischen Volksrepublik Korea beizulegen, und setzte einen Prozeß in Gang, der im Oktober 1994 unmittelbar zum Abschluß eines Abkommens zwischen dem Land und den Vereinigten Staaten von Amerika führte. Im Nahost-Friedensprozeß war es ein kleines norwegisches Forschungsinstitut, das den entscheidenden Anstoß gab, der den Weg für das 1993 geschlossene Übereinkommen von Oslo bereitete.

40. Die Regierungen arbeiten bei der Auseinandersetzung mit spannungsträchtigen Situationen, die zu gewaltsamen Konflikten führen könnten, immer häufiger partnerschaftlich mit Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen, um Spannungen zu entschärfen und kreative Lösungen für oftmals tiefliegende Probleme zu finden. In Fidschi beispielsweise stand am Ende der Zusammenarbeit zwischen nichtstaatlichen Organisationen und Regierungsbeamten mit stiller diplomatischer Unterstützung der Staaten der Region die Verkündung einer neuen Verfassung; gleichzeitig wurde ein von vielen Beobachtern für möglich gehaltener gewaltvoller Konflikt schon im Vorfeld verhindert.

41. Auch die Frühwarnung ist ein wesentlicher Bestandteil von Präventionsstrategien. Die Vereinten Nationen haben, oftmals in Partnerschaft mit Regionalorganisationen wie der Organisation der afrikanischen Einheit, ihre diesbezüglichen Kapazitäten stetig erweitert. Das Versäumnis der internationalen Gemeinschaft, in Ruanda und andernorts wirksam zu intervenieren, war indessen keineswegs darauf zurückzuführen, daß Warnungen ausgeblieben wären. Im Falle Ruandas fehlte vielmehr der politische Wille, dem Völkermord unter Einsatz von Gewalt entgegenzutreten. Ausschlaggebend waren hier die mangelnde Bereitschaft der Mitgliedstaaten, ihre Streitkräfte in einem Konflikt, durch den sie keine ihrer grundlegenden Interessen gefährdet sahen, Gefahren auszusetzen, ferner Kostenerwägungen sowie vor dem Hintergrund Somalias Zweifel daran, daß eine Intervention Erfolg haben könnte.

42. Ergänzt wird die vorbeugende Diplomatie durch vorbeugende Einsätze und vorbeugende Abrüstung. Wie die Friedenssicherung zielen auch vorbeugende Einsätze darauf ab, eine schmale neutrale Zone aufzubauen, die Konflikte durch Vertrauensbildung in Spannungsgebieten oder zwischen hochgradig polarisierten Gemeinschaften eindämmen hilft. Bislang ist das einzige konkrete Beispiel eines vorbeu-

genden Einsatzes die Mission der Vereinten Nationen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Bei anderen Konflikten wurden solche Einsätze in Erwägung gezogen. Sie sind weiterhin eine nur wenig verwendete, jedoch potentiell wertvolle Möglichkeit der Prävention.

43. Die vorbeugende Abrüstung zielt darauf ab, die Zahl der Kleinwaffen und der leichten Waffen in konfliktgefährdeten Regionen zu reduzieren. In El Salvador, Mosambik und andernorts bedeutete dies die Demobilisierung kämpfender Einheiten sowie die Einsammlung und Vernichtung ihrer Waffen als Teil der Durchführung eines umfassenden Friedensabkommens. Jede Waffe, die heute vernichtet wird, kann morgen nicht mehr im Krieg eingesetzt werden.

44. Darüber hinaus verfolgt die vorbeugende Abrüstung immer häufiger das Ziel einer Reduzierung des Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen, den einzigen Waffen, die heutzutage in den meisten bewaffneten Konflikten zum Einsatz kommen. Diese Waffen verursachen zwar keine Kriege, doch können sie die Anzahl der Kriegsoffer und die Kriegsdauer drastisch erhöhen. Meine nachdrückliche Unterstützung gilt den verschiedenen Initiativen, die innerhalb der Vereinten Nationen, auf Regionalebene sowie von Koalitionen nichtstaatlicher Organisationen derzeit unternommen werden, um diesen tödlichen Handel zu begrenzen.

45. Was heute als Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit bezeichnet wird, ist eine wichtige und relativ neue Entwicklung der Präventionsstrategie. Während der neunziger Jahre haben die Vereinten Nationen eine ganzheitlichere Vorgehensweise zur Umsetzung der von ihnen ausgehandelten umfassenden Friedensabkommen entwickelt. An der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit waren von Guatemala bis Namibia interinstitutionelle Teams beteiligt, die mit nichtstaatlichen Organisationen und lokalen Bürgergruppen zusammenarbeiteten, um Nothilfe zu leisten, Kombattanten zu demobilisieren, Minen zu räumen, Wahlen abzuhalten, unparteiliche Polizeikräfte aufzubauen und längerfristige Entwicklungsanstrengungen in Gang zu setzen. Prämisse dieser umfassenden Strategie ist, daß die Sicherheit der Menschen, eine gute Staatsführung, eine ausgewogene Entwicklung sowie die Achtung vor den Menschenrechten einander bedingen und sich gegenseitig stärken.

46. Eine Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit ist nicht zuletzt deswegen wichtig, weil es heute weit mehr Friedensabkommen umzusetzen gilt als in der Vergangenheit, ist doch während der neunziger Jahre eine dreimal so hohe Zahl von Abkommen unterzeichnet worden als während der vorangegangenen drei Jahrzehnte. Einige davon sind gescheitert, oftmals unter großer Anteilnahme der Medien, doch die meisten hatten Bestand.

47. Langfristige Präventionsstrategien sollen zerstörerische Konflikte dadurch bereits am Entstehen hindern, daß

sie an den tieferen Konfliktursachen ansetzen. Dabei wird der gleiche ganzheitliche Präventionsansatz verfolgt, der auch die Friedenssicherung in der Konfliktfolgezeit kennzeichnet. Dieses Vorgehen entspricht den Ergebnissen der vor kurzem veröffentlichten Studie der Universität der Vereinten Nationen, wonach eine integrative Wahrnehmung der öffentlichen Belange die beste Gewähr gegen gewaltsame Konflikte im Inneren bietet. Ein integrativer Ansatz erfordert, daß alle großen Gruppen einer Gesellschaft an ihren wichtigsten Institutionen – Regierung, Verwaltung, Polizei und Militär – teilhaben.

48. Diese Schlußfolgerungen stimmen mit der sogenannten These vom demokratischen Frieden überein, in der es heißt, daß Demokratien selten gegeneinander Krieg führen und daß sie im Vergleich mit nichtdemokratischen Staaten ein niedrigeres innerstaatliches Gewaltniveau aufweisen. Der erste Teil dieses Postulats ist in akademischen Kreisen noch immer Gegenstand lebhafter Debatten, zum Teil wegen des Bedeutungswandels, den der Demokratiebegriff über Raum und Zeit hinweg erfahren hat. Der zweite Teil ist weniger umstritten: Demokratie ist im Grunde eine gewaltlose Form der innerstaatlichen Konfliktbewältigung.

49. Die langfristige Prävention umfaßt bei weitem zu viele Strategien, als daß sie alle in diesem Rahmen im einzelnen abgehandelt werden könnten. Ich möchte lediglich drei Strategien herausgreifen, die eine nähere Betrachtung verdienen, jedoch in der internationalen Gemeinschaft bisher relativ wenig Aufmerksamkeit gefunden haben.

50. Erstens sollte sich die internationale Gemeinschaft stärker für politische Maßnahmen einsetzen, die in konfliktgefährdeten Staaten die auf den Menschen ausgerichtete Sicherheit erhöhen. Eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung ist eine notwendige Voraussetzung für Sicherheit, doch umgekehrt ist ein Mindestmaß an Sicherheit ebenso Voraussetzung für Entwicklung. Es ist daher wenig sinnvoll, die beiden Ziele getrennt voneinander zu verfolgen. Sicherheit vor organisierter Gewalt ist für die Menschen überall ein vorrangiges Anliegen, und die Gewährleistung einer demokratischen Rechenschaftspflicht und Transparenz im Sicherheitssektor sollte durch die Geberstaaten und die internationalen Finanzinstitutionen stärker unterstützt und gefördert werden. Da die überwältigende Mehrheit der bewaffneten Konflikte heute im Staateninneren und nicht mehr zwischen Staaten stattfindet, ist es darüber hinaus in vielen Fällen im Sinne der Sicherheit angebracht, einen Teil der für kostenintensive Landesverteidigungsprogramme veranschlagten Ressourcen für vergleichsweise kostengünstige Initiativen umzuwidmen, die die Sicherheit der Menschen – und damit die nationale Sicherheit – erhöhen.

51. Zweitens sollten verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um sicherzustellen, daß entwicklungspolitische Maßnahmen das Konfliktrisiko nicht steigern, indem

sie beispielsweise mangelnde Gleichberechtigung zwischen Gesellschaftsgruppen noch verschärfen. In diesem Zusammenhang sollte das Konzept der Konfliktfolgenbewertung weiter sondiert werden. Durch solche Bewertungen soll im Wege von Konsultationen mit einer breiten Vielzahl von Interessengruppen dafür Sorge getragen werden, daß bestimmte Grundsatzmaßnahmen auf dem Gebiet der Entwicklung oder der Staatsführung die Sicherheit zumindest nicht unterlaufen, sondern nach Möglichkeit erhöhen. Als Vorbild kann hier der bewährte Prozeß der Umweltverträglichkeitsprüfung dienen, der große Entwicklungsvorhaben und Projekte der industriellen Rohstoffgewinnung in vielen Ländern begleitet.

52. Drittens bringen die sich wandelnden weltwirtschaftlichen Realitäten neue Herausforderungen, aber auch neue Chancen mit sich. Während der vergangenen zehn Jahre war die Entwicklungshilfe weiter rückläufig, während der Zufluß privaten Kapitals in die Entwicklungsländer erheblich zugenommen hat. Dies hat den relativen Einfluß der Geberstaaten und internationalen Institutionen in den Entwicklungsländern gemindert, den internationalen Unternehmen hingegen eine breitere Präsenz verschafft. Der Privatsektor und die Sicherheit sind in vielerlei Hinsicht miteinander verknüpft, am offenkundigsten, weil florierende Märkte und die Sicherheit der Menschen Hand in Hand gehen. Die globalen Konzerne können allerdings mehr tun, als nur den Vorzügen des Marktes das Wort zu reden. Durch die aktive Unterstützung einer besseren Staatsführung können sie Rahmenbedingungen schaffen helfen, in denen sowohl die Märkte als auch die Sicherheit der Menschen florieren.

53. Die Verfolgung einer – im Sprachgebrauch der Vereinten Nationen – "guten Staatsführung" ist der rote Faden, der sich durch fast jede Konfliktverhütungspolitik zieht. In der Praxis umfaßt eine gute Staatsführung die Förderung der Rechtsstaatlichkeit, der Toleranz gegenüber Minderheiten und Oppositionsgruppen, transparenter politischer Verfahren, einer unabhängigen rechtsprechenden Gewalt, einer unparteilichen Polizei, eines streng unter ziviler Aufsicht stehenden Militärs, einer freien Presse und lebendiger zivilgesellschaftlicher Institutionen sowie aussagekräftiger Wahlen. Vor allem jedoch bedeutet eine gute Staatsführung die Achtung vor den Menschenrechten.

54. Wir sollten uns jedoch nicht der Illusion hingeben, die Prävention als Allheilmittel zu betrachten oder anzunehmen, daß selbst die ressourcenstärksten Präventionsmaßnahmen eine Garantie für den Frieden bilden. Der präventionspolitische Denkanatz beruht auf der Annahme des guten Glaubens, auf dem Vertrauen darauf, daß die Regierungen das Wohl des gesamten Volkes über die Interessen eng begrenzter Kreise stellen werden. Leider wissen wir jedoch, daß dies oftmals nicht der Fall ist. Vielmehr stehen zahlreiche der für eine Prävention ausschlaggebenden Ele-

mente einer guten Staatsführung in krassem Widerspruch zu den Überlebensstrategien einiger der konfliktgefährdetsten Regierungen.

55. Sicherlich kann die Schaffung von Anreizen für progressive Veränderungen manchmal hilfreich sein, doch bedient sich die internationale Gemeinschaft dieser Taktik weder besonders häufig noch mit besonderem Geschick. Die Aussichten auf einen engeren Anschluß an die Europäische Union dienen in mehreren Ländern Ost- und Mitteleuropas als ein schlagkräftiges Mittel zur Förderung von Toleranz und institutionellen Reformen, doch auf globaler Ebene gibt es, wenn überhaupt, nur wenige vergleichbare Beispiele.

56. Die Tatsache, daß auch die besten Präventionsstrategien fehlschlagen können, bedeutet, daß wir uns der Geißel des Krieges niemals vollständig entledigen werden können. Die internationale Gemeinschaft muß folglich auch in absehbarer Zukunft darauf vorbereitet sein, sich mit politischen – und gegebenenfalls militärischen – Mitteln zu engagieren, um außer Kontrolle geratene Konflikte einzudämmen, zu bewältigen und letztendlich beizulegen. Dies erfordert ein besser funktionierendes kollektives Sicherheitssystem, als es heute besteht. Vor allem aber erfordert es eine größere Bereitschaft zum Eingreifen, um schwere Verletzungen der Menschenrechte zu verhindern.

57. Nachweisliche Handlungsbereitschaft unter solchen Umständen wird wiederum dem Ziel der Prävention dienen, indem sie die Abschreckung erhöht. Selbst die repressivsten Führer wägen ab, wie weit sie gehen können, wie sehr sie sich am Gewissen der Menschheit vergehen können, bevor sie eine empörte Reaktion von außen auslösen. Je erfolgreicher die internationale Gemeinschaft dieses zerstörerische Kalkül verändern kann, desto mehr Menschenleben können gerettet werden.

58. Die kollektive Sicherheit innerhalb des internationalen Systems ist natürlich Aufgabe des Sicherheitsrats, und die Reaktion auf Krisen und Notstände wird stets ein zentrales Element seiner Tätigkeit bleiben. Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen erinnert uns daran, daß eines der Ziele der Vereinten Nationen ist, "wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen". Dennoch folgte der Sicherheitsrat im Laufe der Jahre bei seiner Auseinandersetzung mit Konflikten vornehmlich einem Kurs der Reaktion und nicht der Prävention. Seit kurzem zeigt er sich indessen stärker an einer Beschäftigung mit Fragen der Prävention interessiert, wie an der ausführlichen Debatte über Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit und in seiner Reaktion auf meinen Bericht über Konfliktursachen und die Förderung dauerhaften Friedens und einer nachhaltigen Entwicklung in Afrika deutlich wurde, in der er sich für eine Reihe von Konfliktverhütungsmaßnahmen aussprach.

59. Ich begrüße diese Entwicklungen nachdrücklich. Für das kommende Jahr beabsichtige ich, mit den Mitgliedern des Rates den Dialog über Prävention weiterzuführen, der mit der von mir im Juni 1999 einberufenen ersten Klausurtagung des Sicherheitsrats seinen Anfang nahm.

* * *

60. Heute bestreitet niemand mehr, daß Prävention besser und kostengünstiger ist als die nachträgliche Reaktion auf Krisen. Und doch ist unsere politische und organisatorische Kultur und Praxis weit stärker auf Reaktion als auf Prävention ausgerichtet. Wie es schon im Volksmund heißt, ist es

leichter, einen Sarg zu kaufen als Geld für den Arzt auszugeben.

61. Der Übergang von einer Kultur der Reaktion zu einer Kultur der Prävention wird aus den genannten Gründen nicht leichtfallen, doch macht die Schwierigkeit unserer Aufgabe sie nicht weniger unumgänglich. Kriege und Naturkatastrophen sind nach wie vor die größte Bedrohung für die Sicherheit des einzelnen und die Gemeinwesen der Menschen auf der ganzen Welt. Wir tragen eine feierliche Verpflichtung gegenüber den kommenden Generationen, diese Bedrohungen zu reduzieren. Wir wissen, was zu tun ist. Was uns jetzt fehlt, sind die Voraussicht und der politische Wille, es auch zu tun.

Kapitel I

Herbeiführung von Frieden und Sicherheit

Einleitung

62. In den neunziger Jahren waren wir Zeugen tiefgreifender Veränderungen in der Gestalt globaler Konflikte und in der diesbezüglichen Reaktion der internationalen Gemeinschaft. Heutzutage sind mehr als 90 Prozent der bewaffneten Konflikte innerstaatlicher und nicht zwischenstaatlicher Natur. Angesichts der vergleichsweise geringen Zahl von Kriegen zwischen Staaten haben die traditionellen Interventionsgründe immer mehr an Bedeutung verloren, während immer häufiger humanitäre und Menschenrechtsgrundsätze geltend gemacht wurden, um die nicht immer mit Ermächtigung des Sicherheitsrats erfolgte Anwendung von Gewalt in innerstaatlichen Kriegen zu rechtfertigen. In den neunziger Jahren wurde viel öfter als je zuvor zu Sanktionen gegriffen, allerdings mit bestenfalls zweifelhaftem Erfolg.

63. Zu den erfreulicheren Entwicklungen des letzten Jahrzehnts zählt die Zunahme der Zahl der auf dem Verhandlungsweg beigelegten Konflikte. In den neunziger Jahren wurden dreimal so viele Friedensabkommen unterzeichnet wie in den vorangegangenen dreißig Jahren, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß die Zahl und die Intensität der bewaffneten Konflikte im Zeitraum von 1992 bis 1997 weltweit um 30 Prozent zurückging. Angesichts des scharfen Anstiegs der Zahl der Kriege im Jahr 1998 scheint es jedoch fraglich, ob sich der günstige Trend der vorangegangenen fünf Jahre fortsetzen wird.

64. Umfassende Friedensabkommen zogen komplexe Durchführungsprozesse nach sich, an denen viele verschiedene Stellen beteiligt waren. Obschon es noch einige Friedenssicherungseinsätze traditioneller Art gibt, waren Friedenssicherungskräfte in diesem Jahrzehnt an den breiter gefächerten Prozessen der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit beteiligt, die mit der Durchführung von Friedensabkommen verbunden sind. Die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit umfaßt die Rückführung und Wiedereingliederung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, Aussöhnung, den Wiederaufbau der Justizsysteme, die Stärkung der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte, Wahlhilfe und Hilfe beim Wiederaufbau kriegszerstörter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Infrastrukturen sowie eher traditionelle Friedenssicherungsaufgaben.

65. In der Folge des Wandels im internationalen normativen Umfeld hat die Zahl der Rechtsinstrumente, insbesondere im Zusammenhang mit dem humanitären Recht und den Menschenrechten, erheblich zugenommen. Die wachsende Besorgnis in der Öffentlichkeit über schwerwiegende

Menschenrechtsverletzungen gab den entscheidenden politischen Anstoß zur Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs; Besorgnis über die humanitären Kosten des Landminenproblems war die treibende Kraft bei der erfolgreichen Kampagne zu ihrem Verbot.

66. Die vergangenen zehn Jahre waren für die Vereinten Nationen in ihrem Bemühen um die Erfüllung ihres Auftrags auf dem Gebiet der kollektiven Sicherheit auch eine Zeit voller Spannungen und Schwierigkeiten. Gegen Jahresanfang konnte der Sicherheitsrat in der Kosovo-Krise nicht einschreiten, weil sich die Ratsmitglieder über die Rechtmäßigkeit einer solchen Intervention zutiefst uneins waren. Die Meinungsverschiedenheiten im Rat spiegelten den mangelnden Konsens in der gesamten internationalen Gemeinschaft wider. Die Verfechter traditioneller Auslegungen des Völkerrechts hoben die Unverletzlichkeit der staatlichen Souveränität hervor, wohingegen andere das moralische Gebot in den Vordergrund stellten, im Angesicht flagranter Menschenrechtsverletzungen entschlossen zu handeln. Darüber, was in dieser komplexen Streitfrage moralisch richtig oder falsch war, wird noch auf Jahre hinaus diskutiert werden. Fest steht jedoch, daß Zwangsmaßnahmen ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats das auf der Charta der Vereinten Nationen beruhende internationale Sicherheitssystem in seinen Grundfesten erschüttern. Nur die Charta liefert eine universell akzeptierte Rechtsgrundlage für die Anwendung von Gewalt.

67. Unterschiedliche Auffassungen in der Frage der Souveränität sind nicht das einzige, was den Sicherheitsrat daran hindert, in komplexen humanitären Notsituationen tätig zu werden. Das Nichteingreifen der Mitgliedstaaten im Angesicht der schweren Menschenrechtsverletzungen in Ruanda und andernorts war eher darauf zurückzuführen, daß sie davor zurückschreckten, die menschlichen Opfer und die sonstigen Kosten eines Eingreifens auf sich zu nehmen und daß sie Zweifel am Erfolg eines Einsatzes von Gewalt hegten, als auf Sorge um die Souveränität.

Vorbeugende Diplomatie und Friedensscheidung

68. Mittlerweile hat sich universelles Einvernehmen darüber durchgesetzt, daß die Frühwarnung eine notwendige Voraussetzung für eine wirksame vorbeugende Diplomatie ist. Leider ist es damit aber nicht getan, wie die Tragödie im Kosovo gezeigt hat. Als die Krise ihren Lauf zu nehmen begann, sprach ich zweimal vor dem Sicherheitsrat, in der Hoffnung, daß ein Konsens über wirksame Präventionsmaß-

nahmen herbeigeführt werden könnte. Doch leider scheiterten die diplomatischen Bemühungen, und die zerstörerische Logik der Entwicklungen auf dem Boden setzte sich durch.

69. Welche Lehren sollten wir aus diesem und anderen Fehlschlägen bei der Konfliktverhütung in letzter Zeit ziehen? Zum ersten diese: Wird das Primat des Sicherheitsrats für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nicht akzeptiert, so werden dadurch die Grundlagen des Völkerrechts, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen zum Ausdruck kommen, in Frage gestellt. Die Charta ist die einzige universell akzeptierte Rechtsgrundlage, die es gestattet, willkürlichen Gewalthandlungen Einhalt zu gebieten. Zweitens, daß in der Frage der Konfliktverhütung, der Friedenssicherung und der Friedensschaffung keine Rivalität zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Organisationen aufkommen darf. Wir arbeiten dann am besten zusammen, wenn wir die Vorrechte und Empfindlichkeiten des anderen achten. Drittens, daß die Prävention nur mit dem festen politischen Engagement der Mitgliedstaaten und bei Bereitstellung ausreichender Ressourcen Erfolg haben wird.

70. Es ist niemals einfach, die Wunden einer vom Krieg zerrissenen Gesellschaft zu heilen. Im Kosovo, das nach wie vor Teil des komplizierten und umstrittenen politischen Gefüges auf dem Balkan ist, stellt dies eine besonders schwierige Aufgabe dar. Wir sind uns dessen bewußt, daß in einer Reihe der umliegenden Länder durchaus die Möglichkeit besteht, daß es zu weiteren Störungen des labilen ethnischen Gleichgewichts kommt.

71. Während die Kosovo-Krise im vergangenen Jahr die Schlagzeilen in der ganzen Welt beherrscht hat, wurden ebenso ernste oder noch ernstere Krisen in anderen Teilen der Welt weitgehend ignoriert. Wäre diese Mißachtung nur auf die Medien beschränkt, so wäre dies nicht allzu schlimm; die Gleichgültigkeit der Medien spiegelt jedoch die Einstellung eines großen Teils der internationalen Gemeinschaft wider. Dies hat sich beim Rückgang der Unterstützung für die humanitären Appelle für Afrika ganz offensichtlich gezeigt.

72. Die sicherheitspolitische Lage in Afrika gibt nach wie vor zu größter Sorge Anlaß. Vor allem in West- und Zentralafrika ist die Gefahr, daß sich interne Konflikte ausweiten und zu bewaffneten Konfrontationen zwischen souveränen afrikanischen Staaten führen, eine besonders besorgniserregende Entwicklung.

73. Dieses Risiko wird vielleicht am besten durch die derzeitigen Feindseligkeiten in der Demokratischen Republik Kongo veranschaulicht, in die zahlreiche afrikanische Länder verwickelt sind. Mein Sonderbotschafter, Moustapha Niasse, den ich im Frühjahr in die Region entsandt habe, hat sich für die von Präsident Frederick Chiluba im Namen der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika vorgelegte

diplomatische Lösung eingesetzt. Die Anstrengungen Präsident Chilubas haben die Unterstützung der Organisation der afrikanischen Einheit (OAU) und der Vereinten Nationen.

74. Die Friedensaussichten in der Demokratischen Republik Kongo sind gestiegen. Am 10. Juli haben alle kriegführenden Parteien außer dem *Rassemblement congolais pour la démocratie* (Kongolesische Koalition für die Demokratie) in Lusaka eine Waffenruhevereinbarung unterzeichnet. Der Sicherheitsrat begrüßte diese Vereinbarung und genehmigte die Dislozierung von Militär- und Zivilpersonal der Vereinten Nationen in die Region, um die Durchführung der Waffenruhe zu erleichtern. Nach konzertierten Anstrengungen Sambias, Südafrikas, der Vereinigten Republik Tansania und anderer Vermittler scheinen nun die zwischen den Faktionen des *Rassemblement congolais pour la démocratie* in Kisanгани beziehungsweise Goma bestehenden Meinungsverschiedenheiten in der Frage, wer die Waffenruhevereinbarung unterzeichnen solle, beseitigt zu sein. Sobald die Vereinbarung unterzeichnet ist, werden die Vereinten Nationen eine interdisziplinäre technische Erkundungsgruppe in die Region entsenden, um die Sicherheit und die Infrastruktur in den Gebieten zu bewerten, die vorläufig für künftige Dislozierungen vorgesehen sind.

75. Im Friedensprozeß in Burundi waren ebenfalls einige Fortschritte zu verzeichnen; so sind die unter Leitung des ehemaligen Präsidenten Julius Nyerere in Aruscha stattfindenden Verhandlungen in ein entscheidendes Stadium eingetreten.

76. In Sierra Leone, dessen Bevölkerung Opfer eines der brutalsten Konflikte der jüngsten Geschichte war, war die Beobachtermission der Vereinten Nationen in Sierra Leone (UNOMSIL) unermüdlich tätig, um mit zur Erleichterung einer Verhandlungslösung beizutragen. Die UNOMSIL hat in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS), ihrer Militärbeobachtergruppe (ECOMOG) und anderen interessierten Mitgliedstaaten aktiv den Verhandlungsprozeß zwischen der Regierung und der Revolutionären Einheitsfront unterstützt, der am 7. Juli 1999 zur Unterzeichnung des Friedensabkommens von Lomé führte. Im Anschluß an die Unterzeichnung des Friedensabkommens genehmigte der Sicherheitsrat eine Erweiterung der UNOMSIL. Dem engen Zusammenhang zwischen der Förderung der Menschenrechte und dauerhaftem Frieden Rechnung tragend, beobachtet die UNOMSIL in Zusammenarbeit mit dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte auch weiterhin die Menschenrechtsverletzungen, die in Sierra Leone verübt werden, und erstattet darüber Bericht, um weiteren solchen Verletzungen ein Ende zu setzen.

77. Der Ausbruch des Krieges zwischen Äthiopien und Eritrea im Mai 1998 gab ebenfalls Anlaß zu tiefer Beunruhigung. Ich nahm sofort Kontakt mit den Führern beider

Parteien auf, forderte sie nachdrücklich zur Zurückhaltung auf und bot ihnen Hilfe bei der friedlichen Lösung des Konflikts an. Ich stehe weiterhin mit beiden Seiten in Verbindung. Darüber hinaus ersuchte ich Botschafter Mohammed Sahnoun, als mein Sonderbotschafter bei den Vermittlungsbemühungen der OAU behilflich zu sein. Botschafter Sahnoun nahm an verschiedenen von der OAU veranstalteten Treffen teil und stattete den Hauptstädten Äthiopiens und Eritreas Besuche ab, um auf die Annahme des Friedensplans, des OAU-Rahmenabkommens, zu dringen.

78. Der Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea hatte tragische Konsequenzen für die Region, insbesondere was den Konflikt in Somalia betrifft. Das Politische Büro der Vereinten Nationen für Somalia ist auch weiterhin bei den regionalen Bemühungen zur Friedensschaffung in Somalia unter der Federführung der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung (IGAD) behilflich. Mangelnder Konsens über die Modalitäten der Machtverteilung auf die verschiedenen Gruppierungen hat jedoch bisher eine Beilegung des Konflikts verhindert. Die größte Herausforderung in dem vor uns liegenden Jahr wird darin bestehen, die internationalen Anstrengungen zur Friedensschaffung zu verstärken und Initiativen zu erarbeiten, die die Unterstützung aller maßgeblichen Akteure finden.

79. Des weiteren habe ich die anhaltende komplexe humanitäre Notlage in Sudan genau verfolgt, wo die Entwicklungen ebenfalls deutlich machen, daß die Konfliktursachen an der Wurzel angegangen werden müssen, wenn die Suche nach einer politischen Lösung beschleunigt werden soll. 1998 stattete ich dem Gebiet einen Besuch ab und bot den Parteien und den Vermittlern erneut meine Guten Dienste an. Im Anschluß an eine Reihe interner und externer Konsultationen haben wir weitere Schritte unternommen, um die IGAD-Friedensinitiative für Sudan zu unterstützen und ihr neue Impulse zu verleihen. Die Unterstützung dieses Prozesses, der leider nicht kontinuierlich weiterverfolgt worden ist, bleibt das Hauptziel unserer Anstrengungen, den Parteien bei der Herbeiführung einer gerechten und dauerhaften Regelung behilflich zu sein.

80. Die Vereinten Nationen sind schon seit vielen Jahren in Westsahara tätig, wo bei den jüngsten Konsultationen mit der Regierung Marokkos und der "Polisario"-Befreiungsfront endlich eine seit langem bestehende Pattsituation in der Frage eines Selbstbestimmungsreferendums überwunden werden konnte. Das Referendum ist nunmehr für den 31. Juli 2000 angesetzt.

81. Afrika ist natürlich nicht das einzige Gebiet, dessen Sicherheit ein Anliegen der Vereinten Nationen ist. Trotz einer kurzen Phase, während der die im Februar 1998 von dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Tariq Aziz und mir unterzeichnete Vereinbarung eingehalten wurde, verschlechterten sich im Verlauf des Jahres die Beziehungen zu

Irak. Angesichts Iraks fortgesetzter Nichteinhaltung war der Einsatz von Gewalt seitens zweier Mitgliedstaaten und die sich daran anschließende Spaltung des Sicherheitsrats abzusehen. Unsere Forderungen bleiben jedoch im Kern unverändert: Irak hat alle einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats voll zu befolgen; die internationale Gemeinschaft muß die Gewähr haben, daß Irak nicht länger über die Kapazität zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen oder zu deren Einsatz verfügt; das Schicksal vermißter Staatsangehöriger Kuwaits und von Drittstaaten ist aufzuklären; und Kuwaits unersetzliche Archive sind zurückzugeben. Solange dies nicht geschieht, werden die Menschen in Irak weiter unter den Auswirkungen der Sanktionen leiden, wenn auch das seit Dezember 1996 bestehende Programm "Öl für Lebensmittel" das Leid etwas gelindert hat, da es die Auslieferung humanitärer Hilfsgüter an Irak gestattet hat.

82. Die allgemeine Lage im Nahen Osten gibt nach wie vor Anlaß zu Besorgnis. Die internationale Gemeinschaft hat nachdrücklich ihre Unterstützung für einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats und des Grundsatzes "Land gegen Frieden" bekundet. Die jüngste Wiederaufnahme des Friedensprozesses und die Anzeichen einer echten Verpflichtung der Hauptakteure auf die Herbeiführung einer Regelung berechtigen zu vorsichtigem Optimismus.

83. In einigen Konflikten sind Feindschaft und Mißtrauen jedoch so ausgeprägt und tiefgreifend, daß Fortschritte außerordentlich schwierig zu erzielen sind. Dies gilt immer noch für Afghanistan. Mein Sonderbotschafter für Afghanistan, Lakhdar Brahimi, stattete der Region im Oktober 1998 und Ende Februar 1999 Besuche ab, um Gespräche mit den Behörden der Nachbarländer sowie mit den Taliban und der Vereinigten Front Afghanistans zu führen. Im Anschluß an das Treffen der "Sechs-plus-zwei"-Gruppe im Juli 1999 in Taschkent reiste mein Sonderbotschafter erneut in die Region. Die Sondermission der Vereinten Nationen in Afghanistan konnte im Februar beziehungsweise März 1999 zwei innerafghanische Gesprächsrunden in Aschgabat anberaumen. Die Parteien konnten eine grundsätzliche Einigung über die Aufteilung der Regierungsinstitutionen erzielen. Leider gab jedoch die Führung der Taliban nach der ersten Frühlingshälfte bekannt, sie werde die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen aufgenommenen Verhandlungen nicht fortsetzen. Im Juli starteten die Taliban eine Offensive gegen die Vereinigte Front Afghanistans, konnten sich jedoch keinen entscheidenden Vorteil verschaffen. Im August gingen die heftigen Kämpfe mit schwerwiegenden humanitären Folgen weiter. Ungeachtet dieser Rückschläge habe ich die Absicht, mich weiter darum zu bemühen, beide Seiten zur Wiederaufnahme der Konsultationen zu bewegen und die interessierten Mitgliedstaaten und die Organisation der Islamischen Konferenz dort einzubeziehen, wo dies hilf-

reich sein könnte, um die Aussichten für den letztendlichen Abschluß eines Friedensabkommens zu sondieren.

84. Das jüngste Wiederaufflammen der Kampfhandlungen entlang der Kontrolllinie in Kaschmir und über diese hinaus, insbesondere im Gebiet von Kargil, führt erneut vor Augen, wie instabil die Lage in dieser Region ist. Der in Lahore begonnene Prozeß muß wieder aufs rechte Gleis gebracht werden, da Grund zu erster Besorgnis besteht, nicht zuletzt aufgrund der Gefahren einer unbeabsichtigten Eskalation auf einem Subkontinent, auf dem Nuklearversuche durchgeführt wurden.

85. Am 5. Mai 1999 schlossen Indonesien, Portugal und die Vereinten Nationen nach intensiven diplomatischen Bemühungen ein Paket von Vereinbarungen, mit denen die Vereinten Nationen aufgefordert wurden, in Osttimor eine Volksbefragung darüber durchzuführen, ob das Volk von Osttimor den ihnen von Indonesien angebotenen Sonderautonomiestatus akzeptieren würde. Eine Ablehnung der Autonomie würde zur Abtrennung Osttimors von Indonesien und unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zur Gründung eines unabhängigen Staates führen. Am 11. Juni 1999 richtete der Sicherheitsrat die Mission der Vereinten Nationen in Osttimor (UNAMET) ein. Eine von der Gruppe Wahlen der Mission eingerichtete gesamtregionale Stelle hat den Registrierungsprozeß trotz ungünstiger Sicherheitsbedingungen erfolgreich abgeschlossen. Darüber hinaus hat die UNAMET auch eine umfassende Kampagne zur Aufklärung der Stimmberechtigten organisiert und durchgeführt, mit lokalen Behörden und osttimorischen Gruppen bei der Förderung der Aussöhnung zusammengearbeitet sowie Zivilpolizisten und militärische Verbindungsoffiziere entsandt, die die örtliche Polizei beraten und mit dem indonesischen Militär Verbindung in Sicherheitsfragen aufnehmen sollen. Im Anschluß an die erfolgreiche Volksbefragung am 30. August werden die Vereinten Nationen in Osttimor präsent bleiben, um bei der Umsetzung der Ergebnisse behilflich zu sein.

86. Die Situation in Myanmar bereitet nach wie vor Sorge. Mein Sonderbotschafter, Alvaro de Soto, stattete Myanmar im Oktober 1998 einen Besuch ab, um Konsultationen mit den Behörden Myanmars sowie mit anderen politischen Akteuren, namentlich Daw Aung San Suu Kyi, der Generalsekretärin der Nationalen Liga für Demokratie, zu führen. Trotz unserer konzertierten Anstrengungen kann ich leider nicht berichten, daß die Regierung Myanmars irgendeine echte, substantielle Reaktion auf die Appelle gezeigt hätte, die die Generalversammlung in einer Reihe von Resolutionen immer wieder an sie gerichtet hat.

87. Das im August 1998 eingerichtete Politische Büro der Vereinten Nationen in Bougainville spielte eine entscheidende Rolle bei der Erleichterung der Suche nach einer friedlichen Lösung der Krise auf Bougainville (Papua-Neu-

guinea). Die Regierung Papua-Neuguineas und die Parteien auf Bougainville haben das Büro gebeten, den Entwaffnungsprozeß zu überwachen, damit die Durchführung des Normalisierungs- und Wiederaufbauprogramms auf der Insel möglichst bald beginnen kann. Die neue Regierung Papua-Neuguineas hat betont, daß die Fortsetzung des Friedensprozesses zu ihren wichtigsten Zielen gehört.

88. In Lateinamerika gab es während des vergangenen Jahres eine Reihe ermutigender Anzeichen für eine Verbesserung der Sicherheitsbeziehungen. Die Regierungen Ecuadors und Perus unternahmen endlich die notwendigen Schritte, um ihre seit langem bestehende Grenzstreitigkeit zu beenden, und auch Argentinien und Chile sind übereingekommen, ihre Grenzstreitigkeit beizulegen.

Friedenssicherung

89. Für die Friedenssicherung der Vereinten Nationen war das vergangene Jahr turbulent. Im Zusammenhang mit der Aufstellung des großangelegten, in vieler Hinsicht völlig neuen Einsatzes im Kosovo, den Vorbereitungen für eine komplexe neue Mission in der Demokratischen Republik Kongo, der Erweiterung der Mission in Sierra Leone, der hohen Wahrscheinlichkeit eines neuen Einsatzes in Äthiopien und Eritrea, der weiteren Entwicklung der Situation in Timor und dem jüngst mit der Regierung Angolas geschlossenen Abkommen über die Fortsetzung der dortigen Präsenz der Vereinten Nationen sehen wir uns großen neuen Herausforderungen gegenüber.

90. Nach dem Abschluß zweier großer Missionen – der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Angola und der Präventiveinsatztruppe der Vereinten Nationen – sowie nach der Beendigung eines Anschlußesatzes – der Polizeiunterstützungsgruppe der Vereinten Nationen in Kroatien – beträgt die Zahl der Friedenssicherungseinsätze derzeit 16.

91. Eine plötzliche Verschlechterung der Sicherheitslage führte im Januar 1999 zur Evakuierung der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Sierra Leone. Nachdem die Sicherheit in Freetown wiederhergestellt war, konnte die UNOMSIL im März zurückkehren, um den Friedensprozeß zu unterstützen, der am 7. Juli in der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Lomé gipfelte. Zur Durchführung dieses Abkommens wird eine erweiterte Friedenssicherungspräsenz erforderlich sein, die wir zur Zeit gemeinsam mit der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten prüfen.

92. Wie instabil und gefährlich das Umfeld ist, in dem die Vereinten Nationen operieren, wird anhand der Zahl der Friedenssicherungskräfte deutlich, die im Dienst der Vereinten Nationen getötet wurden. Zwischen dem 1. Januar 1998 und dem 19. August 1999 kamen 34 Mitarbeiter der

Vereinten Nationen bei Friedenssicherungseinsätzen ums Leben. Ihnen gebührt unser immerwährender Dank.

93. Stärkste Beunruhigung löste wohl der Trend zur wachsenden Geringschätzung internationaler Normen aus. Neben den brutalen Angriffen auf Zivilpersonen wurde auch Friedenssicherungspersonal gezielt angegriffen oder als Werkzeug benutzt, um die internationale öffentliche Meinung zu beeinflussen. In diesem Zusammenhang begrüße ich wärmstens das Inkrafttreten des Übereinkommens über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal und möchte die Mitgliedstaaten mit allem Nachdruck zu weiteren Ratifikationen dieses Übereinkommens auffordern. In Antwort auf diese Entwicklungen ist die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze zur Zeit dabei, das Problem der Gewalt gegen Friedenssicherungskräfte einer systematischen Prüfung zu unterziehen. Ich werde die Mitgliedstaaten gerne über den Fortgang dieser Arbeiten und die dabei erzielten Ergebnisse informieren.

94. Das für die Friedenssicherung so turbulente vergangene Jahr brachte auch für die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze große Belastungen mit sich. Wie von der Generalversammlung verlangt, wurde das gesamte Gratispersonal bis Ende Februar abgebaut. Dadurch büßte die Hauptabteilung insgesamt im vergangenen Jahr beinahe 20 Prozent ihrer Mitarbeiter ein. Um sich den neuen Gegebenheiten anzupassen und gleichzeitig ihre mandatsmäßigen Aufgaben wahrzunehmen, führte die Hauptabteilung eine umfangreiche Neustrukturierung durch. Unter diesen Vorzeichen wurden mehrere Missionen geschaffen oder erweitert, andere beendet und liquidiert und mögliche künftige Einsätze wie beauftragt geplant. Ironischerweise wurde ausgerechnet der Bereich Logistik und Kommunikation, der für die Dislozierung neuer wie auch die Liquidation alter Missionen so wichtig ist, durch den Personalabbau am stärksten betroffen.

95. Diese Erfahrung macht erneut deutlich, daß Einsatzbereitschaft mehr Kapazität erfordert, als für laufende Tätigkeiten gebraucht wird. Die Nachfrage nach Friedenssicherungs- und anderen Feldeinsätzen ist inhärent nur schwer vorhersagbar; diese Einsätze müssen oft kurzfristig eingerichtet werden. Die Glaubwürdigkeit und die Wirksamkeit eines jeden neuen Einsatzes steht und fällt mit der Schnelligkeit seiner Dislozierung. Verzögerungen geben den Gegnern des Friedensprozesses oder der Friedenskonditionen Gelegenheit, die Initiative an sich zu reißen, bevor das Personal der Vereinten Nationen eintrifft. Ich hoffe, daß sich die Mitgliedstaaten dies vor Augen halten werden, wenn sie den Ressourcenbedarf der Organisation, einschließlich ihres Personals am Amtssitz, ermitteln.

96. Bei aller Unvorhersehbarkeit der Ereignisse im vergangenen Jahr sind einige Dinge doch gleich geblieben. So

wurde unverändert Gewicht auf eine multifunktionale Friedenssicherung gelegt, die in der Organisation inzwischen zum Standard geworden ist. Multifunktionale Friedenssicherungseinsätze gehen mehrere Herausforderungen gleichzeitig an: Sie helfen, Waffenruhen aufrechtzuerhalten sowie Kombattanten zu entwaffnen und zu demobilisieren; sie helfen den Parteien beim Aufbau oder bei der Stärkung der wichtigsten Institutionen und Prozesse und bei der Achtung der Menschenrechte, so daß alle Beteiligten ihre Interessen über rechtmäßige Wege verfolgen können statt auf dem Schlachtfeld sie gewähren humanitäre Hilfe zur Linderung der unmittelbaren Not und sie bereiten den Boden für ein längerfristiges Wirtschaftswachstum und eine dauerhafte Entwicklung, wobei sie auf der Prämisse aufbauen, daß in der Konfliktfolgezeit kein System Bestand haben wird, dem es nicht gelingt, das Los der Verarmten zu verbessern. Die Organisation arbeitet auch weiterhin an der Entwicklung von Methoden zur wirksameren Koordinierung dieser vielfältigen Tätigkeiten.

97. Schon bei anderer Gelegenheit habe ich darüber berichtet, wie die von mir ernannten Sonderbeauftragten im Hinblick auf die Unterstützung integrierter Sicherheits- und Entwicklungsstrategien die Schnittstelle zwischen den Programmen, Fonds und Organisationen der Vereinten Nationen bilden. Ein weiteres Novum in diesem Jahr war unsere Zusammenarbeit mit der Weltbank in der Zentralafrikanischen Republik, wo den von den Vereinten Nationen wahrgenommenen Aufgaben auf dem Gebiet der Sicherheit, der Wahlen und der institutionellen Reform entsprechende Bemühungen der Weltbank gegenüberstanden, Hilfe bei der Stabilisierung der Wirtschaft und der Förderung eines längerfristigen Wachstums zu gewähren. Die Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik (MINURCA) übernahm eine wichtige Unterstützungsfunktion, die im November und Dezember 1998 die friedliche und erfolgreiche Abhaltung von Parlamentswahlen ermöglichte. Die MINURCA soll die für September 1999 angesetzten Präsidentschaftswahlen unterstützen. Allerdings leidet die Finanzierung der MINURCA unter dem besorgniserregenden Desinteresse der Geber, und die Anstrengungen der MINURCA zur Unterstützung und Beobachtung dieser Wahlen werden durch die Mittelknappheit zweifellos behindert werden.

98. Auch in Tadschikistan reagierten die Geber anfangs sehr verhalten auf Appelle zur Bereitstellung von Mitteln für die Unterstützung von Demobilisierungsprojekten, die einen wichtigen Aspekt des Mandats der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Tadschikistan ausmachen. Die dadurch entstehenden Verzögerungen zeigen erneut, wie sehr es von Nachteil ist, wenn wesentliche Teile eines Mandats aus freiwilligen statt aus veranlagten Beiträgen finanziert werden, wie dies bei Friedenssicherungseinsätzen gewöhnlich der Fall ist. Nichtsdestoweniger wurden im Friedensprozeß erhebliche Fortschritte erzielt, und wir hegen

den vorsichtigen Optimismus, daß die Mission ihr Mandat erfüllen wird.

99. Der Fall des Kosovo ist das jüngste Beispiel in einer Reihe von Neuerungen bei der Friedenssicherung und der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit, die in den neunziger Jahren in Zusammenarbeit mit regionalen und subregionalen Organisationen durchgeführt wurden. Im Kosovo arbeiten wir bei Wiederaufbau- und Normalisierungsprogrammen mit der Europäischen Union und beim Aufbau von Institutionen mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zusammen. Beide Organisationen sind unter Aufsicht meines Sonderbeauftragten tätig. Außerdem stehen wir in enger Kooperation mit den für die Sicherheit im Kosovo zuständigen internationalen Streitkräften, um die Geschlossenheit der zivilen und der militärischen Maßnahmen zu gewährleisten.

100. Das Sekretariat der Vereinten Nationen stellte 1999 in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz Grundsätze und Regeln für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch Truppen der Vereinten Nationen fertig, die als Bulletin des Generalsekretärs veröffentlicht wurden. Ich hoffe, daß die Verbreitung dieses Bulletins mit dazu beitragen wird, den Truppen der Vereinten Nationen und den Teilnehmern an ihren Einsätzen den Geltungsbereich des humanitären Völkerrechts zu verdeutlichen und sicherzustellen, daß die vorgeschriebenen Normen eingehalten werden.

Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit

101. Mit der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit wird versucht, das Wiederaufflammen von Konflikten zu verhindern und die Bedingungen zu schaffen, die für einen dauerhaften Frieden in kriegszerrütteten Gesellschaften notwendig sind. Dabei handelt es sich um einen ganzheitlichen Prozeß, bei dem ein breites Spektrum von Organisationen und Institutionen in einer Vielfalt von Problemereichen zusammenarbeitet und der so verschiedenartige Tätigkeiten wie die traditionelle Friedenssicherung und die Wahlhilfe mit einschließt.

102. Die Herbeiführung der notwendigen Koordinierung und Komplementarität zwischen den Organisationen in Konflikt- und Konfliktfolgesituationen stellt für die Vereinten Nationen und ihre Partner nach wie vor eine der größten Herausforderungen dar. In Anbetracht des Ausmaßes dieser Herausforderung bestimmte ich 1997 die Hauptabteilung Politische Angelegenheiten in ihrer Eigenschaft als Einberuferin des Exekutivausschusses für Frieden und Sicherheit zur Koordinierungsstelle für die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit.

103. Im vergangenen Jahr gab es bei den Einsätzen der Vereinten Nationen zur Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit eine ganze Reihe von Entwicklungen. Unter den Aktivitäten im Feld sind zu nennen: die Vorausplanung für eine künftige Präsenz der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik nach Ablauf des Mandats der MINURCA die Einrichtung eines neuen Büros für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau die Weiterführung der großen Präsenz der Vereinten Nationen in Guatemala und die Konsolidierung der seit langem andauernden Friedensprozesse in El Salvador, Kambodscha und andernorts.

104. Nach einem Jahr des Konflikts in Guinea-Bissau, der Spaltung und Zerstörung brachte, haben sich die Aussichten für eine Rückkehr zur Normalität, wenn auch nur schrittweise, verbessert. Das Büro der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau arbeitet gemeinsam mit der Regierung und der Bevölkerung an der Koordinierung integrierter Antwortmaßnahmen auf die Herausforderungen der Friedenskonsolidierung. In Liberia ist das Unterstützungsbüro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung seit beinahe zwei Jahren im Einsatz. Trotz begrenzter Finanzmittel hat das Büro eine Reihe von Projekten unterstützt, die auf nationale Aussöhnung und die Wiederherstellung der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte gerichtet waren.

105. Die Mission der Vereinten Nationen zur Verifikation der Menschenrechte und der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Umfassenden Abkommen über die Menschenrechte in Guatemala erhielt von der Generalversammlung den Auftrag, neben der Verifikation der Friedensabkommen, der Erbringung Guter Dienste und der Durchführung von Beratungstätigkeiten und Öffentlichkeitsarbeit auch eine Reihe von Tätigkeiten zur Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit zu übernehmen. Seit 1997 wird beträchtliches Gewicht auf die Menschenrechte, insbesondere die Rechte der autochthonen Bevölkerungsgruppen, Sozialinvestitionen, die Dezentralisierung staatlicher Tätigkeiten, die ländliche Entwicklung, Steuer- und Justizreformen sowie die Reform der öffentlichen Sicherheit und die Landesverteidigung gelegt. Diese Initiativen bildeten 1998 die Grundlage für ein Verfassungsreformpaket, das zwar vom Kongreß gebilligt, bei einem landesweiten Referendum im Mai 1999 vom Volk jedoch nicht ratifiziert wurde. Mit dem Näherrücken der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im November 1999 wird die weitere Verpflichtung auf die Friedensagenda ausschlaggebend dafür sein, ob diese Bestand haben kann oder nicht.

106. Im Nachbarstaat El Salvador hat das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) die Aufgabe, der Regierung bei den noch ungelösten Fragen im Zusammenhang mit dem Friedensabkommen behilflich zu sein. Das UNDP arbeitet in enger Abstimmung mit der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten, die nach wie vor die Verant-

wortung für die Guten Dienste trägt. Eine der größten Herausforderungen, vor die sich die erst kürzlich eingesetzte Regierung gestellt sieht, ist die Konsolidierung der im Rahmen des Friedensprozesses geschaffenen oder einer Reform unterzogenen Institutionen, insbesondere derjenigen Institutionen, deren Aufgabe es ist, die Krise in der öffentlichen Sicherheit des Landes zu bewältigen und für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte Sorge zu tragen.

107. Die Schaffung von Institutionen, insbesondere auf dem Justizsektor, sowie der Schutz und die Förderung der Menschenrechte bilden die Schlüsselaufgaben der Internationalen Zivilmission in Haiti (MICIVIH). Wie schon in den vergangenen Jahren bleibt noch viel zu tun, um die staatlichen Institutionen und die Organisationen der Zivilgesellschaft zu stärken. Wenn die Organisation der amerikanischen Staaten ihre Mitwirkung an der MICIVIH ab dem 1. Juli 1999 einschränkt, so wird sich dies zwangsläufig auf unsere weitere Rolle auswirken, obgleich die Kernaufgaben auch künftig wahrgenommen werden. Mittlerweile haben die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft ihre Unterstützung für die Abhaltung von Parlaments- und Kommunalwahlen Ende 1999 zugesagt, die für künftige Fortschritte in Haiti unabdingbar sind.

108. In Kambodscha waren während des vergangenen Jahres erfreuliche Entwicklungen zu verzeichnen. Mit der Einsetzung einer neuen Regierung und dem Zusammenbruch der Roten-Khmer-Bewegung ist endlich wieder Frieden eingeleitet, und das Land kann seine Aufmerksamkeit dem Wiederaufbau widmen. Mein Persönlicher Beauftragter in Kambodscha und die dort tätigen Organisationen der Vereinten Nationen sind nach wie vor fest entschlossen, der Regierung beim Aufbau der Nation behilflich zu sein, namentlich durch die Stärkung der demokratischen Institutionen und durch die Gewährung von Unterstützung bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte.

Wahlhilfe

109. Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre erforderte die Durchführung umfassender Friedensvereinbarungen in Angola, El Salvador, Kambodscha, Mosambik und Nicaragua die Präsenz großer Wahlhilfemissionen der Vereinten Nationen, um die mandatsmäßigen Wahlen organisieren zu helfen. Wahlen, die oftmals als der letzte Schritt in einem langfristigen Friedensschaffungsprozeß angesehen werden, symbolisieren die Wiedererrichtung der staatlichen Autorität in einem neuen Mehrparteien-Regierungssystem. Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß zwischen Wahlen und dem langfristigen Friedensschaffungsprozeß ein äußerst kompliziertes Verhältnis besteht. Mit dem Beginn einer neuen Phase des "Demokratisierungszeitalters" haben die Vereinten Nationen ihre Wahlhilfestrategien dahin gehend geändert, daß sie nunmehr ein umfassenderes Konzept der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit abdecken.

In den Wahlen, die in der Vergangenheit hauptsächlich als ein strategischer Ausweg aus Konfliktsituationen dienten, wird jetzt eine Chance für die Schaffung von Institutionen und die Einführung von Programmen für eine gute Staatsführung gesehen.

110. Wahlen sind eine notwendige Voraussetzung für die Schaffung tragfähiger Demokratien, reichen jedoch allein nicht aus. Es muß dazu eine demokratische Infrastruktur geschaffen oder gestärkt werden, wie beispielsweise Wahlkommissionen, Wahlgesetze und Wahlverwaltungsstrukturen, und staatsbürgerliches Denken und das Bewußtsein für die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten müssen gefördert werden. Die jüngsten Erfahrungen der Vereinten Nationen in Nigeria zeigen, wie eine Partnerschaft bei der Wahlhilfe die Grundlagen für langfristige Hilfemaßnahmen in der Zeit nach den Wahlen schaffen kann.

111. Dank ihres reichen Erfahrungsschatzes auf dem Gebiet der Wahlhilfe können die Vereinten Nationen ihre Programme höchst wirksam auf die jeweiligen Bedürfnisse ihrer Mitgliedstaaten zuschneiden.

Die Vereinten Nationen, die Regionalorganisationen und die Sicherheit

112. In den neunziger Jahren haben die Regionalorganisationen in regionalen Sicherheitsangelegenheiten, und zwar nicht nur auf dem Gebiet der vorbeugenden Diplomatie, der Friedenssicherung und der Vertrauensbildung, sondern auch bei der Friedensdurchsetzung, eine zunehmend aktive Rolle übernommen. Die Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und den Regionalorganisationen sind komplex, meist fruchtbar, manchmal jedoch auch schwierig. Aus den jüngsten Erfahrungen lassen sich mehrere Lehren ziehen.

113. Erstens ist es unabdingbar, daß das Mandat für regionale Sicherheitseinsätze vom Sicherheitsrat ausgeht, wenn die Rechtsgrundlage des internationalen Sicherheitssystems gewahrt werden soll. Häufig werden derartige Einsätze auch die breitere politische Unterstützung verlangen, die nur die Vereinten Nationen gewährleisten können, und Friedensregelungen werden oft ein Tätigwerden der Vereinten Nationen unter der Aufsicht des Sicherheitsrats erfordern.

114. Zweitens ist eine Sicherheitspolitik, die sich in einer Region bewährt hat, nicht unbedingt auf andere zu übertragen. Die meisten Regionen verfügen nicht über Organisationen mit ausreichender Kapazität für die Durchführung großangelegter Friedenssicherungs- oder Friedensdurchsetzungseinsätze. Einige Regionalorganisationen, namentlich die Organisation der afrikanischen Einheit, streben den Aufbau eigener Friedenssicherungskapazitäten an, und es ist wichtig, daß ihnen die internationale Gemeinschaft dabei behilflich ist. Es handelt sich dabei um ein langfristiges Unterfangen, bei dem die Beteiligten jedoch auf aktive Unterstützung seitens der Vereinten Nationen zählen können.

115. Drittens erfordern die komplexen humanitären Not-situationen der Gegenwart entsprechend komplexe disziplinenübergreifende Antwortmaßnahmen, für deren Durchführung einzig und allein die Vereinten Nationen die Qualifikationen und Erfahrungen besitzen. Bei der Reaktion auf Krisen wie auch bei der Durchführung umfassender Friedensabkommen sind die Vereinten Nationen wie keine andere Institution in der Lage, Maßnahmen über eine Bandbreite von Sektoren und Disziplinen hinweg zu koordinieren.

116. Ich unterstütze alle Schritte in Richtung auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen. Mit Zunahme der multilateralen Aktivitäten stellen jedoch sowohl das Sekretariat als auch die Mitgliedstaaten fest, daß die für neue Einsätze zugewiesenen personellen und finanziellen Ressourcen mit den gestiegenen Anforderungen nicht Schritt gehalten haben und manchmal kaum ausreichen. Diese Situation muß unbedingt energisch und entschlossen behoben werden, wenn die Vereinten Nationen nicht in einen Teufelskreis geraten wollen, in dem die in sie gesetzten Erwartungen ihre Fähigkeiten übersteigen, was wiederum unvermeidlich zu Enttäuschungen und zu einem Abbröckeln des Vertrauens in das Potential der Weltorganisation führt.

Abrüstung

117. Während des vergangenen Jahres wurden die bestehenden Abrüstungsvereinbarungen durch eine Reihe von Entwicklungen bedroht, die nicht nur die weltweite Sicherheit untergraben, sondern auch zu einem Anstieg der weltweiten Militärausgaben führen könnten. Die Abrüstungsmechanismen der Vereinten Nationen wurden im Berichtszeitraum nicht voll genutzt, und was die Einberufung einer vierten Sondertagung der Generalversammlung über Abrüstung betrifft, die universelle Ziele für die nahe Zukunft setzen könnte, fand sich kein Konsens. Die Vereinten Nationen bekennen sich jedoch nach wie vor dazu, die bestehenden Normen aufrechtzuerhalten und unter den Mitgliedstaaten zur politischen Willensbildung für den Abschluß neuer Vereinbarungen beizutragen, durch die globale Sicherheit auf dem niedrigsten Rüstungsstand unter Berücksichtigung der legitimen Bedürfnisse in bezug auf die Selbstverteidigung und die Sicherheit erreicht werden kann.

118. Die Entwicklung von Flugkörpern größerer Reichweite und ihre Erprobung durch mehrere Länder sowie die Entwicklung von Flugkörperabwehrsystemen und die Tatsache, daß eine große Zahl von Flugkörpern auf Abruf startbereit ist, stellen eine ernste Bedrohung des Friedens und der Sicherheit dar. Die von ballistischen Flugkörpern ausgehende Bedrohung, gleichviel, ob sie konventionelle Waffen tragen oder als Trägermittel für Massenvernichtungswaffen einsatzfähig sind, könnte durch die multilaterale Aushandlung von Normen gegen die Verbreitung der Technologie für

ballistische Flugkörper für militärische Zwecke sowie durch Zurückhaltung bei der Entwicklung von Flugkörpern erheblich verringert werden. Ferner würden sich dadurch die Aussichten auf Fortschritte bei den bilateralen und multilateralen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen, einschließlich der Verhütung eines Wettrüstens im Welt-raum, erheblich verbessern.

119. Der systematische und schrittweise Abbau von Kernwaffen mit dem Ziel ihrer endgültigen Beseitigung wird auch künftig eine der vorrangigsten Aufgaben der internationalen Gemeinschaft sein. Auf diesem Gebiet wurde jedoch während des vergangenen Jahres nur wenig erreicht. Die seit langem bestehenden unterschiedlichen Auffassungen darüber, wie Fragen der nuklearen Abrüstung anzugehen seien, haben den Beginn der Verhandlungen über einen Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material, der im Herbst 1998 möglich schien, weiter verhindert. Zwischenzeitlich haben die Vereinten Nationen die laufenden Verhandlungen über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Zentralasien weiter unterstützt, und der Vertragstext ist im Entstehen begriffen.

120. Die Bemühungen um die Förderung des Inkrafttretens des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen gehen weiter, und für den Herbst 1999 ist eine Konferenz zur Erörterung dieser Frage anberaumt. Es ist äußerst wichtig, daß die drei Kernwaffenstaaten, die den Vertrag bisher noch nicht ratifiziert haben, sowie diejenigen Staaten, die den Vertrag ratifizieren müssen, damit er in Kraft treten kann, ihre Ratifikationsurkunden so rasch wie möglich hinterlegen. Der Weg zu der im Jahr 2000 stattfindenden Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen wird weniger steinig sein, sobald auf diesem und auf anderen Gebieten der nuklearen Abrüstung greifbare Fortschritte erzielt worden sind.

121. Abrüstungstätigkeiten in Form von Verträgen sowie im Rahmen von Friedenssicherungsmandaten oder vertrauensbildenden Maßnahmen unterstützen Fortschritte bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und umgekehrt. Die Förderung der Aufklärung über die Minengefahr, Fortschritte bei der Minenräumung sowie die Gewährung medizinischer, psychologischer und technischer Hilfe für Minenopfer, bei denen es sich hauptsächlich um Frauen und Kinder handelt, sorgen für den Fortgang des sozioökonomischen Wiederaufbau- und Entwicklungsprozesses in Ländern, die einen Konflikt überstanden haben. Die Einberufung der Ersten Tagung der Vertragsstaaten des Übereinkommens von Ottawa über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung, das Antipersonenminen verbietet und ihre Vernichtung verlangt, brachte die weltweiten Anstrengungen zum Verbot von Landminen im Mai 1999

erheblich voran. Ein weiterer Schritt zur Minderung der von Landminen angerichteten Verwüstungen wird im Dezember getan, wenn die Vertragsparteien des geänderten Protokolls II zu dem Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können, das ein Teilverbot von Landminen darstellt, ihre erste Jahreskonferenz abhalten.

122. Weitere praktische Abrüstungsmaßnahmen, wie die Einsammlung und Vernichtung von Kleinwaffen und leichten Waffen, können das Gewaltpotential senken und die Stabilität erhöhen und so den Entwicklungsprozeß erleichtern. Die Reduzierung der Militärhaushalte wird insbesondere in Ländern, die einen Konflikt überstanden haben, mehr Ressourcen für die Entwicklung freisetzen. Wir hoffen, daß die wiedereingesetzte hochrangige Lenkungsgruppe für Abrüstung und Entwicklung diese Frage eingehend behandeln wird.

123. Die Tatsache, daß sich die Abrüstungskonferenz nun schon drei Jahre hintereinander nicht auf ein Arbeitsprogramm einigen konnte und daß in der Frage der Abhaltung einer Sondertagung der Generalversammlung über Abrüstung kein Konsens erzielt wurde, bereitet auch weiterhin große Sorge.

Sanktionen

124. Es wird zunehmend anerkannt, daß die Gestaltung und die Durchführung der Sanktionen, für die der Sicher-

heitsrat ein Mandat erteilt hat, verbesserungsbedürftig sind und daß ihre humanitären Kosten für die Zivilbevölkerung so weit wie möglich gesenkt werden müssen. Dies kann dadurch erreicht werden, daß die Sanktionen gezielter eingesetzt werden, was von den Verfechtern der sogenannten "intelligenten Sanktionen" gefordert wurde, oder daß in Sicherheitsratsresolutionen selbst angemessene und sorgfältig durchdachte humanitäre Ausnahmen aufgenommen werden. Beide Ansätze haben meine Unterstützung.

125. Innerhalb wie auch außerhalb der Vereinten Nationen wird nach wie vor intensiv über die Wirksamkeit der bestehenden Sanktionsregime diskutiert, gleichviel, ob es sich um umfassende Sanktionsregime, wie gegen Irak, oder um gezieltere, wie im Falle der Libysch-Arabischen Dschamahirija, handelt. Es ist noch immer nicht geklärt, wie die sich aus ihrer Anwendung ergebenden Probleme am besten angegangen werden können.

126. Seit 1997 hat die Regierung der Schweiz im Rahmen des sogenannten "Interlaken-Prozesses" einen Dialog zwischen den mit der praktischen Umsetzung von Sanktionen befaßten Personen und Sachverständigen erleichtert, dessen Ziel darin besteht, die potentielle Wirksamkeit gezielter finanzieller Sanktionen zu erkunden, darunter beispielsweise das Einfrieren von Vermögen und die Blockierung der Finanztransaktionen der betroffenen Stellen oder Personen. Die Wirksamkeit solcher Sanktionen muß zwar noch erprobt werden, und es sind noch eine Reihe von Fragen zu lösen, doch ist mittlerweile klar, daß sie, wie aus dem dem Sicherheitsrat im Juni 1999 vorgelegten Bericht hervorgeht, technisch machbar sind.

Kapitel II

Entwicklungszusammenarbeit

Überblick

127. In einer zunehmend interdependenten Welt können die mit der Entwicklung verbundenen Herausforderungen nur durch sorgfältig geplante, abgestimmte und ausreichend finanzierte internationale Maßnahmen bewältigt werden. Die Vereinten Nationen und ihre Partner verfügen über außerordentliche Kapazitäten auf dem Gebiet der Entwicklung. Die Herausforderung besteht darin, diese Kapazitäten wirksamer und synergetischer einzusetzen. Im Rahmen des 1997 von mir eingeleiteten Reformprogramms wurde die Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklung geschaffen, die dazu beitragen soll, dieser Herausforderung zu begegnen. Während des vergangenen Jahres war die Gruppe damit beschäftigt, die neuen, zur Erreichung unserer Entwicklungsziele notwendigen Modalitäten auf dem Gebiet der Zusammenarbeit auszuarbeiten und umzusetzen.

Reforminstrumente: Gemeinsame Landesbewertungen und der Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen

128. Dank der gemeinsamen Landesbewertungen und des VN-Entwicklungshilfe-Programmrahmens verfügen die Vereinten Nationen erstmals über das notwendige Instrumentarium, um die Entwicklungsziele der einzelstaatlichen Regierungen strategisch und koordiniert zu unterstützen. Die gemeinsamen Landesbewertungen liefern den Vereinten Nationen, den Gebern und anderen Institutionen ein gemeinsames Analyseinstrument, so daß sie alle über ein gemeinsames Verständnis der sich darbietenden Herausforderungen und möglichen Gefahren verfügen. Der VN-Entwicklungshilfe-Programmrahmen ist der Planungs- und Programmierungsmechanismus zur Koordinierung der Maßnahmen, die die Vereinten Nationen als Antwort auf diese Herausforderungen ergreifen.

129. Außerdem unternehmen wir Schritte, um sicherzustellen, daß die nicht im Feld vertretenen Programme, Fonds und Organisationen der Vereinten Nationen, einschließlich der Regionalkommissionen, in die Erarbeitung und Umsetzung der Entwicklungshilfe-Programmrahmen und der gemeinsamen Landesbewertungen voll eingebunden sind. Seit 1997 haben etwa 60 Länder gemeinsame Landesbewertungen in die Wege geleitet. 18 Länder haben sich an dem 1997 begonnenen Pilotprojekt des Entwicklungshilfe-Programmrahmens der Vereinten Nationen beteiligt. Bis Ende 1999 werden voraussichtlich 19 weitere Länder einen Entwicklungshilfe-Programmrahmen einleiten.

Stärkung der Führungsfähigkeit: das System der residierenden Koordinatoren

130. Während des ganzen letzten Jahres hat die VN-Gruppe für Entwicklung verstärkte Anstrengungen zur Verbesserung des Systems der residierenden Koordinatoren unternommen. Dazu gehörten neue Auswahlverfahren für residierende Koordinatoren, durch die die Rekrutierungsbasis erweitert und ein ausgewogeneres Verhältnis von Frauen und Männern erreicht werden soll, die Leistungsbeurteilung von residierenden Koordinatoren und Landesteams, die Verbesserung der jährlichen Berichtsverfahren für residierende Koordinatoren und eine Überprüfung der gewonnenen Erfahrungen sowie eine stärkere Unterstützung seitens des VN-Amtssitzes, namentlich eine bessere Schulung der residierenden Koordinatoren und Landesteams.

Maximierung der Ressourcen: Harmonisierung und Häuser der Vereinten Nationen

131. Als Antwort auf die Aufforderung der Generalversammlung zu einer stärkeren Harmonisierung und Vereinfachung der von den VN-Organen angewandten Richtlinien und Verfahren wollen nunmehr 100 Landesteams ihre jeweiligen Programmzyklen gleichzeitig beginnen lassen. Bis zum Jahr 2004 werden die Zyklen aller Landesprogramme harmonisiert sein.

132. Die Unterbringung von VN-Einheiten in gemeinsam genutzten Räumlichkeiten (Häuser der Vereinten Nationen) wird zu größerem Gemeinschaftsgefühl und größerer Zielkonsonanz beitragen. Bis jetzt wurden weltweit 36 Häuser der Vereinten Nationen eingerichtet. In diesem Jahr wird die Einrichtung von 20 weiteren Häusern erwogen. In einigen Ländern propagieren wir "virtuelle" Häuser der Vereinten Nationen, in denen die einzelnen Dienststellen durch ein landesinternes Intranet untereinander verbunden sind und so der Austausch von Informationen, Verfahrensweisen und Erfahrungen verbessert wird.

Verbesserung des Nutzeffekts: Interinstitutionelle Unterstützung

133. Die VN-Gruppe für Entwicklung hat zur Unterstützung der Landesteams eine Reihe von interinstitutionellen Gruppen eingesetzt. Die Arbeitsgruppe für das Recht auf Entwicklung hat die vorläufigen Leitlinien für den VN-Entwicklungshilfe-Programmrahmen überprüft und konkrete

Vorschläge dazu abgegeben, wie die Achtung der Menschenrechte besser darin eingebunden werden kann. Die Arbeitsgruppe hat entsprechende Instruktionen für alle residierenden Koordinatoren verfaßt und wird ein Modul für die Schulung in Menschenrechtsfragen ausarbeiten. Zudem wird die Gruppe Beispiele für gute Praktiken verbreiten, damit die Landesteamts voneinander lernen können.

134. Die im Juni 1998 gebildete Untergruppe für geschlechtsspezifische Fragen hat die Pilotprojekte des Entwicklungshilfe-Programmrahmens überprüft und Empfehlungen dahin gehend abgegeben, wie geschlechtsspezifische Perspektiven effektiver in die Kernindikatoren der gemeinsamen Landesbewertungen und die endgültigen Leitlinien für den Entwicklungshilfe-Programmrahmen einbezogen werden können.

135. Ad-hoc-Arbeitsgruppen, wie beispielsweise 1998/99 die Arbeitsgruppen zur Frage der Armut, über die Bildung von Mädchen, die Globalisierung, Sektorprogramme sowie die Zusammenarbeit mit den Bretton-Woods-Institutionen, haben die von der VN-Gruppe für Entwicklung zu bestimmten Fragen erworbenen Kenntnisse für die Landesteamts zusammengefaßt.

Zusammenarbeit: Aufbau von Entwicklungspartnerschaften

136. Im vergangenen Jahr haben die Vereinten Nationen ihr Augenmerk verstärkt darauf gerichtet, ihre verschiedenen Partner auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene über ihre Forschungsarbeiten, Veröffentlichungen und Aussprachen zu informieren, und haben so zu einem größeren Verständnis und Bewußtsein der zentralen Entwicklungsfragen und zu innovativerem Denken auf dem Gebiet der Entwicklung beigetragen. Darüber hinaus hat eine gemeinsam vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), vom Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen und vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) eingerichtete Datenbank das gegenseitige Verständnis vertieft und einen wertvollen Beitrag zur Tätigkeit der Organisationen der Zivilgesellschaft geleistet. Eine 1998 vom Welternährungsprogramm durchgeführte Erhebung hat ergeben, daß das Programm weltweit mit mehr als 1.100 nicht-staatlichen Organisationen zusammenarbeitet, bei denen es sich zu Dreiviertel um nationale und lokale Gruppen handelt.

137. Auf meine Erklärung vor führenden Vertretern der Wirtschaft auf dem Weltwirtschaftsforum 1999 in Davos hin hat die VN-Gruppe für Entwicklung die Möglichkeit von Partnerschaften mit dem Privatsektor in einer Reihe von Entwicklungsfragen untersucht. So hat beispielsweise das UNDP gemeinsam mit dem Internet-Giganten Cisco Systems "NetAid" geschaffen, ein in mehreren Städten stattfindendes Konzert, das über das Internet ausgestrahlt werden

soll, um Bewußtseinsbildung für die Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern zu treiben und dafür finanzielle Unterstützung zu gewinnen. Eine der Partnerschaften zwischen UNICEF und dem Privatsektor ist eine weltweite Kampagne, mit deren Hilfe die Kinderlähmung in vielen Teilen der Welt ausgerottet werden konnte.

138. Die Vereinten Nationen haben außerdem konzertierte Anstrengungen zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzinstitutionen unternommen. Im Februar 1999 hielt der Wirtschafts- und Sozialrat eine Tagung auf hoher Ebene mit Mitgliedern des Exekutivdirektoriums der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) ab. Die Führungsspitze der Weltbank, darunter Präsident Wolfensohn und 11 Vizepräsidenten, nahm an dem weiteren Gedankenaustausch teil, der in der Generalversammlung, im Wirtschafts- und Sozialrat und bei verschiedenen öffentlichen Sitzungen stattfand. Außerdem wurden mit Vertretern der Weltbank Gespräche über den Umfassenden Entwicklungsrahmen und andere Bereiche der Zusammenarbeit, wie beispielsweise die gemeinsamen Landesbewertungen und den VN-Entwicklungshilfe-Programmrahmen, geführt. Innerhalb der Vereinten Nationen, einschließlich der Sonderorganisationen, hat eine Reihe von Gesprächen darüber stattgefunden, wie das Zusammenwirken der Vereinten Nationen mit der Weltbank effektiver gestaltet werden könnte. Darüber hinaus haben die Vereinten Nationen aktiv mit den regionalen Entwicklungsbanken zusammengearbeitet, insbesondere im Hinblick auf die Finanzkrisen in Ostasien und anderswo. Desgleichen ist es auf Landesebene und bei der Weiterverfolgung der Pilotprojekte im Rahmen des Entwicklungshilfe-Programmrahmens beziehungsweise der Länderunterstützungsstrategie in Mali und Vietnam zu einer praktischen Zusammenarbeit gekommen.

139. Die Vereinten Nationen haben auch weiterhin betont, daß eine auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte beruhende Staats- und Regierungsführung die beste Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung darstellt. Bei der Einbindung der Menschenrechtsnormen in den Entwicklungsprozeß haben das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, das UNDP, die internationalen Finanzinstitutionen und die Sonderorganisationen merklich stärker zusammengearbeitet. In der nächsten Etappe wird es darum gehen, ausgehend von den praktischen Erfahrungen der Regierungen in der ganzen Welt festzustellen, wo und welche Art von Hilfe am meisten gebraucht wird.

Verknüpfung von Hilfe und Entwicklung

140. Mit der wachsenden Zahl umfassender Friedensübereinkünfte in den neunziger Jahren hat auch die Zahl der interinstitutionellen Arbeitsgruppen zugenommen, die sich mit der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit befassen.

sen. Diese Entwicklung hat deutlich gezeigt, wie notwendig es ist, Nothilfeprogramme und Programme zur Unterstützung der wirtschaftlichen Gesundung wirkungsvoll mit längerfristigen Entwicklungsinitiativen zu verknüpfen. In Anbetracht der Wichtigkeit einer solchen Verknüpfung haben wir einen Dialog zwischen den maßgeblichen Akteuren auf dem Gebiet der humanitären Hilfe, der Menschenrechte, der Sicherheit und der Entwicklung eingeleitet. Ziel dieses Dialogs ist es, die wirksamere Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen und den Organisationen zu erleichtern. Die erste Sitzung der Exekutivausschüsse für Frieden und Sicherheit, politische Angelegenheiten und der VN-Gruppe für Entwicklung im November 1998 war ein wichtiger Schritt im Rahmen dieses Prozesses.

Aufbau statistischer Kapazitäten

141. In Anbetracht der Wichtigkeit statistischer Daten und Indikatoren ersuchte der Wirtschafts- und Sozialrat das Sekretariat der Vereinten Nationen, die bilateralen Finanzorganisationen und die Bretton-Woods-Institutionen im Mai 1998 um ihre Zusammenarbeit bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten beim Aufbau ihrer statistischen Kapazitäten. Die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten hat in Zusammenarbeit mit dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen verschiedene Initiativen zur Durchführung des Weltbevölkerungs- und Wohnungszensus im Jahr 2000 ergriffen. Die Hauptabteilung hat außerdem regionale Ansätze zur Durchführung von Vollerhebungen in Zentralasien, in der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika und im Pazifik unterstützt. Die innerregionale Zusammenarbeit zwischen Organisationen, die für die Sammlung nationaler und regionaler statistischer Daten zuständig sind, wird ebenfalls unterstützt.

Beseitigung der Armut

142. Trotz der Fortschritte, die in den letzten 50 Jahren im Bereich der Ernährung, der Gesundheit, der Bildung, der Lebenserwartung und der Reduzierung der materiellen Armut erzielt worden sind, liegt noch ein weiter Weg vor uns: über 1,5 Milliarden Menschen müssen mit weniger als 1 Dollar pro Tag auskommen; fast 1 Milliarde Erwachsene – die meisten von ihnen Frauen – können weder lesen noch schreiben; 830 Millionen Menschen sind unterernährt, und 750 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu angemessenem Wohnraum oder einer angemessenen gesundheitlichen Versorgung. Geschlechtsbedingte Ungleichheiten hemmen nach wie vor das wirtschaftliche Wachstum und Wohlergehen.

143. Durch die Zunahme der Zahl der Naturkatastrophen, die Nachwirkungen der ostasiatischen Wirtschaftskrise, den anhaltenden wirtschaftlichen Niedergang der ehemaligen

Sowjetunion, den Anstieg der Zahl der Aids-Opfer, insbesondere in Afrika, und den Ausbruch neuer Kriege hat sich die Armut 1998 in vielen Teilen der Welt verschlimmert.

144. Die Armutsbeseitigung ist eines der Hauptziele der Vereinten Nationen und ihrer Organisationen. Ihre Verwirklichung erweist sich jedoch nach wie vor als schwierig. Zwar ist der Rückgang der Ressourcenströme Teil der Problemursache, doch stellen auch umfangreichere Mittel keine Patentlösung dar. In einigen Fällen wurde durch die Gewährung von Hilfe spürbar zur Verringerung der Armut beigetragen, in anderen Fällen hingegen hat sie nur geringe oder gar keine Wirkung gezeigt. Worauf es ankommt, ist die Verwendung dieser Hilfe. Wird die Auslandshilfe mißbraucht, so wirft sie kaum einen Nutzen für die Hilfebedürftigen ab.

145. Die Vereinten Nationen sind sich seit langem darüber im klaren, daß Entwicklungspolitik mehr ist als wirtschaftliche Maßnahmen im engeren Sinn. Entwicklung kann sich nicht in einem Vakuum vollziehen. Sie setzt voraus, daß den Menschen ein Mindestmaß an Sicherheit gewährleistet wird, daß eine umfassende politische Mitsprache gegeben ist und daß die Menschenrechte geachtet werden. Als einzige internationale Organisation, deren Mandat die Bereiche Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte umschließt, befinden sich die Vereinten Nationen in einer singulären Position, die Armutsbeseitigung ganzheitlich anzugehen. Das erfordert eine breite interinstitutionelle Zusammenarbeit, wie sie in den Vereinten Nationen heute immer häufiger praktiziert wird. So bildeten beispielsweise die Arbeiten, die die Internationale Arbeitsorganisation, die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, das UNDP, die Weltbank und der IWF gemeinsam durchgeführt haben, die Grundlage für den Bericht, den ich dem Wirtschafts- und Sozialrat im Juli 1999 über "Die Rolle der Beschäftigung und der Arbeit bei der Armutsbekämpfung: Machtgleichstellung und Förderung der Frau" vorgelegt habe.

146. Voraussetzung für eine bessere Politik zur Armutsbekämpfung sind verbesserte Risikobewertungs- und Frühwarnstrategien, wie diejenigen, die der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und das Welternährungsprogramm gemeinsam ausgearbeitet haben. Ganz allgemein haben die Vereinten Nationen im Laufe des vergangenen Jahres zusammen mit ihren Partnern ganzheitlichere Entwicklungspolitiken entworfen. Im Oktober 1998 übermittelte der Verwaltungsausschuß für Koordinierung allen residierenden Koordinatoren und Landteams der Vereinten Nationen einen Aktionsplan mit dem Titel "Freiheit von Armut", der auf seiner Erklärung vom März 1998 über Armut beruht. Dieser Plan bildet die Grundlage für eine neue Initiative unter der Federführung der VN-Gruppe für

Entwicklung, die den Programmländern dabei behilflich sein soll, das Ziel der Reduzierung der absoluten Armut um die Hälfte bis zum Jahr 2015 zu erreichen.

147. Im Dezember 1998 arbeitete die VN-Gruppe für Entwicklung einen Aktionsplan für Maßnahmen auf Landesebene zur Bewältigung der mit der Globalisierung und der Finanzkrise in Ostasien verbundenen Probleme aus. Von 78 Ländern haben 43 eine eigene Strategie zur Armutsminderung ausgearbeitet und 35 einen Teil ihres Gesamtentwicklungsplans der Erreichung dieses Ziels gewidmet. Landesteams der Vereinten Nationen haben interinstitutionelle themenbezogene Arbeitsgruppen zu geschlechtsspezifischen Fragen (in 58 Ländern), zur Ernährungssicherheit (in 48 Ländern) und zu einer Reihe von sonstigen Fragen im Zusammenhang mit der Armutsbekämpfung eingerichtet. 1998 begann die Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien, auf der Grundlage von Studien, die 1996/97 durchgeführt worden waren, mit der Ausarbeitung von Politiken zur Linderung der Armut.

148. Bis Ende 1998 wurde im Rahmen der UNDP-Strategieninitiative zur Armutsbeseitigung mehr als 100 Ländern Unterstützung auf dem Gebiet der Analyse der Armut, der kartographischen Erfassung der Armutverteilung, der Armutsmessung und der Entwicklung einzelstaatlicher Armutsminderungsstrategien gewährt. Im Rahmen dieser Initiative kam es auf Landesebene zu einer umfassenden Zusammenarbeit mit der Weltbank, den Regionalkommissionen, der Internationalen Arbeitsorganisation, UNICEF, der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten und dem VN-Bevölkerungsfonds.

149. Der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau und das UNDP leiteten die Einrichtung eines globalen Wissensnetzes ein, das dazu vorgesehen ist, bei der Aufstellung wirksamer armenfreundlicher und auch geschlechts- und umweltspezifische Fragen berücksichtigender Haushaltspläne behilflich zu sein. Das Welternährungsprogramm unterstützte nahezu 75 Millionen Menschen, mehr als die Hälfte davon Frauen und Mädchen, indem es den Armen beim Aufbau der Grundlagen für eine nachhaltige Ernährungssicherung half und auf ihre Bedürfnisse in Notstandssituationen einging. In einer vom VN-Bevölkerungsfonds in Südostasien durchgeführten Studie über die Auswirkungen der Finanzkrise wurden ein Anstieg der Armut in der Region verzeichnet und konkrete Politikmaßnahmen empfohlen.

150. Im Mai 1999 richteten das Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) und die Weltbank das Bündnis der Städte ein, um ihre Unterstützungsmaßnahmen für Städte in den Entwicklungsländern zu koordinieren. Der Schwerpunkt dieses Bündnisses liegt insbesondere auf städtischen Squattersiedlungen, der Verbesse-

rung der Wohnbedingungen in Elendsvierteln und der Verbesserung der städtischen Regierungs- und Verwaltungssysteme. Mit Unterstützung seitens des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat), der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) und der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) gründete das UNDP als Folgemaßnahme zum Habitat-II-Prozeß den Weltbund der Städte zur Bekämpfung der Armut.

151. Das Programm der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle war Regierungen in Lateinamerika und Asien bei der Ausarbeitung von "Wirtschaftsplänen" zur Verminderung der Anreize für den Anbau unerlaubter Suchtstoffpflanzen und zur Förderung alternativer Entwicklungsaktivitäten behilflich. Unterdessen haben die VN-Organisationen ihre Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft fortgesetzt, um eines der auf dem Gipfeltreffen über Kleinstkredite gesteckten Ziele zu erreichen, nämlich 100 Millionen der ärmsten Familien Zugang zu Krediten und anderen Finanzdienstleistungen zu verschaffen.

Soziale Entwicklung

152. Einer der bedeutsamsten Erfolge der von den Vereinten Nationen in den neunziger Jahren über Fragen der sozialen Entwicklung abgehaltenen internationalen Konferenzen war der Konsens darüber, daß soziale und wirtschaftliche Probleme Lösungsansätze erfordern, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. 1999 fand in New York die Fünfjahres-Überprüfung der 1994 in Kairo abgehaltenen Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung statt. Außerdem haben die Vorbereitungen für die im Jahr 2000 stattfindenden Fünfjahres-Überprüfungen der Vierten Weltfrauenkonferenz und des Weltgipfels für soziale Entwicklung und die Fünfjahres-Überprüfung von Habitat II im Jahr 2001 begonnen.

153. Der Überprüfungsprozeß der Kairoer Konferenz gipfelte in einer vom 30. Juni bis 2. Juli 1999 abgehaltenen Sondertagung der Generalversammlung, auf der die Versammlung ein Dokument über Schlüsselmaßnahmen zur weiteren Umsetzung des Aktionsprogramms der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung verabschiedete. Dieses Dokument stützte sich auf Berichte, die die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten auf der Grundlage mehrerer Fachtagungen und Symposien erstellt hatte, sowie auf Vor-Ort-Bewertungen der seit der Kairoer Konferenz in 114 Entwicklungs- und 18 entwickelten Ländern erzielten Fortschritte. Im Mittelpunkt des von der Generalversammlung verabschiedeten Dokuments standen Bevölkerungs- und Entwicklungsfragen, die Gleich-

behandlung der Geschlechter und die Machtgleichstellung der Frau, die reproduktive Gesundheit und damit zusammenhängende Rechte sowie Partnerschaften und Zusammenarbeit. Außerdem wurden alle Länder aufgefordert, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um den Fehlbetrag an Ressourcen zu decken, die für die Erfüllung der in Kairo eingegangenen Verpflichtungen erforderlich sind.

154. Auf Landesebene sind interinstitutionelle Arbeitsgruppen geschaffen worden, die an den integrierten Folgemaßnahmen zu den Konferenzen mitwirken sollen. Aus den Jahresberichten 1998 der residierenden Koordinatoren ging hervor, daß weltweit 573 themenbezogene Gruppen tätig sind. Viele dieser Gruppen befassen sich mit Fragen der sozialen Entwicklung wie beispielsweise grundlegende soziale Dienstleistungen (16 Gruppen), Gesundheit und Ernährung (29), Bildung (24), Bevölkerung und Entwicklung (7), reproduktive Gesundheit (5), Drogen (6) und Menschenrechte (15).

155. Der Einsatz neuer Informationstechnologien kam der Öffentlichkeitsarbeit auf dem Gebiet der sozialen Entwicklung zugute. So verband beispielsweise die interinstitutionelle weltweite Videokonferenz des VN-Entwicklungsfonds für die Frau unter dem Motto "Eine gewaltfreie Welt für Frauen" im März 1999 Mitgliedstaaten, VN-Organen und Aktivisten rund um die Welt.

156. Darüber hinaus führt die Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien ein im Oktober 1998 eingeleitetes Projekt für integrierte regionale Folgemaßnahmen der arabischen Staaten zu den VN-Konferenzen durch. Dieses Projekt bearbeitet Fragen, die mit den Themen der großen Konferenzen wie Frauen- und Bevölkerungsfragen, menschliche Siedlungen und soziale Entwicklung zusammenhängen. Zudem baut es auf den Erfahrungen des UNICEF, des VN-Bevölkerungsfonds und des VN-Entwicklungsfonds für die Frau auf.

157. Nachstehend werden vier Tätigkeitsbereiche beispielhaft dargestellt.

Eine neue Initiative zugunsten der Bildung von Mädchen

158. Unter der Leitung des UNICEF plant die VN-Gruppe für Entwicklung eine neue Zehnjahres-Initiative zugunsten der Bildung von Mädchen. Im Rahmen dieser Initiative wird sich eine breite Koalition von Akteuren, darunter auch Akteure von außerhalb des VN-Systems, dafür einsetzen, daß auf Landesebene mehr Bildungsmöglichkeiten für Mädchen bereitgestellt werden. Die Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung, die Vierte Weltfrauenkonferenz

und der Weltgipfel für soziale Entwicklung haben gezeigt, daß die Vorteile, die eine bessere Schulbildung von Mädchen mit sich bringt, gemeinhin anerkannt werden; hierzu zählen ein höheres Familieneinkommen, spätere Eheschließungen und niedrigere Geburtenraten, eine verminderte Säuglings- und Müttersterblichkeit, besser ernährte und gesündere Kinder, bessere Chancen und Wahlmöglichkeiten für eine größere Anzahl von Frauen und eine stärkere Teilhabe der Frau an der Entwicklung sowie an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen.

Schwerpunktprogramme für die Jugend

159. Beiträge zur Entwicklung junger Menschen haben wichtige Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung und die Menschenrechte, so auch die Stärkung demokratischer Abläufe und den Abbau der Diskriminierung und der Unterschiede aufgrund des Geschlechts und der ethnischen Herkunft. Die Vereinten Nationen sind weiterhin Partnerschaften eingegangen und haben sich verstärkt für die Unterstützung junger Menschen in der ganzen Welt eingesetzt. In 10 VN-Landesteams wurden interinstitutionelle Arbeitsgruppen für Fragen im Zusammenhang mit Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden eingerichtet.

160. Das VN-Drogenkontrollprogramm hat die Förderung eines Jugendforums zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs übernommen, auf dem junge Menschen aus der ganzen Welt zusammenkamen, um Ideen zur Bewältigung von Drogenproblemen auszutauschen. Auf der Sondertagung der Generalversammlung über die Bekämpfung des Weltrogenproblems herrschte Einigkeit darüber, wie wichtig es ist, die Drogennachfrage zu senken und den Drogennachschub zu stoppen. Sowohl 1998 als auch 1999 lag der Schwerpunkt der Welt-Aids-Kampagne bei den jungen Menschen.

161. In partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft finanzierten der VN-Entwicklungsfonds für die Frau, der VN-Bevölkerungsfonds, das UNDP und die UNESCO die Initiative "Weltweite Begegnung der Generationen", die den Dialog zwischen den Generationen fördern und so einen Beitrag zur menschlichen Entwicklung im 21. Jahrhundert leisten soll. Finanziell unterstützt von der Rockefeller-Stiftung und der Stiftung der Vereinten Nationen arbeitete das UNICEF gemeinsam mit einer Reihe von VN-Partnern und nichtstaatlichen Organisationen an der Konzipierung und Unterstützung interregionaler Dialoge, mit deren Hilfe Politiken und Programme ausgearbeitet werden sollen, die den Bedürfnissen junger Menschen Rechnung tragen. Der Bevölkerungsfonds förderte auch weiterhin die regionale und nationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit Heranwachsender durch die Finanzierung einer Reihe von Veran-

staltungen in der Karibik, in Afrika südlich der Sahara sowie in Asien und in den arabischen Staaten.

Förderung höherer und gezielterer Sozialausgaben

162. Die 20/20-Initiative, in der die Empfängerländer zustimmen, 20 Prozent ihres Staatshaushalts der sozialen Entwicklung zu widmen und die Geberländer 20 Prozent ihrer Entwicklungshilfe für diesen Zweck bereitstellen, hat deutlich werden lassen, daß die Ausgaben für Prioritäten auf dem Gebiet der sozialen Entwicklung erhöht werden müssen, und hat der Debatte über die Politik der Geberländer und der Entwicklungsländer neue Impulse verliehen. Im Laufe des vergangenen Jahres haben das UNICEF, das UNDP, der VN-Bevölkerungsfonds und die Weltbank auf internationaler Ebene und in einzelnen Ländern in dieser Frage zusammengearbeitet, wobei sie sich auf nach dem Weltgipfel für soziale Entwicklung begonnene Arbeiten stützten.

163. Bislang wurden 35 Überprüfungen von Sozialsektor-Ausgaben abgeschlossen. Im Oktober 1998 verabschiedeten Vertreter aus 48 Ländern auf der zweiten internationalen Tagung über die 20/20-Initiative den sogenannten Konsens von Hanoi, in dem unterstrichen wird, daß stärker in soziale Dienste investiert werden muß.

Zusammenarbeit der Vereinten Nationen bei der Bekämpfung von HIV/Aids

164. Die weltweite Aids-Epidemie wird zu einer immer gravierenderen Herausforderung. Ende 1998 waren über 30 Millionen Menschen mit dem HIV infiziert beziehungsweise an Aids erkrankt. Fast 14 Millionen sind daran bereits gestorben. Bei der Hälfte der 6 Millionen HIV-Neuinfizierten im Jahr 1998 handelte es sich um junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren. Dem *Weltgesundheitsbericht 1999* zufolge ist Aids mittlerweile die tödlichste Infektionskrankheit der Welt, an der noch mehr Menschen sterben als an Tuberkulose.

165. In einer Reihe von armen Ländern stellt HIV/Aids eine erhebliche Beeinträchtigung der Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der sozialen Entwicklungsziele dar. So wird beispielsweise die Lebenserwartung in den neun am schwersten von Aids betroffenen Ländern einem Bericht der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten von 1998 zufolge bis zum Jahr 2000 um 10 Jahre und bis 2010-2015 um 16 Jahre zurückgehen. Bis 2005-2010 könnte die Säuglingssterblichkeit in den am schwersten betroffenen Ländern um 28 Prozent höher sein, als sie es ohne Aids gewesen wäre, und die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren könnte um 51 Prozent höher liegen. Durch die sozialen und wirtschaftlichen Verluste kommt es zu einer Abwärtsspirale, durch die die schwerer kämpften Errungen-

schaften auf dem Gebiet der Entwicklung zunichte gemacht werden und den Infizierten jedwede Chance genommen wird, ein menschenwürdiges Leben zu führen.

166. 1998 kam das VN-Drogenkontrollprogramm als siebenter Träger neben dem UNICEF, dem UNDP, dem VN-Bevölkerungsfonds, der UNESCO, der Weltgesundheitsorganisation und der Weltbank zu dem Gemeinsamen und gemeinsam getragenen Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS) hinzu. Unter den Erfolgen dieses Programms sind zu nennen: die Erstellung einer Reihe von Leitfäden für die strategische Planung einzelstaatlicher Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV/Aids (mit Unterstützung von UNAIDS haben inzwischen 13 Länder in Asien und Afrika strategische Pläne fertiggestellt); die Veröffentlichung von über 100 Leitfäden zu den besten Praktiken samt Informationen über Lobbyarbeit, aktualisierten technischen Informationen und Fallstudien; die Vorbereitungen für eine neue Internationale Partnerschaft gegen HIV/Aids in Afrika; die Einrichtung einer interinstitutionellen Arbeitsgruppe für HIV/Aids, an der sich 115 VN-Landesteams beteiligen und die Einleitung einer gemeinsam von UNAIDS, dem VN-Entwicklungsfonds für die Frau und dem VN-Bevölkerungsfonds getragenen Initiative, mit deren Hilfe Frauenorganisationen und Regierungen besser befähigt werden sollen, den durch HIV/Aids entstandenen Herausforderungen zu begegnen.

Nachhaltige Entwicklung

167. Die 1999 abgehaltene siebente Tagung der Kommission für Nachhaltige Entwicklung zog eine Rekordzahl von Teilnehmern auf Ministerebene an. Damit bestätigte sich die Rolle der Kommission als das wichtigste zwischenstaatliche Forum auf hoher Ebene zur Frage der nachhaltigen Entwicklung. Die Teilnehmer kamen überein, die dringlichsten Probleme der nachhaltigen Entwicklung und Bewirtschaftung der Weltmeere anzugehen, die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus zu fördern und zur Ergreifung weiterer Maßnahmen zur Herbeiführung nachhaltigerer Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten anzuregen. Darüber hinaus wird im September 1999 die Fünfjahres-Überprüfung der Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsprogramms von Barbados für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselentwicklungsländer abgehalten. Diese Länder machen mehr als ein Fünftel der VN-Mitgliedstaaten aus.

168. Die VN-Gruppe für Entwicklung und andere Organe des VN-Systems haben ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung und der Umwelt fortgesetzt. Im Januar 1999 riefen das Umweltprogramm der Vereinten Nationen und das Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) in Zusammenarbeit mit dem UNDP und der Weltbank eine gemeinsame regionale Initiative zur Verbesserung der Wasserbewirtschaftung

in afrikanischen Städten ins Leben. Das Büro für die Bekämpfung von Wüstenbildung und Dürre gewährt einer Reihe von Ländern weiterhin Unterstützung. Bislang haben davon 49 Länder profitiert.

169. Der Revolvierende Fonds der Vereinten Nationen für die Exploration natürlicher Ressourcen förderte umweltschonende Bergbautätigkeiten in Mosambik und Suriname und verteilte an über 50 Länder Leitfäden auf CD-ROM. 1998 schloß das UNDP in 19 Ländern 75 Umwandlungsprojekte nach dem Montrealer Protokoll ab, das die Sanierung von kontaminierten Industriestandorten fördert. Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und das Welternährungsprogramm ermittelten gemeinsam umweltverträgliche Managementpraktiken in Gebieten, die eine große Anzahl von Flüchtlingen aufgenommen haben. Die Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien befaßte sich weiterhin mit der Ausarbeitung von Umweltindikatoren für die arabischen Länder.

170. 1998 leiteten die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, der Weltenergieerat und das UNDP gemeinsam die Weltenergiebewertung ein, mit dem Ziel, den mit der weiteren Umsetzung der Agenda 21 befaßten Organen wissenschaftlich-technische Hintergrunddaten zur Verfügung zu stellen. Über ihre Partnerschaft im Rahmen der Globalen Umweltfazilität haben das UNDP, das VN-Umweltprogramm und die Weltbank 138 Länder bei der Ausarbeitung nationaler Strategien zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen und dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt unterstützt.

171. Dank der Reform des VN-Sekretariats haben die Benutzer besseren Zugang zu den analytischen und fachlichen Arbeiten der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten. Dies wiederum wird mit dafür sorgen, daß die Ergebnisse der Politikberatungen in den zwischenstaatlichen Foren, insbesondere in der Kommission für Nachhaltige Entwicklung, wirksamer in die von den Vereinten Nationen geleistete Unterstützung einzelstaatlicher Politiken auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung einfließen.

Afrika

172. Die Zusammenarbeit mit einzelstaatlichen und regionalen Partnern zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Afrika ist nach wie vor eine vorrangige Aufgabe der VN-Gruppe für Entwicklung. Die Herausforderungen liegen auf der Hand. Schätzungsweise 44 Prozent der Afrikaner beziehungsweise 51 Prozent der Menschen südlich der Sahara leben in absoluter Armut. Von den weltweit 30 Millionen Menschen, die mit HIV/Aids infiziert sind, leben 23 Millionen südlich der Sahara. 91 Prozent aller

weltweit durch Aids verursachten Todesfälle entfielen auf 34 Länder, von denen sich 29 in Afrika befinden. Wenn Afrika das auf dem Weltgipfel für soziale Entwicklung gesetzte Ziel der Reduzierung der absoluten Armut um die Hälfte bis zum Jahr 2015 erreichen soll, muß das Bruttosozialprodukt bis dahin jährlich um mindestens 7 Prozent wachsen. Derzeit liegt das Wachstum bei rund 3 Prozent und wird im Jahr 2000 voraussichtlich 3,5 Prozent erreichen. Die Schuldenlast Afrikas ist 1998 von 344 Milliarden Dollar im Jahr 1997 auf 350 Milliarden Dollar gestiegen, das heißt, sie ist dreimal so hoch wie der Wert der ausgeführten Güter und Dienstleistungen. Die ausländischen Direktinvestitionen in Afrika beliefen sich auf weniger als 5 Milliarden Dollar; das sind lediglich 3 Prozent der weltweiten Investitionsströme.

Verbesserung der Zusammenarbeit der Vereinten Nationen zugunsten der Entwicklung Afrikas

173. Ich habe der Arbeitstagung 1999 des Wirtschafts- und Sozialrats meinen Bericht über die Konfliktursachen und die Förderung dauerhaften Friedens und einer nachhaltigen Entwicklung in Afrika vorgelegt. Darin habe ich die Notwendigkeit eines beträchtlichen und nachhaltigen Wirtschaftswachstums und einer entsprechenden sozialen Entwicklung hervorgehoben, damit die afrikanischen Länder die Herausforderungen bewältigen können, mit denen sie konfrontiert sind. Vor diesem Hintergrund hat die VN-Gruppe für Entwicklung gemeinsam mit einigen Exekutivausschüssen einen Aktionsplan ausgearbeitet, in dem aufgezeigt wird, welche Tätigkeiten gemeinsam durchgeführt werden können und wie die einzelnen Organisationen am besten dazu beitragen können.

174. Der Verwaltungsausschuß für Koordinierung betont auch weiterhin, daß die VN-Initiativen in Afrika – die Neue Agenda der Vereinten Nationen für die Entwicklung Afrikas in den neunziger Jahren und deren Durchführungsmechanismus, die Systemweite Sonderinitiative der Vereinten Nationen – in andere Initiativen auf dem Gebiet der Entwicklung wie beispielsweise die Internationale Konferenz von Tokio über die Entwicklung Afrikas, die Schuldeninitiative für die hochverschuldeten armen Länder, die Allianz für die Industrialisierung Afrikas und die koordinierten Folgemaßnahmen zu den VN-Konferenzen eingebunden werden müssen. Im März 1999 wurde in Nairobi die erste jährliche regionale Koordinierungstagung des VN-Systems in Afrika unter dem Vorsitz der Stellvertretenden Generalsekretärin abgehalten. Auf dieser Tagung wurde beschlossen, daß die Systemweite Sonderinitiative und die Neue Agenda den Rahmen für die Koordinierung der Maßnahmen der Vereinten Nationen zugunsten der Entwicklung Afrikas bilden.

175. Unter der Schirmherrschaft der VN-Gruppe für Entwicklung haben 10 afrikanische Länder an der Pilotphase des Entwicklungshilfe-Programmrahmens teilgenommen.

Bis Ende 1999 werden in diesem Rahmen voraussichtlich 10 weitere Projekte in Afrika durchgeführt, die der Vorbereitung der im Jahr 2001 beginnenden Programmzyklen dienen.

Bewältigung der Armutprobleme in Afrika

176. Das Programm "Arbeitsplätze für Afrika" bildet einen integrierenden Bestandteil der Systemweiten Sonderinitiative und ist auf die Erfüllung von Verpflichtungen gerichtet, die auf dem Weltgipfel für soziale Entwicklung eingegangen wurden. Im Rahmen dieses Programms sollen nationale und regionale Institutionen und Netzwerke in 10 teilnehmenden Ländern besser in die Lage versetzt werden, die Armut durch die Schaffung produktiver Beschäftigungsmöglichkeiten zu bekämpfen. Die Folgemaßnahmen zum Weltgipfel für soziale Entwicklung und die Armutsbekämpfung waren auch das Thema einer von der Wirtschaftskommission für Afrika im März 1999 veranstalteten subregionalen Tagung.

177. Das UNDP hat eine Reihe langfristiger einzelstaatlicher Studien gefördert, um die Regierungen zu befähigen, unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Globalisierung und der Investitionsströme Ziele für die Armutsbeseitigung festzulegen. 1999 wurde in Simbabwe ein regionales Informationssystem für Entscheidungsträger eingerichtet, das auch andere afrikanische Länder mit Informationen versorgt. Bislang kam dieses Programm 14 Ländern zugute. 30 weitere Länder haben förmlich um Unterstützung ersucht.

178. Im Rahmen der "Afrika 2000"-Initiative des UNDP, über die Frauen in ländlichen Gebieten Afrikas Unterstützung für Aktivitäten auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung erhalten, waren bis Ende 1998 über 700 Projekte finanziert worden. Mit einem Aufwand von 1,5 Milliarden Dollar unterstützt das Welternährungsprogramm auf dem Weg über 100 Projekte etwa 21 Millionen Menschen. Im südlichen Afrika arbeitet das Welternährungsprogramm über seine Gruppen für die Analyse und kartographische Erfassung von Gefährdungsgebieten mit einzelstaatlichen Partnern zusammen, um die Überwachung und Analyse von Gefährdungsgebieten zu fördern, damit Eventualfallpläne zur Bewältigung regionaler Naturkatastrophen ausgearbeitet werden können.

179. Im September 1998 richtete das Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) das Afrikanische Forum über städtische Armut ein. Sein vom UNDP und von der Weltbank unterstütztes Programm für Stadtplanung und Städtebau erstreckt sich bereits auf 26 afrikanische Länder. Das Programm "Zukunftsfähige Städte", das gemeinsam mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen durchgeführt wird, ist in acht afrikanischen Ländern aktiv.

Schwerpunktmassnahmen auf dem Gebiet der Gesundheit und Bildung in Afrika

180. Bei den im Laufe des Jahres unter der Leitung der UNESCO, des UNICEF und der Weltbank durchgeführten Bildungsaktivitäten im Rahmen der Systemweiten Sonderinitiative lag das Gewicht auf der Verbesserung der Grundschulbildung in 16 Ländern mit einer niedrigen Einschulungsrate. Organisationen der Vereinten Nationen arbeiten auch an der Verbesserung der Qualität der Bildung in Äthiopien, Côte d'Ivoire, Kamerun, Madagaskar, Malawi, Uganda und der Vereinigten Republik Tansania mit.

181. Das Gemeinsame und gemeinsam getragene Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids intensivierte zusammen mit seinen Trägern (UNICEF, UNDP, VN-Bevölkerungsfonds, UNESCO, Weltgesundheitsorganisation, Weltbank und VN-Drogenkontrollprogramm) seine Kampagne zur Bekämpfung von HIV und Aids in Afrika. Um seine Kampagne möglichst breit anzulegen, hat das Programm Regierungen, regionale Organe, bilaterale Entwicklungsorganisationen, multilaterale Organisationen, den Unternehmenssektor – mit Zusagen großer Pharmazeutikunternehmen, der Unterhaltungsindustrie und eines Weltweiten Unternehmensrats für Aids – sowie Organisationen der Zivilgesellschaft an einen Tisch gebracht.

182. Der afrikanische Kontinent, wo viele Menschen der Malaria zum Opfer fallen, ist einer der Hauptnutznießer der von der Weltgesundheitsorganisation geleiteten Anti-Malaria-Kampagne *Roll Back Malaria*, mit deren Hilfe die Zahl der malariebedingten Todesfälle bis 2010 um 50 Prozent und bis 2015 um 75 Prozent gesenkt werden soll. Durch andere VN-Initiativen, wie beispielsweise die Abhaltung von Nationalen Impftagen, wurde Frauen und Kindern in vielen afrikanischen Ländern geholfen.

183. Die Unterstützung, die der VN-Bevölkerungsfonds afrikanischen Ländern bei der Durchführung des Aktionsprogramms der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung gewährt, hat in 19 Ländern zu einer konkreten Verbesserung der Versorgung auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit geführt. Vier Länder haben Gesetze erlassen, mit denen die Praxis der Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane verboten wird.

184. Ein wichtiges Ziel der Entwicklungsaktivitäten des Welternährungsprogramms ist es, Frauen stärker zu befähigen, die Ernährungssicherheit der Haushalte zu erhöhen.

Aufbau einheimischer Kapazitäten zugunsten einer guten Regierungsführung und des Handels

185. Die Zusammenarbeit mit nationalen, regionalen und internationalen Partnern in Afrika steht im Mittelpunkt der Bemühungen der Vereinten Nationen um die Stärkung ein-

heimischer Kapazitäten zugunsten einer guten Regierungsführung und des Handels. Die im Rahmen der Systemweiten Sonderinitiative geschaffene Gruppe für Regierungsführung hat das Afrikanische Forum für Regierungsführung eingerichtet und baut derzeit umfassende Datenbanken für die Analyse von Regierungspraktiken auf. Das Forum trat im Juni 1999 in Mali zusammen, um den Zusammenhang zwischen Regierungsführung und Konfliktbewältigung zu untersuchen. Darüber hinaus fördert das Programm für Regierungsführung und Führungskompetenz des VN-Entwicklungsfonds für die Frau die stärkere Teilhabe von Frauen an den Entscheidungsfindungsprozessen in Afrika, sei es als Wählerinnen, Kandidatinnen oder gewählte Vertreterinnen.

186. Gemeinsam mit der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD), der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, der UNESCO, der Welthandelsorganisation, der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Organisation der afrikanischen Einheit (OAU) und der Wirtschaftskommission für Afrika veranstaltete das UNDP im März 1999 ein Forum, um zu prüfen, wie ein für Investitionen förderliches Umfeld geschaffen und die Wettbewerbsfähigkeit erhöht werden kann.

187. Unter der gemeinsamen Führung der UNCTAD, der Welthandelsorganisation und des Internationalen Handelszentrums hat die Handelsgruppe der Systemweiten Sonderinitiative einen integrierten Rahmen für die technische Hilfe in Handelsfragen ausgearbeitet. Das von der UNCTAD im März 1999 veranstaltete Asien-Afrika-Forum zur Herstellung von Geschäftskontakten ist eines der Beispiele für

die weitere Unterstützung der Süd-Süd-Zusammenarbeit durch die Vereinten Nationen.

Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften

188. Seit der Einrichtung des Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften im März 1998 wurden vier Finanzierungsrunden abgeschlossen und Zuschüsse in Höhe von nahezu 140 Millionen Dollar an insgesamt 79 Projekte auf den Gebieten Bevölkerungs- und Frauenfragen (33 Projekte), Gesundheit von Kindern (15 Projekte), Umwelt (20 Projekte) sowie zu ausgewählten VN-Themen (11 Projekte) verteilt. Zu der letztgenannten Kategorie gehört auch die Unterstützung des Reformprogramms des Generalsekretärs. Darüber hinaus sind Mittel für die Nothilfe Maßnahmen im Kosovo veranschlagt worden.

189. Anfang 1999 wurde ein strafferes und effizienteres Finanzierungsverfahren in die Wege geleitet. Es wurden verschiedene sogenannte "Programmrahmen-Gruppen" eingerichtet, die Orientierungshilfe bei der Ausarbeitung bestimmter Projekte leisten sollen. Die Gruppen decken folgende Bereiche ab: Bevölkerungs- und Frauenfragen, unter besonderer Berücksichtigung heranwachsender Mädchen und der Qualität der Versorgung auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit; Gesundheit von Kindern, unter besonderer Berücksichtigung der Senkung der Kindersterblichkeit und der Bekämpfung des Rauchens; sowie die Umwelt, unter besonderer Berücksichtigung der biologischen Vielfalt, der Energie und der Klimaänderungen.

Kapitel III

Erfüllung der humanitären Verpflichtungen

190. Das vergangene Jahr war angefüllt mit humanitären Katastrophen. Besonders augenfällig war die außergewöhnliche Zunahme der Naturkatastrophen, sowohl was ihre Zahl, als auch was ihr Ausmaß betrifft. Neue bewaffnete Konflikte, die ungeheuer große Verluste an Menschenleben, massive Vertreibungen und menschliches Leid verursachten, brachen in Äthiopien, Eritrea und im südlichen Balkan aus, während die seit langem andauernden Notstandssituationen in Afghanistan, Angola, Sierra Leone, Sudan und anderen Ländern weiter fortbestanden.

191. Die rechtzeitige Durchführung humanitärer Maßnahmen wird in vielen Ländern nach wie vor dadurch in Frage gestellt, daß gezielt Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die Mitarbeiter der humanitären Organisationen verübt werden und daß der Zugang für humanitäre Hilfsgüter verweigert wird. In Antwort auf diese nicht hinnehmbare Mißachtung der humanitären Normen begann der Sicherheitsrat mit einer Reihe öffentlicher Debatten über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten.

Koordinierung der humanitären Maßnahmen

192. Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten hat seine drei Kernaufgaben – die Koordinierung humanitärer Maßnahmen, die Politikausarbeitung und die Vertretung humanitärer Interessen – weiter verstärkt.

193. Bei den Koordinierungsbemühungen ging es in erster Linie darum, die Rahmenbedingungen für humanitäre Maßnahmen auf verschiedene Weise zu verbessern, unter anderem durch Verhandlungen mit den Konfliktparteien über Zugang und Sicherheit, die Stärkung der Grundsätze für humanitäre Maßnahmen sowie durch Lobbyarbeit im Sicherheitsrat und in anderen Gremien. Die Notwendigkeit einer umfassenderen Achtung, Einhaltung und Anwendung der Vorschriften und Normen des Völkerrechts, soweit sie die Rechte von Zivilpersonen betreffen, war in diesem Jahr, in dem der fünfzigste Jahrestag der Genfer Abkommen begangen wird, eines der zentralen Themen. Im Januar und Februar 1999 hielt der Sicherheitsrat zwei öffentliche Sitzungen zu dieser Frage ab. In der Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats, die daraus hervorging, wurde ich ersucht, dem Sicherheitsrat im September 1999 einen Bericht über den Schutz von Zivilpersonen vorzulegen, in dem innovative Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie der Rat im Rahmen seines Mandats seine Kapazität zur Gewährleistung des Schutzes von Zivilpersonen in Konfliktsituationen stärken könnte.

194. Zum ersten Mal wurden die konsolidierten interinstitutionellen Beitragsappelle gleichzeitig herausgegeben, und zwar im Dezember 1998 für das Jahr 1999. Per 31. Juli waren auf diese Appelle hin 49 Prozent der erbetenen Beträge zugesagt worden. Sieht man indessen einmal von Südosteuropa ab, so betrugen die Zusagen nur 31,6 Prozent, das heißt kaum mehr als im Jahr 1998. Die Beitragszusagen waren ausgesprochen ungleich auf geographische Regionen und Sektoren verteilt, so daß in bestimmten Sektoren nicht einmal ein Minimum an Hilfe garantiert werden konnte und für einige Länder akut knappe Mittel bereitstanden. Besonders bestürzend war die schwache Reaktion auf die Krisen in Afrika in einer Zeit, in der zahlreiche Geberländer eine lange Phase des Wohlstands genießen.

195. Bei der Konzipierung der interinstitutionellen Antwortmaßnahmen auf die Bedürfnisse von Binnenvertriebenen ist eine wirksame Koordinierung besonders wichtig, da es keine federführend dafür verantwortliche internationale Organisation gibt. Die von meinem Sonderbeauftragten für Binnenvertriebene, vom Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte und vom Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten gemeinsam durchgeführten Arbeiten bilden die Grundlage für ein Grundsatzpapier des Ständigen interinstitutionellen Ausschusses über den Schutz von Binnenvertriebenen, das in Kürze in der endgültigen Fassung vorliegen wird. Darin wird aufgezeigt, wie die wirksame Wahrnehmung der Schutzaufgaben sichergestellt werden kann, und ein System dargelegt, das in Notstandssituationen die rasche Aufgabenteilung auf die verschiedenen Organisationen gestatten soll. Zu den weiteren im vergangenen Jahr ergriffenen Initiativen zählten auch eine Bilanz der Situation von Ländern, in denen es Binnenvertriebene gibt, die Ausarbeitung eines Kompendiums guter Verfahren bei Feldeinsätzen und der Aufbau einer weltweiten Datenbank der Binnenvertriebenen.

196. Anstrengungen zur verstärkten Koordinierung der Antwortmaßnahmen der Vereinten Nationen auf die gestiegene Anzahl großer Natur- und Umweltkatastrophen umfaßten unter anderem den Erlass dreier großer interinstitutioneller Appelle – für den Hurrikan "Mitch" und für die Überschwemmungen in Bangladesch und in China. Darüber hinaus wurden im Laufe des Jahres 17 Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsteams der Vereinten Nationen entsandt. Situationsberichte zu über 60 Naturkatastrophen wurden verbreitet. Auf 28 internationale Appelle gingen über 1 Milliarde Dollar ein. Im Juni 1999 veranstalteten das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten und das UNDP in Beijing gemeinsam eine internationale

Fachtagung über Katastrophenbewältigung, auf der Möglichkeiten zur Verbesserung der Reaktionsbereitschaft und des Kapazitätsaufbaus sowie die Herstellung eines Übergangs von der Nothilfe zu frühzeitigen Wiederaufbaumaßnahmen behandelt wurden. Außerdem wurden Regionaltagungen und -seminare abgehalten, bei denen die Eventualfallplanung und der Ausbau der Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsteams der Vereinten Nationen in katastrophengefährdeten Regionen im Mittelpunkt standen.

197. Zum Abschluß der Internationalen Dekade für Katastrophenvorbeugung wurde eine Reihe von themenbezogenen Veranstaltungen und Regionalkonferenzen organisiert, die in einem im Juli 1999 in Genf abgehaltenen Programmforum gipfelten, an dem alle an dem Aktionsrahmen für die Dekade beteiligten Partner teilnahmen. Auf diesem Forum wurde eine umfassende Strategie zur Katastrophenvorbeugung im 21. Jahrhundert verabschiedet, die vom Wirtschafts- und Sozialrat überprüft wurde. Letzterer bewertete die Errungenschaften der Dekade und verabschiedete eine Resolution, um die Fortsetzung der sektorübergreifenden, konzertierten Tätigkeiten der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Katastrophenvorbeugung auch in Zukunft zu gewährleisten.

198. Der Exekutivausschuß für humanitäre Angelegenheiten unter der Leitung des Nothilfekordinators hat größere Synergien bei der Auseinandersetzung mit Fragen erzielt, die von der Sicherheits-, Friedenssicherungs- und Politikperspektive her bedeutende Auswirkungen auf humanitäre Hilfsmaßnahmen haben. Vor kurzem wurden die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und die Weltgesundheitsorganisation eingeladen, künftig an den Tagungen des Exekutivausschusses teilzunehmen. Der Ständige interinstitutionelle Ausschuß ist nach wie vor das wichtigste Forum für die interinstitutionelle Koordinierung, für Konsultationen und für die Entscheidungsfindung in humanitären Fragen.

199. Der Ständige interinstitutionelle Ausschuß hat zu einer Reihe von Fragen Arbeitsgruppen eingesetzt, beispielsweise für Naturkatastrophen, die Verbesserung des Prozesses der konsolidierten Beitragsappelle, Menschenrechte und humanitäre Maßnahmen, Binnenvertriebene, geschlechtsspezifische Fragen und humanitäre Antwortmaßnahmen, Aus- und Fortbildung, Kleinwaffen, Hilfe für Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Reintegration in der Konfliktfolgezeit und Initiativen im Zusammenhang mit dem Millennium. Durch die im März 1999 erfolgte Aufnahme der Weltbank als Mitglied im Ständigen interinstitutionellen Ausschuß wurde dessen Wirksamkeit weiter gestärkt. Größerer Vorrang wurde auch der Stärkung der Koordinierungssysteme im Feld eingeräumt, insbesondere dem Kapazitätsausbau der Koordinatoren für humanitäre Maßnahmen, beispielsweise durch die Veranstaltung ge-

meinsamer Konsultationen der residierenden Koordinatoren und der Koordinatoren für humanitäre Maßnahmen im Dezember 1998. Ausgehend von in Afghanistan durchgeführten Pilottätigkeiten wurden außerdem allgemeine Leitlinien für strategische Rahmenpläne ausgearbeitet.

Erbringung humanitärer Dienste

200. Im vergangenen Jahr gewährten die Vereinten Nationen Ländern und Regionen Hilfe, die von über 60 Naturkatastrophen und anthropogenen Notstandssituationen heimgesucht worden waren, darunter Äthiopien, Afghanistan, Angola, Armenien, Aserbaidschan, Burundi, der Demokratischen Republik Kongo, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Eritrea, Georgien, Guinea-Bissau, Liberia, der Republik Kongo, Ruanda, der Russischen Föderation, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tadschikistan, Uganda sowie dem ehemaligen Jugoslawien und der Region des ostafrikanischen Zwischenseengebiets. Im Rahmen dieser Hilfsmaßnahmen wurden oft innovative gemeinsame Initiativen ergriffen. Zu nennen sind beispielsweise die Zusammenarbeit in Gesundheitsfragen zwischen der Pan-amerikanischen Gesundheitsorganisation und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen bei der Bekämpfung der Cholera in Zentralamerika, Initiativen des UNHCR und des UNICEF in Westafrika zugunsten von Kindersoldaten und unbegleiteten Kindern sowie Initiativen des UNICEF und des Welternährungsprogramms in geschlechtsspezifischen Fragen.

201. Die Angriffe auf humanitäres Hilfspersonal warfen auch weiterhin große Probleme auf. 1998 kamen 22 Bedienstete der Vereinten Nationen und noch erheblich mehr örtliche und internationale Mitarbeiter nichtstaatlicher Organisationen, die in komplexen Notstandssituationen tätig waren, ums Leben. Die Zahl der Mitarbeiter humanitärer Organisationen, die bei mehreren gezielten Angriffen in Angola und Somalia den Tod fanden, veranschaulichte das wachsende Ausmaß dieses Problems. Nach dem Verlust von 12 Mitarbeitern im Jahr 1998 bemühte sich das Welternährungsprogramm, die Sicherheit seiner Mitarbeiter zu erhöhen, indem es das gesamte Personal einer mindestens dreitägigen Grundausbildung zur Gefahrenaufklärung unterzog und wesentliche Sicherheitsverbesserungen bei den Einrichtungen im Feld vornahm.

202. 1998 wurde mehr Nahrungsmittelhilfe vergeben. Das Welternährungsprogramm (WFP) gewährte fast 75 Millionen Menschen Hilfe, wobei die Zuweisungen 1998 1,7 Milliarden Dollar betragen und somit um 33 Prozent höher lagen als 1997. In Anbetracht der Herausforderungen, die mit seiner verstärkten Mitwirkung an Hilfsmaßnahmen verbunden sind, rief das WFP die Langfristige Hilfs- und Wiederaufbauoperation ins Leben, ein Programm, das dafür sorgen soll, daß Soforthilfe und lebensrettende Aktivitäten

nahtlos in Wiederaufbaumaßnahmen in der Krisenfolgezeit übergehen.

203. Die gesundheitsspezifischen Hilfsprogramme der WHO befaßten sich primär mit der Bewertung der Gesundheitsbedürfnisse der Opfer von Notsituationen und Katastrophen, der Bereitstellung von Gesundheitsinformationen, der Unterstützung bei der Koordinierung und Planung im Gesundheitswesen sowie mit der Durchführung vorrangiger Programme in Bereichen wie psychische Gesundheit, Epidemiekämpfung, Immunisierung, pharmazeutische Mittel und Ernährung. Vorrang wurde der verstärkten Koordinierung zwischen den einzelstaatlichen Gesundheitsbehörden und der internationalen Gemeinschaft sowie der Schaffung eines Übergangs von Aktivitäten zur Schadensbeseitigung und Normalisierung zum Aufbau von Gesundheitseinrichtungen eingeräumt. Besondere Anstrengungen galten der Ausrottung der Kinderlähmung und der Malariabekämpfung in von Notstandssituationen betroffenen Ländern, der Verbesserung der Gesundheitssysteme in den der palästinensischen Autonomieverwaltung unterstehenden Gebieten und der Überwachung der gerechten Verteilung der nach Resolution 986 (1995) des Sicherheitsrats nach Irak importierten Güter und dem Wiederaufbau der Gesundheitsdienste in Irak.

204. Humanitäre Übereinkünfte werden in den Kriegen der heutigen Zeit immer häufiger mißachtet, und die Kinder sind davon am schwersten betroffen. Im Zuge seiner Arbeit im Hinblick auf die Bedürfnisse von Kindern in Konfliktsituationen hat das VN-Kinderhilfswerk auch weiterhin auf Regierungen und militärische Stellen eingewirkt, sich zu wirksameren Maßnahmen zum Schutz der Kinder zu verpflichten. Es hat nachdrücklich die Beendigung des Einsatzes von Kindersoldaten und die allgemeine Annahme des weltweiten Verbots von Antipersonenminen gefordert. Teil seiner Landesprogramme zum Schutz von Kindern in Konfliktzonen waren unter anderem Aufklärungsprogramme über die Minengefahr und die Aushandlung von Waffenruhevereinbarungen, die die Verteilung von Nahrungsmitteln oder Impfstoffen an die Hilfebedürftigen ermöglichten.

205. Mein Sonderbeauftragter für Kinder in bewaffneten Konflikten war bemüht, der Weltöffentlichkeit die Auswirkungen von Konflikten auf Kinder stärker ins Bewußtsein zu rufen und die politische Unterstützung der Regierungen und der Zivilgesellschaft für die Verbesserung des Schutzes, der Rechte und der Lebensbedingungen von Kindern während eines bewaffneten Konflikts und danach zu mobilisieren. Er besuchte mehrere Länder, die sich in einer Situation des bewaffneten Konflikts befinden oder davon betroffen sind, und bemühte sich auf Landesebene um Zusagen seitens der Konfliktparteien und anderer Schlüsselakteure im Hinblick auf die Gewährleistung größeren Schutzes und besserer Lebensbedingungen für Kinder. Weitere Anstrengungen sind darauf gerichtet, die Aufnahme des Schutzes und der Be-

dürfnisse von Kindern in Friedensprozesse zu fördern, wobei mehrere Länder im Vordergrund stehen, in denen zur Zeit Friedenskonsolidierungsmaßnahmen ergriffen werden. Im August 1999 verabschiedete der Sicherheitsrat eine Resolution, in der unterstrichen wurde, daß verstärkte und wirksamere Anstrengungen zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten unternommen werden müssen.

206. Davon ausgehend, daß Kinder und Frauen Träger von Rechten sind und daß sie bei Friedenskonsolidierungsbemühungen eine zentrale Rolle spielen können, hat das VN-Kinderhilfswerk an der Ausarbeitung und Durchführung von Ausbildungsveranstaltungen mitgewirkt, in denen Friedenssicherungstruppen über die Rechte von Kindern aufgeklärt und in geschlechtsspezifischen Fragen sensibilisiert wurden. Da sich Katastrophen und Krisen auf Frauen und Männer unterschiedlich auswirken können, hat der Ständige interinstitutionelle Ausschuß darüber hinaus eine gemeinsame Politik zur Einbeziehung einer geschlechtsspezifischen Perspektive in humanitäre Hilfsprogramme ausgearbeitet.

207. Die Mehrheit der von Katastrophen betroffenen Menschen lebt auf dem Land. Hier hat die FAO bei der Beurteilung der Schäden an der örtlichen Produktionskapazität, der Frühwarnung vor drohenden Ernährungskrisen, der Bereitstellung von Informationen über Ernteerträge und Nahrungsmittelvorräte und der technischen Beratung der zahlreichen an der Gewährung von landwirtschaftlicher Nothilfe beteiligten Akteure eine wichtige Rolle gespielt. Ferner gewährte die FAO von Katastrophen betroffenen Bauern umfangreiche Unterstützung und trug so mit dazu bei, einen Übergang zwischen Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen zu schaffen.

208. Viele der schlimmsten humanitären Krisen werden heutzutage noch weiter verschärft durch den Einsatz von Landminen, die in vielen Gebieten auch noch lange nach der Einstellung der Feindseligkeiten eine tödliche Gefahr für die Zivilbevölkerung darstellen. In Anbetracht der von Landminen ausgehenden Gefahren hat der Minenbekämpfungsdienst der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze eine Reihe interinstitutioneller Bewertungsmissionen koordiniert, mit deren Hilfe festgestellt wurde, welchen Problemen und Herausforderungen sich die einzelnen Länder und Gemeinwesen gegenübersehen, und Vorschläge für gemeinsame, umfassende Antwortmaßnahmen unterbreitet. Darüber hinaus hat dieser Dienst in Zusammenarbeit mit seinen Partnern Programme auf den Gebieten Aufklärung über die Minengefahr, Unterstützung der Opfer, Minenräumung und Interessenvertretung erstellt und durchgeführt. Diese und andere Tätigkeiten fanden seitens der Mitgliedstaaten starke Unterstützung, und zwar sowohl in Form von Beiträgen zu dem Freiwilligen Treuhandfonds zur Unterstützung bei der Minenbekämpfung als auch durch die zahlreichen Ratifikationen des Übereinkommens von Ottawa, das daraufhin am 1. März 1999 in Kraft treten konnte.

209. Die humanitären Organisationen erkennen es zunehmend als Teil ihrer Aufgabe an, dafür zu sorgen, daß die Hilfsprogramme einer nachhaltigen Entwicklung den Weg ebnen. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und die humanitären Organisationen arbeiten gemeinsam darauf hin, zu gewährleisten, daß die langfristige nachhaltige menschliche Entwicklung bei Hilfseinsätzen Berücksichtigung findet. Dieses Anliegen findet Ausdruck in Programmen zur Demobilisierung ehemaliger Kombattanten, zur umfassenden Minenbekämpfung, zur Rückführung und Wiedereingliederung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen sowie zur Wiederherstellung der Institutionen, die eine gute Staatsführung gewährleisten.

210. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) verfolgt bei seinen Hilfs- und Sozialdiensten für etwa 3,6 Millionen Palästinaflüchtlinge sowohl humanitäre als auch Entwicklungsziele. Eine Besonderheit der Tätigkeit des Hilfswerks ist seine Fähigkeit, lebenswichtige Dienste in Kriegs- und Konfliktsituationen, oft auch in Krisenzeiten, aufrechtzuerhalten. Es ist indessen unvermeidlich, daß das fortbestehende Finanzdefizit des Hilfswerks, das bei einem Haushalt von 322 Millionen Dollar für 1999 inzwischen 70 Millionen Dollar beträgt, Umfang und Qualität der Dienstleistungen beeinträchtigt.

Flüchtlingshilfe

211. Ende 1998 standen 21,4 Millionen Flüchtlinge und andere Menschen unter der Obhut des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), verglichen mit 22,3 Millionen im Jahr 1997. Etwas mehr als die Hälfte davon (11,4 Millionen) waren Flüchtlinge; bei dem Rest handelte es sich um Binnenvertriebene, Rückkehrer, Asylsuchende und Staatenlose. Die überwiegende Mehrzahl der Flüchtlinge und anderen Personen unter der Obhut des Flüchtlingsamtes befand sich in Afrika, Asien und Europa.

212. Im Gegensatz zu früheren Jahren gab es 1998 und zu Beginn des Jahres 1999 keine großen Flüchtlingsbewegungen. Obschon zahlreich, waren die Notsituationen, mit denen sich die humanitären Organisationen befaßten, doch von relativ geringem Umfang und standen nicht im Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit. Diese Situation änderte sich schlagartig in der letzten Märzwoche 1999, von der an über die nächsten drei Monate hinweg 850.000 Kosovo-Albaner zum Verlassen ihrer Heimstätten gezwungen wurden – eine der größten und am schnellsten verlaufenden Flüchtlingsabwanderungen der modernen Zeit. Mit logistischer Unterstützung seitens der Nordatlantikvertrags-Organisation leiteten das VN-Flüchtlingsamt und seine Partner zur Unterstützung der nach Albanien, in die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und nach Montenegro strömenden Menschen einen riesigen Hilfseinsatz ein. Über

90.000 Flüchtlinge wurden unter der Ägide des humanitären Evakuierungsprogramms in europäische und andere Länder weitertransportiert. Nach der Wiederherstellung des Friedens im Kosovo kehrten die Flüchtlinge fast ebenso plötzlich und in beinahe ebenso großer Zahl wieder zurück. In nur zwei Wochen überquerten mehr als 400.000 Flüchtlinge wieder die Grenze in das Kosovo.

213. Die Kosovo-Krise liefert ein anschauliches Beispiel für die engen Zusammenhänge zwischen Menschenrechtsverletzungen, Krieg und Flüchtlingsströmen. Bei den mit humanitären und Menschenrechtsfragen befaßten Organisationen setzt sich immer stärker die Auffassung durch, daß Antwortmaßnahmen auf humanitäre Krisen auch auf Menschenrechtsprobleme eingehen müssen. Im Kosovo betrat die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte Neuland, als sie Botschafter zur Erhebung von Informationen über Menschenrechtsverletzungen in das Land entsandte und ausdrücklich zu diesem Zweck Feldbüros einrichten ließ.

214. Eine noch viel größere Anzahl tragischer Situationen besteht in Afrika. Die Krisen in Guinea-Bissau und in Sierra Leone trieben Hunderttausende von Menschen in die Flucht. Der erneute Ausbruch der Kampfhandlungen in der Demokratischen Republik Kongo rief nicht nur neue Flüchtlings- und Vertriebenenbewegungen hervor, sondern machte es außerdem für die humanitären Organisationen äußerst gefährlich, ihre Hilfsmaßnahmen fortzusetzen. Gegen Ende des Jahres 1998 führte der bewaffnete Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea zu einer neuen Welle der Vertreibungen und Massenausweisungen am Horn von Afrika, während der Krieg im Inneren der Republik Kongo 25.000 kongolesische Flüchtlinge dazu veranlaßte, aus der Region von Pool in den Bas-Congo in der Demokratischen Republik Kongo hinüberzuweichen.

215. Zur freiwilligen Rückkehr von Flüchtlingen kam es 1998 nur in begrenztem Ausmaß. Äthiopische Flüchtlinge konnten aus Sudan heimkehren; aus Äthiopien kehrten Flüchtlinge in den Nordwesten Somalias zurück, was darauf hindeutet, daß wenigstens in Teilen des Horns von Afrika ein gewisses Maß an Frieden und Stabilität wiederhergestellt wurde. In Westafrika wurde die Rückführung von Tuareg-Flüchtlings nach Mali und Niger abgeschlossen, und Liberianer kehrten in beträchtlicher Anzahl spontan (160.000 Flüchtlinge) oder mit Unterstützung des UNHCR (110.000 seit 1997) in ihre Heimat zurück. In Zentralamerika wurden dank einer Kombination aus freiwilliger Rückkehr der Flüchtlinge und ihrer Eingliederung im Aufenthaltsland Mexiko Fortschritte im Hinblick auf die erfolgreiche Lösung der seit langem bestehenden Problematik der guatemaltekischen Flüchtlinge erzielt.

216. In anderen Situationen hingegen machte ein Andauern der Gewalt beziehungsweise der Zusammenbruch der

politischen Verhandlungen die Pläne für eine Rückführung der Flüchtlinge zunichte und führte in extremen Fällen zu weiteren Abwanderungen. Dies war vor allem in Angola der Fall, wo der neuerliche Ausbruch von Feindseligkeiten eine neue Flüchtlingswelle hervorrief und noch mehr Menschen zu Binnenvertriebenen werden ließ, so daß das Flüchtlingsamt sein Rückführungsprogramm vorläufig einstellen mußte. Der bewaffnete Konflikt im Süden Sudans ließ die Pläne für die freiwillige Rückführung von etwa 240.000 Flüchtlingen aus Äthiopien und Uganda hinfällig werden; desgleichen konnten etwa 124.000 in Kenia lebende somalische Flüchtlinge nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren; noch immer leben etwa 120.000 saharauische Flüchtlinge im Exil und warten auf den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über Westsahara; etwa 270.000 Flüchtlinge aus Burundi mußten in der Vereinigten Republik Tansania bleiben, wo ihre Präsenz zu schweren Spannungen zwischen den beiden Staaten führte.

217. Auch in anderen Teilen der Welt waren Lösungen nicht absehbar. Im Mai 1998 brach im Inneren Georgiens erneut ein Konflikt aus, der 40.000 Menschen zur Flucht aus dem Gebiet von Gali veranlaßte. Viele wurden damit zum zweiten Mal vertrieben. Die Rückführung afghanischer Flüchtlinge aus Pakistan und aus der Islamischen Republik Iran wurde durch die anhaltende Instabilität in Afghanistan erschwert, wo die Wiedereingliederungs- und Schadensbeseitigungstätigkeit des UNHCR praktisch zum Stillstand kam. Infolge der Intensität des Bürgerkriegs in Sri Lanka erwies sich die Rückführung von Hunderttausenden von

tamilischen Flüchtlingen von Indien nach Sri Lanka als unmöglich. Das VN-Flüchtlingsamt wirkte auf die Regierungen von Bangladesch und Myanmar ein, die freiwillige Rückführung von schätzungsweise 20.000 muslimischen Flüchtlingen, die sich noch in Cox's Bazar in Bangladesch aufhalten, zu beschleunigen. Das Rückführungsprogramm lief im November 1998 wieder an.

218. Der Umstand, daß es immer schwieriger wird, für Opfer von Kriegen oder Menschenrechtsverletzungen in Nachbarstaaten oder weiter entfernt gelegenen Ländern eine sichere Zuflucht zu finden, stellt das UNHCR in diesen unbeständigen und oftmals von einem Patt geprägten Situationen vor noch schwerere Herausforderungen. Entwicklungs- wie Industrieländer sind immer weniger bereit, die grundlegenden Verpflichtungen des Flüchtlingsschutzes zu übernehmen. Die armen Länder argumentieren, daß sie schon viel zu lange einen unverhältnismäßig großen Teil der mit dem weltweiten Flüchtlingsproblem verbundenen Last zu tragen hätten.

219. In Antwort auf diese und andere Belange hat das UNHCR im Rahmen seines Schutzauftrags seine Bemühungen verstärkt, wobei es Lobbytätigkeiten wie die weltweite Kampagne zur Förderung des Staatenbeitritts zu den internationalen Flüchtlingsschutzinstrumenten und zu den Übereinkünften über die Staatenlosigkeit in den Vordergrund rückt. Gleichzeitig hat es Maßnahmen ergriffen, um sicherzustellen, daß das Erfordernis des Flüchtlingsschutzes besser in die Hilfsprogramme eingebunden wird.

Kapitel IV

Auseinandersetzung mit der Globalisierung

220. Der Begriff "Globalisierung" ist ein Sammelbegriff für die zunehmend komplexen, nationale Grenzen überschreitenden Wechselbeziehungen zwischen Einzelpersonen, Unternehmen, Institutionen und Märkten. Die mit der Globalisierung verbundenen mannigfachen Herausforderungen, denen die Nationalstaaten nicht im Alleingang begegnen können, liefern den naheliegendsten und offensichtlichsten Grund für die Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit. Die Globalisierung manifestiert sich im Wachstum des Handels, der Technologie und der Finanzströme, in der kontinuierlichen Zunahme und dem wachsenden Einfluß der Akteure der internationalen Zivilgesellschaft, in den weltumspannenden Aktivitäten transnationaler Unternehmen, in der gewaltigen Zunahme der grenzüberschreitenden Kommunikation und Informationsübermittlung, vor allem über das Internet, in der grenzüberschreitenden Übertragung von Krankheiten und Einwirkung auf die Umwelt sowie in der wachsenden Internationalisierung bestimmter Arten der Kriminalität. Die Vorteile und Risiken der Globalisierung sind ungleich verteilt, und das Wachstum und der Wohlstand, die sie vielen Menschen beschert, wird durch die zunehmende Verwundbarkeit und Marginalisierung anderer und durch die Ausbreitung der "unzivilen Gesellschaft" aufgewogen. Im Laufe des vergangenen Jahres haben sich die Vereinten Nationen in einiger Ausführlichkeit mit den verschiedenen Dimensionen der Globalisierung – der wirtschaftlichen und sozialen Dimension, der umwelt- und der geschlechtsspezifischen Dimension – auseinandergesetzt.

Wirtschaftliche und soziale Dimensionen

221. Noch vor einem Jahr wurde eine weltweite Rezession als durchaus möglich angesehen. Glücklicherweise war eine solche Entwicklung bislang zu vermeiden. Trotz alledem haben in den letzten beiden Jahren die krisenbedingten Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten zu einem erheblichen Rückgang des Wachstums der Weltwirtschaft geführt. Abgesehen von Japan wurden die Volkswirtschaften der entwickelten Länder, die in der Regel als die Wachstumsmotoren der Weltwirtschaft gelten, kaum von der Krise betroffen, wohingegen die überwiegende Mehrzahl der Entwicklungs- und Übergangsländer zumindest eine Verlangsamung und in einigen Fällen sogar eine Trendwende in ihrem Wirtschaftswachstum, begleitet von Rückschlägen bei der sozialen Entwicklung, verzeichnet haben. Der positivere Wachstumsverlauf der Vorkrisenperiode mag zwar wiederherstellbar sein, doch wird dies eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, und die 1998 und 1999 erlittenen Verluste

sind nicht wieder aufzuholen. Hinzu kommt, daß die Welt auch in Zukunft für ähnliche Störungen anfällig sein wird. Dies läßt die Notwendigkeit deutlich werden, Maßnahmen zur Verhütung dieser Gefahr zu ergreifen.

222. In den meisten Ländern wird das Wachstum auf absehbare Zukunft unter dem liegen, was notwendig ist, um die Zahl der in Armut lebenden Menschen zu reduzieren. In den Entwicklungsländern insgesamt müssen 1,5 Milliarden Menschen nach wie vor mit weniger als 1 Dollar pro Tag auskommen. Leider ist die Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft auf die Beseitigung der Armut bislang ohne Ergebnis geblieben.

223. Im Jahresverlauf boten die Vereinten Nationen ein wertvolles Forum für den Dialog über die Finanzkrise, die anhaltende Armut, die Marginalisierung Afrikas und der am wenigsten entwickelten Länder und andere Dimensionen der Globalisierung.

224. Auf zwischenstaatlicher Ebene setzt sich die Generalversammlung zunehmend mit Globalisierungsfragen auseinander. Im September 1998 veranstaltete sie einen zweitägigen Dialog auf hoher Ebene zur Frage der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Globalisierung. Bei diesem innovativen Prozeß, der Rundtisch- und Podiumsdiskussionen auf Ministerebene umfaßte, wurden die Standpunkte der Regierungen, der Zivilgesellschaft, des Privatsektors und des VN-Systems zusammengetragen und die einzigartige Fähigkeit der Vereinten Nationen unter Beweis gestellt, ein breites Spektrum von Interessengruppen in eine Auseinandersetzung über Fragen von entscheidender Bedeutung für die internationale Gemeinschaft einzubeziehen.

225. In Anerkennung der Herausforderungen wie auch der Chancen, die die globalisierten Finanzmärkte von heute bieten, insbesondere für die Entwicklungs- und Übergangsländer, beschloß die Generalversammlung 1997, zu erwägen, spätestens im Jahr 2001 ein internationales zwischenstaatliches Forum über die Frage der Entwicklungsfinanzierung einzuberufen. In der ersten Jahreshälfte 1999 kam die Arbeitsgruppe der Generalversammlung für Entwicklungsfinanzierung überein, daß sich das Forum im Kontext der Globalisierung und Interdependenz auf ganzheitliche Weise mit den nationalen, internationalen und systematischen Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklungsfinanzierung befassen soll. Die Arbeitsgruppe schlug vor, alle maßgeblichen Interessengruppen, einschließlich des IWF und der Weltbank, an dem Forum zu beteiligen. Im Hinblick darauf

hat der Wirtschafts- und Sozialrat die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen und der Bretton-Woods-Institutionen empfohlen, mit dem Ziel, die weitere Mitwirkung dieser Institutionen an dem von der Generalversammlung eingeleiteten Prozeß betreffend die Entwicklungsfinanzierung zu erleichtern.

226. Der Wirtschafts- und Sozialrat veranstaltete im Laufe des Jahres eine Reihe interner Debatten über die sozioökonomischen Dimensionen der Globalisierung. Außerdem arbeitet er im Hinblick auf diese umfassenden Fragen verstärkt mit seinen Partnerstellen in den Bretton-Woods-Institutionen zusammen. 1999 wurde die zweite Sondertagung des Wirtschafts- und Sozialrats auf hoher Ebene und der Bretton-Woods-Institutionen abgehalten und durch eine Reihe von Gesprächen zwischen dem Rat und den Exekutivdirektoren der Weltbank und des IWF ergänzt. Ein weiterer Besuch der Exekutivdirektoren der Weltbank und des IWF beim Wirtschafts- und Sozialrat soll im Herbst 1999, im Anschluß an ihre Jahrestagungen, stattfinden. Der Entwicklungsausschuß empfahl den Vereinten Nationen, die von der Weltbank ausgearbeiteten Grundsätze und guten Praktiken auf dem Gebiet der Sozialpolitik als Folgemaßnahme zum Weltgipfel für soziale Entwicklung weiter zu verbessern.

227. Die Fachkommissionen des Wirtschafts- und Sozialrats, die sich mit der sozialen Entwicklung, der Förderung der Frau sowie mit Bevölkerungs- und Entwicklungsfragen befassen, waren weiter mit dem Folgeprozeß der VN-Konferenzen beschäftigt. Die Globalisierung hat tiefgreifende Auswirkungen auf alle diese umfassenden Bereiche. Besondere Arbeitserfolge waren die Fertigstellung des Fakultativprotokolls zu dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und die im Juni/Juli 1999 auf einer Sondertagung der Generalversammlung durchgeführte Fünfjahres-Überprüfung der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung. Auf seiner Arbeitstagung 1999 legte der Wirtschafts- und Sozialrat den Schwerpunkt auf die verwandten Fragen der Armut, der Beschäftigung und der Gleichstellung der Geschlechter sowie auf die Entwicklung Afrikas.

228. Die Auswirkungen der Globalisierung auf die Situation der Frauen in der Arbeitswelt sind bedeutsam und komplex. Sie sind der Gegenstand einer wichtigen, 1999 durchgeführten Studie mit dem Titel *World Survey on the Role of Women in Development* (Weltüberblick über die Rolle der Frau in der Entwicklung), an der die Internationale Arbeitsorganisation, die UNCTAD, die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten und die Weltbank mitwirken und die ich der Generalversammlung vorlegen werde.

229. Die Kommission für soziale Entwicklung prüfte die Auswirkungen der Globalisierung auf den Zugang zu sozialen Diensten und empfahl eine stärkere internationale Koor-

dinierung bei der Planung und Finanzierung dieser Dienste. Die Kommission für Bevölkerung und Entwicklung prüfte das Verhältnis zwischen Bevölkerungswachstum, -struktur und -verteilung und dauerhaftem Wirtschaftswachstum und einer nachhaltigen Entwicklung. Im Rahmen ihrer Erörterungen wurde näher beleuchtet, inwieweit sich die Globalisierung auf die Herausforderungen im Bevölkerungsbereich auswirkt, insbesondere was internationale Wanderungsbewegungen und die Ausbreitung von Infektionskrankheiten wie HIV/Aids angeht.

230. Die Kommission für Nachhaltige Entwicklung befaßte sich mit einer Reihe wichtiger Fragen im Zusammenhang mit der Globalisierung, namentlich der Bewirtschaftung der Ozeane, dem Tourismus, einem der am schnellsten wachsenden Sektoren der Weltwirtschaft, und den Entwicklungsproblemen der kleinen Inselentwicklungsländer. Sie hat unter anderem Vorschläge für eine verstärkte Beschäftigung der Generalversammlung mit Meeresangelegenheiten und grundsatzpolitische Richtlinien zugunsten eines nachhaltigen Tourismus unterbreitet. Außerdem beschäftigte sie sich im Hinblick auf die Überprüfung, die im September 1999 in der Generalversammlung stattfinden soll, mit dem Aktionsprogramm von Barbados für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern.

231. Dem Umstand Rechnung tragend, daß die treibenden Kräfte der Globalisierung maßgebliche Konsequenzen für die Menschenrechte haben können, insbesondere in den Entwicklungsländern, ersuchte die Menschenrechtskommission alle Vertragsorgane, Sonderberichterstatter, unabhängigen Sachverständigen und Arbeitsgruppen, sich im Rahmen ihres jeweiligen Mandats mit den Auswirkungen der Globalisierung auf die Menschenrechte zu befassen. Die Unterkommission für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte wurde gebeten, der Kommission auf ihrer nächsten Tagung eine umfassende Studie zu dieser Frage vorzulegen.

232. Die neuen Managementregelungen und die sonstigen Reformen, die am Amtssitz der Vereinten Nationen eingeführt worden sind, haben das Sekretariat und andere Organe in die Lage versetzt, einen wirksameren Beitrag zum fortlaufenden Dialog über die Globalisierung zu leisten. Unter der Leitung der Stellvertretenden Generalsekretärin koordiniert eine aus hochrangigen Mitarbeitern zusammengesetzte Arbeitsgruppe die von den Vereinten Nationen zu einer Reihe von Globalisierungsfragen ergriffenen Maßnahmen. Der Exekutivausschuß für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten hat Berichte über die Notwendigkeit der Reform der globalen Finanzarchitektur und die Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer herausgegeben. Als ein Beitrag zur Debatte über die sozioökonomischen Fragen im Zusammenhang mit der Globalisierung werden derzeit weitere Berichte über Entwicklungsfinanzierung und die

sozialen Dimensionen der gesamtwirtschaftlichen Politik erstellt.

233. Eine der Folgen der Globalisierung ist die Bekräftigung der regionalen Identität. Die Auseinandersetzung mit regionalen Fragen und die Verbesserung der Zusammenarbeit mit regionalen Institutionen auf dem Wege über die Regionalkommissionen bilden nach wie vor einen Schwerpunkt der Tätigkeit der Organisation. Während des vergangenen Jahres haben die Regionalkommissionen als Träger für eingehende Beratungen mit den Regierungen und der Zivilgesellschaft über die Tagesordnung der Millenniums-Versammlung der Vereinten Nationen fungiert. Außerdem hat sich die Globalisierung in den der Universität der Vereinten Nationen angeschlossenen, in verschiedenen Regionen angesiedelten Hochschulen und bei vielen anderen VN-Forschungsinstituten auf der ganzen Welt zu einem wichtigen Forschungsschwerpunkt entwickelt.

234. Die Herausforderungen der Globalisierung sind zu groß, als daß die Regierungen und internationalen Organisationen sie alleine bewältigen könnten. Auf seiner im Oktober 1998 abgehaltenen Tagung stellte der Verwaltungsausschuß für Koordinierung die Herausforderungen der Globalisierung und die nachteiligen Auswirkungen der Finanzkrise in den Mittelpunkt seiner Tagesordnung. Im Anschluß an diese Tagung wurde die VN-Gruppe für Entwicklung ersucht, für die Landesteamer der Vereinten Nationen einen Aktionsplan zur Zusammenarbeit mit den einzelstaatlichen Partnern bei der Bewältigung der mit der Globalisierung verbundenen Herausforderungen und der Finanzkrise in Ostasien auszuarbeiten. Der Plan baute auf existierenden Strategien auf und stellte eine Reihe konkreter Handlungsmöglichkeiten vor, die sich auf vier große Tätigkeitsbereiche aufteilen: 1) Überwachung der Auswirkungen der Krise, insbesondere auf schwächere Gesellschaftsgruppen; 2) Unterstützung einzelner Länder bei der Durchführung der notwendigen strukturellen und institutionellen Reformen; 3) Hilfe beim Aus- und Aufbau einer sozialen Grundversorgung und sozialer Sicherheitsnetze für die am stärksten Benachteiligten; und 4) Herstellung engerer Beziehungen zur Weltbank.

235. Auf der ersten ordentlichen Tagung des Jahres 1999 des Verwaltungsausschusses für Koordinierung im April kamen dessen Mitglieder zu dem Schluß, daß das System der Vereinten Nationen wirksamer mit dem Privatsektor, der Zivilgesellschaft und den Regierungen zusammenarbeiten müsse, um den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen. Partnerschaften können die Zusammenarbeit vertiefen. Aus diesem Grund habe ich in Davos vorgeschlagen, die Macht und den Einfluß des Unternehmenssektors für die Förderung der Ziele der Organisation zu gewinnen. Auf ihrer zweiten ordentlichen Tagung im Oktober 1999 werden die Mitglieder des Ausschusses versuchen, zu einigen allgemeinen Schlußfolgerungen darüber zu gelangen, inwieweit

das System der Vereinten Nationen in der Lage ist, flexibel und wirkungsvoll auf die Herausforderungen der Globalisierung im nächsten Jahrhundert zu reagieren.

236. Obgleich alle Interessengruppen an der Konzipierung von Antwortmaßnahmen auf die Globalisierung beteiligt werden müssen, tragen doch die wirtschaftlich am weitesten fortgeschrittenen Länder einen großen Teil der Verantwortung für die Auseinandersetzung mit ihren negativen Folgen. Deshalb habe ich die Staats- und Regierungschefs der G-8 vor ihrem Gipfel im Juni 1999 in Köln in einem Schreiben nachdrücklich aufgefordert, zu handeln, um zu verhindern, daß die Mehrheit der Weltbevölkerung am Rande der Weltwirtschaft bleibt. Ich habe ihnen eindringlich nahegelegt, ihr Wirtschaftswachstum zu erhöhen, mehr öffentliche Entwicklungshilfe und weitere Schuldenerleichterungen zu gewähren und die Vertreter der Entwicklungs- und Übergangsländer in die Erörterungen über ein neues internationales Finanzsystem mit einzubeziehen. Zwar wurden einige Fortschritte in diesen Bereichen erzielt, doch muß noch viel mehr getan werden.

237. Auf dem Kölner Gipfel wurden im Hinblick auf die Erleichterung der Schuldenlast der hochverschuldeten armen Länder Fortschritte erzielt. Allerdings müssen die Finanzminister auf der nächsten Tagung des Interimsausschusses noch die finanziellen und operativen Einzelheiten erörtern. Zudem befaßte sich der Wirtschafts- und Sozialrat in diesem Jahr vordringlich damit, eine ausreichende Finanzierung für die volle Umsetzung der in Köln gefaßten Beschlüsse der G-7 sicherzustellen. Im Hinblick auf die öffentliche Entwicklungshilfe ist die Lage jedoch düster. Zwischen 1990 und 1998 sank der Anteil des BIP, den die entwickelten Länder für die öffentliche Entwicklungshilfe aufwenden, von 0,33 Prozent auf 0,23 Prozent.

238. Die Länder treten aus sehr verschiedenen Ausgangspositionen in das weltweite Handelssystem ein, und die Globalisierung und die Liberalisierung wirken sich nicht auf alle in gleicher Weise aus. Einige Entwicklungsländer haben mit innerstaatlichen Reformen, die internationalem Handel und Investitionen Aufschwung verliehen haben, beachtliche Erfolge erzielt. Dennoch bestehen nach wie vor weitverbreitete Probleme des Zugangs zu Märkten, Kapital und Technologie, und vielen Entwicklungsländern fällt es äußerst schwer, die für eine erfolgreiche Eingliederung in die Weltwirtschaft notwendigen institutionellen Veränderungen zu vollziehen. Im November 1999 wird die dritte Tagung der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Seattle stattfinden und, wie sich jetzt abzeichnet, wahrscheinlich eine neue Runde multilateraler Handelsverhandlungen einleiten. Der Gedanke, diese Runde zu einer "Entwicklungsrunde" zu machen, fand in diesem Jahr breite Unterstützung im Wirtschafts- und Sozialrat. Eine neue Handels- und Entwicklungsrunde könnte den Entwicklungsländern Gelegenheiten bieten, ihre Eingliederung in die

Weltwirtschaft auf der Grundlage einer positiven Agenda auszuhandeln. Das UNDP und die UNCTAD arbeiten zusammen, um den Entwicklungsländern bei der Ausarbeitung von Verhandlungspositionen für die Konferenz behilflich zu sein.

Globalisierung und Umwelt

239. Die Veränderungen der globalen Umwelt machen nicht an Ländergrenzen halt und stellen eine der kritischsten Herausforderungen der Globalisierung dar. Nirgendwo ist dies offensichtlicher als in den Gefahren, die der Weltbevölkerung durch die globale Erwärmung drohen. Diesen Gefahren kann nur durch weitreichende multilaterale Vereinbarungen begegnet werden, aber der dafür notwendige politische Konsens hat sich nicht leicht herbeiführen lassen. Im November 1998 fand in Buenos Aires die vierte Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen statt, um den Prozeß der Festlegung der Regeln für die Umsetzung der 1997 in Kioto vereinbarten Mechanismen einzuleiten und einen Zweijahres-Aktionsplan zu verabschieden.

240. Die Zehnte Tagung der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, fand im November 1998 in Kairo statt. Die Tagesordnung stellte die Verstärkung der Bemühungen in den Mittelpunkt, die auf internationaler Ebene unternommen werden, um die Zerstörung der schützenden Ozonschicht der Erde rückgängig zu machen. Sie stellte sich erstmals der Herausforderung, Politiken zum Schutz der Ozonschicht zu formulieren, die mit den laufenden Bemühungen um den Abbau der klimaverändernden Treibhausgase im Einklang stehen.

241. Im Februar 1999 untersuchte die in Cartagena abgehaltene Konferenz der Parteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt die Gefahren, die von der Biotechnologie auf die biologische Vielfalt und die menschliche Gesundheit ausgehen können, ihre sozioökonomischen Auswirkungen auf die Entwicklungsländer und die Relevanz von Fragen der biologischen Sicherheit bei der Entwicklung eines vorsorgenden Ansatzes zur Risikoverhütung. Die internationale Gemeinschaft strebt ein Protokoll über die biologische Sicherheit an, das unter anderem gewährleisten soll, daß lebende veränderte Organismen nur dann in Länder verbracht werden, wenn diese ihre vorherige Zustimmung nach Inkennzeichnung erteilt haben.

242. Die internationale Gemeinschaft erzielt weiterhin Fortschritte im Bereich der Chemikaliensicherheit. Es wurde endlich ein internationaler Konsens über die Notwendigkeit herbeigeführt, einen rechtlich bindenden Vertrag zur Förderung der Chemikaliensicherheit durch die Verhinderung des unerwünschten Handels mit gefährlichen Chemikalien und Pestiziden zu schließen. In diesem Zusammenhang wurde im

September 1998 das Übereinkommen von Rotterdam zur Anwendung des PIC-Verfahrens für bestimmte gefährliche Chemikalien und bestimmte Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel zur Unterzeichnung aufgelegt. Auf der zweiten Verhandlungstagung im Januar 1999 wurden solide Fortschritte bei der Ausarbeitung des Entwurfs für einen globalen Vertrag zum Abbau und zur Beseitigung der umweltschädlichen Emissionen und Freisetzungen beständiger organischer Schadstoffe erzielt. Die Sachverständigengruppe zur Kriterienfestlegung hat inzwischen getagt. Die dritte Verhandlungstagung wird im September 1999 in Genf stattfinden. Außerdem ist eine Reihe regionaler Arbeitstagungen geplant.

243. Die Umfassende internationale Bewertung der Gewässer, eine bedeutsame, vom VN-Umweltprogramm geleitete und von dem Globalen Umweltfonds finanzierte Initiative, wurde zu dem Zweck gestartet, die wichtigsten Fragen und Probleme zu bewerten, von denen die Gewässer in den nächsten vier Jahren betroffen sein werden. Der Schwerpunkt liegt auf den Problemen im Zusammenhang mit den gemeinsamen, grenzüberschreitenden Gewässern. Es sollen nicht nur die derzeitigen Probleme analysiert, sondern auch Szenarien für den künftigen Zustand der weltweiten Wasserressourcen aufgestellt werden. Politikalternativen werden analysiert, um den mit den Wasserressourcen befaßten Entscheidungsträgern und Managern wissenschaftlich fundierte Beratung zu erteilen.

244. Auf europäischer Regionalebene fand im Juni 1999 in London die dritte Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit statt. Das Protokoll über Wasser und Gesundheit zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen/Wirtschaftskommission für Europa zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen wurde von 35 Ländern, einschließlich 16 Übergangsländern, unterzeichnet. Die Konferenz baute auf den Grundlagen vorausgegangener Umwelt- und Gesundheitskonferenzen (Frankfurt 1989 und Helsinki 1994) auf. Sie legte ein neues Bekenntnis zur Verbesserung von Umwelt und Gesundheit im 21. Jahrhundert ab und trug der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit zur Lösung grenzüberschreitender Probleme wie der Luftverschmutzung, des weiterhin mangelnden Zugangs zu einwandfreiem Wasser und sanitären Einrichtungen sowie des Verkehrswesens Rechnung, wo Lösungen für die Schädigungen der zunehmenden Verkehrsbelastung auf Umwelt und Gesundheit noch ausstehen.

245. Die Herbeiführung wirksamer, rechtlich bindender Übereinkünfte zum Schutz der Umwelt stellt nach wie vor eine große Herausforderung dar, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung umweltverträglicher Ordnungsrahmen für den internationalen Handel. Zusammen mit der UNCTAD analysiert das VN-Umweltprogramm die sozialen und ökologischen Auswirkungen der mit der Globalisierung einhergehenden Wirtschaftstendenzen. Es konzentriert sich ins-

besondere darauf, die möglichen Konflikt- beziehungsweise Konvergenzbereiche zwischen den globalen Handels- und Umweltzielsetzungen aufzuzeigen. Außerdem bewertet es, inwieweit es nützlich ist, wirtschaftliche Instrumente einzusetzen, um die Umsetzung von Umweltvereinbarungen voranbringen zu helfen.

246. Das UNEP ist meinem auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos ergangenen Aufruf zur Einbindung des Privatsektors gefolgt, beispielsweise durch die Verabschiedung der Internationalen Erklärung über eine sauberere Produktion. Darüber hinaus hat das UNEP erhebliche Fortschritte in der Zusammenarbeit mit der Finanzdienstleistungsindustrie, dem Telekommunikations- und dem Tourismussektor erzielt, so auch über eine neue Initiative unter Einbeziehung von Reiseveranstaltern.

Die "unzivilisierte Gesellschaft"

247. Die Globalisierung hat zwar viele Vorteile mit sich gebracht, doch geht mit ihr auch die unverminderte Zunahme grenzüberschreitender illegaler Aktivitäten einher, die zu einer Unterweltwirtschaft in Milliardenhöhe geführt haben und in vielen Ländern die Institutionen von Staat und Zivilgesellschaft bedrohen. Die Gewinnung unerlaubter Drogen, der unerlaubte Handel damit und ihr Mißbrauch sowie die Ausbreitung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität sind die wesentlichen Herausforderungen, denen das Büro für Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung, das aus dem Programm der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle und dem Zentrum für internationale Verbrechensverhütung besteht, im Hinblick auf die "unzivilisierte Gesellschaft" gegenübersteht.

248. Auf der zwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung gingen die Mitgliedstaaten die historische Verpflichtung ein, den unerlaubten Anbau des Opiummohns, des Cocastrauchs und der Cannabispflanze bis zum Jahr 2008 zu beseitigen oder erheblich zu reduzieren. Auch die kritische Bedeutung der Nachfragereduzierung im Rahmen der Kampagne zur Senkung des Drogenkonsums binnen 10 Jahren wurde hervorgehoben.

249. Auf der Angebotsseite kommt dem Programm der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle eine Katalysatorrolle bei der Ausarbeitung einer Gesamtstrategie zur Beseitigung unerlaubter Drogenkulturen und des Drogenhandels zu. Diese Strategie beruht auf der Annahme, daß das Drogenproblem auf eine ganzheitliche Weise angegangen werden muß, was wiederum eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Programm und seinen einzelstaatlichen und internationalen Partnern sowie den internationalen Finanzinstitutionen erfordert. Die Verringerung der Anreize für den Anbau unerlaubter Kulturen erfordert eine Verbesserung der gesamten Lebensqualität in ländlichen Gemeinden; das

wiederum heißt, daß die Aufmerksamkeit verstärkt darauf gerichtet werden muß, den Bauern legale ökonomische Alternativen einschließlich grundlegender Gesundheitsfürsorge, Bildung und sozialer Dienste zu bieten. Auf der Nachfrageseite hat das Programm eine neue Initiative in die Wege geleitet, mit dem Ziel, die Regierungen bei der Errichtung einer epidemiologischen Datenbank zu unterstützen, der die Behörden Informationen über Art und Ausmaß des innerhalb ihrer jeweiligen Landesgrenzen stattfindenden Drogenmißbrauchs entnehmen können. Auf diese Weise wird ihnen dabei geholfen, wirksamere Verhütungs-, Therapie- und Rehabilitationsmaßnahmen zu entwickeln.

250. Das Zentrum für internationale Verbrechensverhütung hat auch weiterhin Bemühungen zur Bewältigung der wachsenden Probleme im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Kriminalität gefördert. Im März 1999 begann es mit der Durchführung von drei globalen Programmen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, des Menschenhandels und der Korruption. Der Ad-hoc-Ausschuß für die Ausarbeitung eines Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität hat beträchtliche Fortschritte bei der Erarbeitung eines Entwurfs des Übereinkommens und seiner drei Protokolle über den Handel mit Menschen, Migranten und Feuerwaffen erzielt.

251. Die rasche Expansion des globalen Finanzsystems und des Internet läßt erhöhte Herausforderungen im Zusammenhang mit der Geldwäsche entstehen. Als Antwort darauf entwirft derzeit das weltweite Programm gegen Geldwäsche des Büros für Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung eine globale Initiative unter der Bezeichnung "Offshore-Forum der Vereinten Nationen", die Anfang 2000 einsetzen soll und den Zweck hat, den Mißbrauch des Offshore-Finanzsektors für die Wäsche der Erträge aus Straftaten zu verhüten. Die weitergehenden Ziele dieser Initiative sind die Verbesserung der Transparenz internationaler Transaktionen und die Stimulierung einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender krimineller Tätigkeiten, an denen Offshore-Finanzzentren beteiligt sind. Das weltweite Programm gegen Geldwäsche wird den Regierungen auch künftig dabei behilflich sein, ihrer auf der zwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung eingegangenen Verpflichtung nachzukommen, bis zum Jahr 2003 innerstaatliche Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche zu erlassen und entsprechende Programme zu beschließen.

Auswirkungen der Globalisierung auf die Sicherheit

252. Die Globalisierung hat eine Reihe von Auswirkungen auf die internationale und nationale Sicherheit, von denen einige positiv, andere hingegen eher negativ sind. Die Kräfte des Weltmarktes sind in der Lage, Reichtum und Wohlstand

zu schaffen, aber dort, wo die Entwicklung ungleichmäßig verläuft, können verschärfte politische Spannungen und drohende Instabilität die Folge sein, wie wir es kürzlich im Anschluß an die Finanzkrise in Ostasien erlebt haben. Ironischerweise hat die gleiche Krise zu einer Senkung der Verteidigungsausgaben in dieser Region geführt und auf diese Weise einem Prozeß Einhalt geboten, der von manchen als regionales Wettrüsten bezeichnet worden war. In Westeuropa hat die Logik der Marktkräfte den Prozeß der europäischen Integration vertieft und allen Parteien ein deutliches Eigeninteresse an der friedlichen Beilegung zwischenstaatlicher Streitigkeiten verschafft.

253. Viele Kommentatoren sehen eine wichtige Verbindung zwischen der Ausbreitung des wirtschaftlichen Liberalismus, eines der Merkmale der Globalisierung, und der Ausbreitung des politischen Liberalismus. Mehr als 60 Prozent der Staaten der Welt verfügen heute mehr oder minder weitgehend über eine demokratische Regierungsform. Die Verfechter der sogenannten These vom demokratischen Frieden weisen darauf hin, daß Demokratien fast nie gegeneinander Krieg führen und innerstaatliche bewaffnete Konflikte in weitaus geringerem Maße vorkommen als in Nicht-

demokratien. Sie vertreten die Auffassung, daß die Globalisierung in dem Maße, wie die Ausbreitung der Marktkräfte die Entstehung von Demokratien begünstigt, positive Auswirkungen auf die internationale Sicherheit hat.

254. Die Globalisierung besitzt jedoch auch eine Schattenseite. So wirft beispielsweise die weltweite Nachfrage nach bestimmten Gütern – Nutzhölzer, Diamanten und Drogen – die Gelder ab, die kriegführenden Parteien die jahrelange Fortsetzung ihrer Feindseligkeiten ermöglichen. Das Internet, das die Ausbreitung der Normen auf dem Gebiet der Menschenrechte und der guten Staatsführung begünstigt, ist das gleiche Medium, über das Intoleranz propagiert wird und das die Informationen verbreitet, die für den Bau von Terrorwaffen notwendig sind.

255. Der immer höhere industrielle Entwicklungsstand hat auch zur Folge, daß immer mehr Staaten Zugang zu den grundlegenden Technologien erhalten, die für die Herstellung von Massenvernichtungswaffen erforderlich sind. Gleichzeitig erschwert der immer offenere Weltmarkt zunehmend die Kontrolle über den Handel mit den Vorläufern von Massenvernichtungswaffen.

Kapitel V

Die internationale Rechtsordnung und die Menschenrechte

Einleitung

256. An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wurde mit den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 der Versuch unternommen, die Welt humaner zu machen und Regeln einzuführen, um die Leiden der Menschen in Zeiten des bewaffneten Konflikts zu mildern. Grund und Ursache für dieses Streben nach einer friedlichen Beilegung von Streitigkeiten war die Minderung des durch Kriege angerichteten menschlichen Leids. Ihre größte Rechtfertigung fanden die Bemühungen des Völkerbunds und der Vereinten Nationen um die Kodifizierung und fortschreitende Entwicklung des Völkerrechts in der internationalen Rechtsordnung, die im 20. Jahrhundert zum Schutz der Menschenrechte entstanden ist.

257. Heute erfassen Erklärungen, Übereinkünfte, Verträge, Grundsatzkataloge und Verhaltenskodexe nahezu jeden nur denkbaren Aspekt der Beziehungen zwischen dem einzelnen und dem Staat. Es gibt Rechtsakte zum Schutz des Kindes, zum Schutz der Rechte der Frau auf Gleichbehandlung, zur genauen Festlegung der Pflichten der Regierungen im Hinblick auf die Einhaltung der bürgerlichen und der politischen sowie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, zum Verbot der Rassendiskriminierung, zur Verhütung der Folter, zum Schutz von Minderheiten und zur Förderung und zum Schutz der kulturellen Vielfalt. Wir beginnen das neue Jahrtausend mit einem internationalen Menschenrechtskodex, der eine der großen Leistungen des 20. Jahrhunderts darstellt.

258. Doch leider erfahren die Menschenrechte in der ganzen Welt mutwillige Mißachtung. Völkermord, Massentötungen, willkürliche und summarische Hinrichtungen, Folter, das Verschwindenlassen von Personen, Sklaverei, Diskriminierung, die weitverbreitete, alle Kräfte auszehrende Armut und die Verfolgung von Minderheiten sind immer noch nicht ausgerottet. Innerhalb der Vereinten Nationen wurden Institutionen und Mechanismen geschaffen, die diese Schandmale unserer Zivilisation beseitigen sollen. Dazu gehören unter anderem die von der Menschenrechtskommission eingesetzten Arbeitsgruppen und Sonderberichterstatter, die zur Förderung der Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und des Rechts auf Entwicklung geschaffenen Institutionen und Mechanismen sowie das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte.

259. Wenn schwerste Menschenrechtsverletzungen auftreten, ist und bleibt es von höchster Wichtigkeit, sie zu

dokumentieren und aufzudecken. Wir hoffen, daß der Internationale Strafgerichtshof, ausgehend von den Beispielen der bereits errichteten internationalen Gerichte, in Zukunft nicht nur kriminelle Despoten und Tyrannen vor Gericht bringen, sondern auch als Instanz zur Abschreckung vor groben Menschenrechtsverletzungen dienen wird, wo immer sie auch vorkommen mögen.

260. Die Vereinbarung zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs markiert einen Wendepunkt in der Geschichte der internationalen Zusammenarbeit zur Förderung des menschlichen Wohls und zur universellen Verwirklichung der Menschenrechte. Die Entwicklungen auf diesem für die internationale Rechtsordnung potentiell so wichtigen Gebiet verdienen eine eingehendere Behandlung.

Der Internationale Strafgerichtshof

261. 84 Staaten haben inzwischen das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs unterzeichnet. Vier Staaten haben das Statut bislang ratifiziert, das nach der Ratifikation durch 60 Staaten in Kraft treten wird. Gemäß dem von der Generalversammlung im Dezember 1998 an mich gerichteten Ersuchen berief ich die von der Konferenz von Rom geschaffene Vorbereitungscommission für den Internationalen Strafgerichtshof ein. Die Kommission hielt ihre erste Tagung im Februar 1999 und ihre zweite im Juli/August dieses Jahres ab. Eine dritte Tagung wird im November/Dezember stattfinden.

262. Die Vorbereitungscommission hat bei der Erstellung der Entwürfe der Verfahrens- und Beweisordnung sowie der Verbrechensmerkmale für den künftigen Gerichtshof Fortschritte gemacht, doch bleibt noch viel zu tun, wenn die von der Konferenz von Rom für den 30. Juni 2000 festgesetzte Frist eingehalten werden soll. Inzwischen fordere ich die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, das Statut zu ratifizieren und die Maßnahmen zu ergreifen, die für seine Anwendung erforderlich sind.

Die internationalen Gerichte

263. Gemäß dem von der Generalversammlung im Dezember 1998 an mich gerichteten Ersuchen ernannte ich fünf unabhängige Sachverständige mit dem Auftrag, sämtliche Aspekte der Tätigkeit der beiden internationalen Gerichte zu überprüfen. Es handelt sich dabei um eine Überprüfung allgemeiner Art, wobei der Schwerpunkt jedoch auf den ge-

richtsinternen Verfahrensabläufen, insbesondere der Fallbearbeitung in der Vorverfahrensphase, liegt. Dabei soll festgestellt werden, ob die zur Verfügung stehenden Ressourcen effizienter eingesetzt werden können. Das Überprüfungs-team soll der Generalversammlung gegen Ende dieses Jahres Bericht erstatten.

264. Die Urteile der beiden Gerichte haben auch weiterhin dazu gedient, zentrale Aspekte des humanitären Völkerrechts zu klären, so unter anderem den Umfang des Begriffs der schweren Verletzungen der Genfer Abkommen von 1949; die Anwendung der Begriffe des internationalen und des nichtinternationalen Konflikts und den zwischen ihnen bestehenden Unterschied; die Regeln des humanitären Völkerrechts, die auf bewaffnete Konflikte nichtinternationalen Charakters Anwendung finden; den Inhalt und Umfang des Begriffs der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, namentlich auch in Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten; die Definition der Folter im humanitären Völkerrecht; die Definition der Vergewaltigung im internationalen Strafrecht; die Strafbarkeit der Planung und Vorbereitung von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht; den Inhalt und Umfang des Begriffs der Verantwortlichkeit militärischer Führer; die Zulässigkeit des rechtfertigenden Notstands als Verteidigungsvorbringen bei Anklage wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie die Tatbestandsmerkmale der Beihilfe bei der Planung, Vorbereitung oder Ausführung einer nach dem Völkerrecht strafbaren Handlung.

265. Die Gerichte stehen vor zwei Hauptaufgaben. Zum einen müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden, um die Zeit zu verkürzen, die die Beschuldigten bis zum Beginn des Verfahrens in Gewahrsam verbringen, wie auch um die Zeit zu verkürzen, die die Führung des Verfahrens selbst in Anspruch nimmt. Zum anderen steht das Gericht für das ehemalige Jugoslawien vor der zusätzlichen, ungeheuer großen Aufgabe, die im Kosovo begangenen Verbrechen zu untersuchen.

Das Internationale Gericht für das ehemalige Jugoslawien

266. Im vergangenen Jahr hat das Internationale Gericht für das ehemalige Jugoslawien vier Anklagen gegen neun Personen, darunter namentlich den Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien, Slobodan Milošević, erhoben. Seit seiner Errichtung hat das Gericht 27 öffentliche Anklagen gegen 90 Personen erhoben.

267. Bei dem Gericht sind zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts 30 Personen in Gewahrsam. Fünf davon warten auf das Berufungsverfahren; gegen 10 Personen läuft das Hauptverfahren, und 15 erwarten die Verfahrenseröff-

nung. Im Laufe des vergangenen Jahres wurde das Verfahren gegen acht Beschuldigte eröffnet, während gegen sechs Angeklagte Urteile ergingen, womit sich die Zahl der Verurteilten inzwischen auf insgesamt sieben beläuft. Fünf der Angeklagten wurden in zumindest einigen Punkten für schuldig befunden; der sechste Angeklagte wurde in keinem der Anklagepunkte für schuldig befunden. Darüber hinaus wies die Berufungskammer die von einem Angeklagten gegen den Schuldspruch und Strafausspruch eingelegte Berufung zurück, gab jedoch gleichzeitig den Berufungen der Anklägerin gegen seinen Freispruch in bestimmten Punkten statt.

268. Im Laufe des Jahres richtete der Präsident des Gerichts vier Schreiben an den Präsidenten des Sicherheitsrats, in denen er darüber Protest einlegte, daß die Bundesrepublik Jugoslawien mit dem Gericht nicht zusammenarbeite, daß sie die drei vom Gericht unter Anklage gestellten Personen noch immer nicht festgenommen und überstellt habe und daß sie sich beharrlich weigere, der Anklägerin und ihren Ermittlern die Einreise in das Kosovo zu gestatten.

269. Infolge der Ereignisse im Kosovo richtete die Anklagebehörde vorübergehende Einsatzbüros in Albanien und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ein. Darüber hinaus ermächtigte ich die Anklägerin, bis zu 300 Gratisbedienstete der Kategorie II aus den Mitgliedstaaten einzustellen, die sofort nach der Dislozierung der internationalen Truppen spezielle gerichtsmedizinische Arbeiten im Kosovo durchführen sollen. Bis jetzt haben 11 Staaten mit den Vereinten Nationen Abkommen über die Bereitstellung entsprechender Sachverständiger geschlossen.

270. Österreich und Schweden haben Abkommen über die Vollstreckung der Urteile des Gerichts geschlossen, womit sich die Zahl der bisher geschlossenen Abkommen auf fünf beläuft. Mit anderen Staaten werden Verhandlungen geführt, um zu ähnlichen Abkommen zu gelangen.

271. Am 16. Oktober 1998 wählte die Generalversammlung drei Richter zur Besetzung einer weiteren, dritten Strafkammer. Sie nahmen ihre Tätigkeit am 16. November 1998 auf. Richterin Gabrielle Kirk McDonald gab ihren Rücktritt mit Wirkung vom 17. November 1999 bekannt. Nach Konsultationen mit den Präsidenten des Sicherheitsrats und der Generalversammlung ernannte ich für die verbleibende Amtszeit von Richterin McDonald, die im November 2001 abläuft, Richterin Patricia McGowan Wald, eine amerikanische Staatsangehörige. Louise Arbour, die Anklägerin beider Gerichte, gab ihren Rücktritt mit Wirkung vom 15. September 1999 bekannt. Am 11. August 1999 ernannte der Sicherheitsrat meine Kandidatin, Carla Del Ponte, eine schweizerische Staatsangehörige, mit Wirkung vom 15. September 1999 zur Anklägerin der beiden Gerichte.

Das Internationale Gericht für Ruanda

272. Während des vergangenen Jahres erhob das Internationale Gericht für Ruanda zwei Anklagen gegen fünf Personen. Seit seiner Errichtung hat das Gericht 28 Anklagen gegen 48 Personen erhoben. 38 Personen finden sich zur Zeit auf Weisung des Gerichts in Gewahrsam. Fünf Angeklagte warten auf das Berufungsverfahren, gegen drei läuft das Hauptverfahren, und weitere 30 erwarten die Verfahrenseröffnung. Fünf Angeklagte sind bereits des Völkermords für schuldig befunden worden oder haben sich in diesem Anklagepunkt für schuldig bekannt. Alle fünf wurden verurteilt. Gegen alle diese Schuldsprüche beziehungsweise Strafaussprüche wurde Berufung eingelegt.

273. Mali war der erste Staat, der ein Abkommen über die Vollstreckung der vom Gericht verhängten Strafen geschlossen hat. Mit anderen Staaten werden zur Zeit Verhandlungen über den Abschluß weiterer solcher Abkommen geführt.

274. Am 3. November 1998 wählte die Generalversammlung neun Richter für die Strafkammern des Gerichts. Auf der Plenartagung des Gerichts im Juni 1999 wurde Richter Navanethem Pillay zum Gerichtspräsidenten gewählt; er tritt

an die Stelle von Richter Laïty Kama, dessen Wiederwahl nicht zulässig war.

Künftige Aufgaben

275. In diesem Bericht war ich durchgehend bemüht, hervorzuheben, daß Frieden, Entwicklung und Menschenrechte miteinander verknüpft sind. Außerdem habe ich darauf hingewiesen, daß das Zusammentreffen von Unterentwicklung, Globalisierung und raschem Wandel die internationale Menschenrechtsordnung vor besondere Herausforderungen stellt. Deshalb ist es um so wichtiger, daß wir auf der Verantwortung der Regierungen beharren, unabhängig von ihrem jeweiligen politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen System und ungeachtet ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Lage die Menschenrechte zu wahren. Einfacher formuliert: der Entwicklungsprozeß, die Auseinandersetzung mit der Globalisierung und die Steuerung des Wandels müssen alle den Geboten der Menschenrechte gehorchen, und nicht umgekehrt.

276. Die Achtung der in den internationalen Rechtsakten verkündeten Menschenrechte steht im Zentrum unseres Auftrags. Wenn wir diese grundlegende Wahrheit aus den Augen verlieren, ist alles weitere zum Fehlschlag verurteilt.

Kapitel VI

Die Gestaltung des Wandels

Schaffung einer Kommunikationskultur

277. Die Schaffung einer neuen Kommunikationskultur innerhalb der Vereinten Nationen ist von entscheidender Bedeutung für die Vorbereitungen, die wir treffen müssen, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen zu sein. Im Hinblick auf dieses Ziel verfolgt die Hauptabteilung Presse und Information in Partnerschaft mit Organisationen der Zivilgesellschaft in der ganzen Welt zur Zeit eine neue Strategie der Öffentlichkeitsarbeit. Dabei geht es um die Erarbeitung neuer Methoden, die es ermöglichen sollen, die Arbeit der Vereinten Nationen in der Öffentlichkeit bekanntzumachen und unsere Erfolge in ein entsprechendes Licht zu rücken. Um dies zu erreichen, hat sich die Hauptabteilung während des vergangenen Jahres um die Förderung größerer Offenheit und Transparenz bemüht, indem sie breiteren Kreisen mehr Informationen zur Verfügung gestellt und die Kontakte zwischen Bediensteten der Vereinten Nationen und den Medien der Welt verbessert hat. Gleichzeitig bindet das Programm der Vereinten Nationen für Rundfunk- und Fernsehberichterstatte und Journalisten aus den Entwicklungsländern, das von der Hauptabteilung finanziert und jedes Jahr durchgeführt wird, jüngere Medienvertreter ein und hilft beim Aufbau von Netzwerken von Medienfachleuten, die in der ganzen Welt die Tätigkeit der Vereinten Nationen besser bekannt machen können.

278. Die Hauptabteilung beabsichtigt, die Weitergabe von Nachrichten der Vereinten Nationen durch die Schaffung eines internetgestützten VN-Nachrichtendienstes zu beschleunigen, der Journalisten über E-mail auf wichtige Nachrichten aus der Organisation aufmerksam machen soll. Wann immer möglich, sollen diese Nachrichtenhinweise auf die Interessen der Journalisten zugeschnitten und mit einem VN-Nachrichtenzentrum auf der Leitseite verbunden sein, das mehr Einzelheiten über die in dem Nachrichtenhinweis skizzierte Geschichte enthält. Die Tele- und Videoübertragung der Pressekonferenzen leitender Beamter der Vereinten Nationen vom Amtssitz und von anderen Orten, an denen Nachrichteneignisse stattfinden, wird ebenfalls mit dafür sorgen, daß Nachrichten von den Vereinten Nationen auf die Schreibtische von Reportern in der ganzen Welt gelangen. Den Informationszentren der Vereinten Nationen wird insofern eine Schlüsselrolle zukommen, als sie zusätzliche Informationen aus den Hauptstädten ihrer jeweiligen Region zusammentragen und die einheimische Medienberichterstattung verfolgen.

279. Die Hauptabteilung trägt die Gesamtverantwortung für die Web-Seite der Vereinten Nationen im Internet, die ständig weiter ausgebaut wird. 1999 wurde auf der Web-Seite eine neue audiovisuelle Leitseite eingerichtet. Die Rundfunk- und Fernsehprogramme der Vereinten Nationen sind Internet-Benutzern in der ganzen Welt inzwischen nahezu ohne zeitliche Verzögerung zugänglich. Auf die Leitseite der Vereinten Nationen (www.un.org) wird inzwischen aus 133 Ländern dreimillionenmal pro Woche zugegriffen. Die Nutzung der Seite ist in den letzten drei Jahren dramatisch angestiegen: von 11,5 Millionen Zugriffen im Jahre 1996 auf 98,5 Millionen 1998 und voraussichtlich 150 Millionen 1999. Für die Aufrechterhaltung der Web-Seite in allen Sprachen der Vereinten Nationen und ihre ständige inhaltliche und technische Aktualisierung wird eine entsprechende zwischenstaatliche Unterstützung unerlässlich sein.

280. Über 800.000 Schulen aus über 100 Ländern haben auf den Cyberschoolbus (www.un.org/cyberschoolbus) der Hauptabteilung zugegriffen, ein interaktives Online-Bildungsprojekt, das verschiedene Gruppen von Schülern und Lehrern in dem Bestreben zusammenführt, etwas über die Tätigkeit der Vereinten Nationen zu lernen. Im Rahmen des Projekts Schulen helfen Schulen bei der Minenräumung wurde zum Beispiel unter Schulkindern in den Geberländern Geld gesammelt, um bei der Minenräumung in der Umgebung von Schulen in von Krieg heimgesuchten Ländern zu helfen. Das Projekt trug auch dazu bei, Schülern, die mit Minenräum-Teams in Afghanistan und Mosambik über E-mail korrespondierten, ein besseres Verständnis der Minengefahr zu vermitteln.

281. Im Laufe des Jahres organisierte die Hauptabteilung in Zusammenarbeit mit Organisationen der Vereinten Nationen und externen Partnern wie der Walt Disney Company, der American Foundation for AIDS Research (AmFAR) und dem Freedom Forum ein breites Angebot von Ausstellungen und Sonderveranstaltungen am Amtssitz in New York und an anderen Orten. Bei der Hauptabteilung ging außerdem eine Rekordzahl von Unterstützungsanträgen für Projekte zur Begehung des Jahres 2000 ein.

282. Im Zuge ihrer Dienstleistungen für die allgemeine Öffentlichkeit richtet sich die Hauptabteilung auch weiterhin gezielt an junge Menschen, die durch direkte persönliche Kontakte – beispielsweise durch Führungen, Informationssitzungen und Sonderveranstaltungen – sowie durch Seminare für Schüler und Pädagogen angesprochen werden. Im Dezember 1998 nahmen fast 400 junge Menschen aus 125 Schulen in 7 Ländern am Amtssitz an einer Schülerkon-

ferenz über Menschenrechte teil. Videokonferenzen sind ebenfalls ein immer wichtigeres Mittel zur Herstellung einer Verbindung zwischen jungen Menschen in der ganzen Welt und den Vereinten Nationen. Außerdem werden besondere Anstrengungen unternommen, um junge Menschen auf der ganzen Welt in die globale Kommunikationsstrategie für die Millenniums-Versammlung einzubeziehen.

283. Wenn die Vereinten Nationen wirksam kommunizieren wollen, müssen sie in der Lage sein, ihre Botschaft nicht nur den Bürgern der Mitgliedstaaten, sondern auch deren Regierungen zu vermitteln. Den Informationszentren der Vereinten Nationen kommt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle zu, da sie Veranstaltungen organisieren und Informationen in den lokalen Sprachen verbreiten, die verdeutlichen, warum die Tätigkeit der Vereinten Nationen für das tägliche Leben der Menschen überall auf der Welt wichtig ist. Ihre Präsenz an Ort und Stelle und ihre Kenntnis der lokalen Gegebenheiten ermöglichen es den Zentren, die Botschaft der Vereinten Nationen der Leserschaft in ihrem jeweiligen Land wirksamer zu vermitteln. Durch die Beziehungen, die die Zentren zu den Menschen und Institutionen vor Ort entwickeln, findet die globale Vision der Vereinten Nationen eine lokale Stimme.

284. Im vergangenen Jahr haben die Informationszentren in Zusammenarbeit mit Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen pädagogische und Jugendaktivitäten wie Musterkonferenzen der Vereinten Nationen, pädagogische Programme für die Zeit nach Schulschluß und Sozialdienst-Projekte in den Vordergrund gestellt.

285. Die Dag-Hammarskjöld-Bibliothek hat ihre Kapazitäten als "virtuelle Bibliothek" weiter ausgebaut, indem sie über das Internet Verbindungen zu den Depotbibliotheken der Vereinten Nationen und anderen großen Bibliotheken der ganzen Welt hergestellt hat. Mehr und mehr Dokumente werden inzwischen in Arabisch, Chinesisch, Französisch, Russisch und Spanisch sowie in Englisch abgespeichert, während eine neue Suchmaschine Benutzer zu den wichtigsten Nachschlagewerken und den am häufigsten angeforderten Berichten der Vereinten Nationen hinführt. Über 330 Depotbibliotheken in der ganzen Welt erhalten ein elektronisches Rundschreiben, das sie auf neuerschienenen Dokumente der Vereinten Nationen hinweist. Die Bibliothek bietet Online-Ausbildungskurse an und führt im Rahmen ihrer Bemühungen um die Kommunikation mit der Zivilgesellschaft, insbesondere in den Entwicklungsländern, regionale Ausbildungsprogramme durch, bei denen darauf hingewiesen wird, daß bei den Vereinten Nationen Informationen online zur Verfügung stehen.

Verwaltung und Management

286. Eine neue Managementvision ist ein entscheidend wichtiger Punkt in meinem Programm zur Reform der Ver-

einten Nationen. Diese Vision wird mit Hilfe einer Strategie verwirklicht, die eine einfachere Organisationsstruktur herstellen und ein schlankeres und effizienteres Sekretariat schaffen soll, das von Managern geleitet wird, die mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet sind und sich zu höchster Managementqualität und Rechenschaftslegung bekennen. Mit Unterstützung des Personals und des Managements machen wir stetige Fortschritte in Richtung auf unser Ziel, die Verfahren in einer ganzen Reihe von Bereichen zu straffen.

287. Das Büro für Grundsatzfragen hat mit den Programmleitern einen laufenden Dialog über die Durchführung von Produktivitätsmaßnahmen aufgenommen, durch die der Vollzug der mandatierten Programme verbessert, gleichzeitig jedoch die Kosten gedämpft beziehungsweise gesenkt werden sollen. Ich beabsichtige, dafür Sorge zu tragen, daß die aus Effizienzmaßnahmen resultierenden Einsparungen auf ein neues Entwicklungskonto gestellt und für zusätzliche Projekte verfügbar gemacht werden.

288. Moderne Informationstechnologien haben die Kommunikation mit den Mitarbeitern verbessert und in der gesamten Organisation die Reformdiskussion in Bewegung gebracht. Die Debatte findet im federführenden Rahmen des Forums für die Steuerung des Wandels statt, und innovative Mitarbeiterideen werden weiterhin mit dem VN-21-Preis ausgezeichnet. Das Personal-Cyber-Forum hat den Meinungsaustausch über Reformfragen online ermöglicht, und die Ideen-Datenbank, die eingerichtet wurde, um Mitarbeiter dazu anzuregen, Ideen für Verbesserungen im Management einzureichen, enthält inzwischen fast 100 Vorschläge.

289. Wir sind entschlossen, die Managementverfahren auch weiterhin zu verbessern, insbesondere was Berichterstattungs- und Überwachungssysteme sowie die Verbesserung der Managementkapazität und Rechenschaftslegung angeht.

Personalmanagement

290. Die von der Generalversammlung 1994 beschlossene Personalmanagementstrategie wurde 1996 und 1998 bekräftigt und ausgebaut. Die Umsetzung der Strategie schreitet stetig voran. Die Aufgabendelegation an Manager, ihre Ausstattung mit entsprechenden Befugnissen und die Auferlegung der entsprechenden Rechenschaftspflicht erfolgen schrittweise unter Einsatz verschiedener Überwachungsmechanismen und Ausbau bestimmter Methoden der Rechenschaftslegung.

291. Die Einrichtung eines Leistungsbeurteilungssystems mit elektronischer Zugriffsmöglichkeit ist inzwischen abgeschlossen. Das System stellt die Leistungsbeurteilung unmittelbarer den erzielten Ergebnissen gegenüber, macht

deutlich, wo eine Personalentwicklung erforderlich ist und verlangt von Managern Rechenschaft sowohl für ihr Management als auch für die Personalentwicklung. Die Rationalisierung der Rekrutierungs-, Stellenbesetzungs- und Beförderungsverfahren läuft und wird in ihrer Anfangsphase die für jedes Verfahren erforderliche Zeit halbieren. Die Fortschritte werden mit Hilfe eines vor kurzem eingerichteten Überwachungsmechanismus verfolgt.

292. Wir sind dabei, die Managementressourcen des Sekretariats durch eine integrierte Reihe von Personalentwicklungs- und Laufbahnförderungsprogrammen auszubauen. Die Einführung eines Personal-Überprüfungsprogramms, das in Aktionspläne einmünden wird, die mit den einzelnen Programmanagern vereinbart werden, hat die Personalplanung um eine neue Dimension bereichert.

Finanzmanagement

293. Die Hauptabteilung hat ihr ergebnisorientiertes Haushaltsplanungskonzept weiter entwickelt. Dementsprechend enthalten die derzeitigen Haushaltsvoranschläge eine parallele Gruppe von Leistungsindikatoren, die das erwartete Ergebnis aus den eingesetzten Ressourcen hervorheben. Sie sollen die Grundlage für den Prototyp eines Haushaltsplans liefern, der der Generalversammlung bis Herbst 1999 zur Überprüfung vorgelegt werden soll.

294. Wie früher schon haben wir den Mitgliedstaaten regelmäßig aktualisierte Daten über die Finanzlage der Vereinten Nationen zukommen lassen. Die Finanzlage ist weiterhin kritisch. Der Tatsache zum Trotz, daß 117 Mitgliedstaaten – eine Rekordzahl – ihre veranlagten Beiträge zum ordentlichen Haushalt für das Jahr 1998 und alle vorangehenden Jahre in voller Höhe entrichtet hatten, wurden den Vereinten Nationen per Mitte 1999 noch immer 2,5 Milliarden Dollar geschuldet. Als Folge davon konnten die Schulden gegenüber Mitgliedstaaten für bei Friedensoperationen eingesetzte Soldaten und Ausrüstung nicht abgetragen werden. Diese Schulden belaufen sich weiterhin auf nahezu 900 Millionen Dollar und bleiben damit in ihrer Höhe gegenüber den vergangenen drei Jahren unverändert. Wenn es nicht zur Zahlung eines beträchtlichen Teils der ausstehenden Beiträge durch die Mitgliedstaaten kommt, ist mit irgendeiner Tilgung dieser Schulden im Jahr 1999 nicht zu rechnen. Der finanzielle Spielraum der Vereinten Nationen, sofern überhaupt vorhanden, ist daher gering, und für die Mitgliedstaaten, die auf Zahlung warten, bestehen kaum Aussichten auf Erleichterung.

295. In letzter Zeit entsteht zunehmende Besorgnis über die zusätzliche Belastung aus einigen humanitären und Friedenssicherungsaktivitäten, bei denen die zusätzlich benötigten Finanzmittel nicht so rasch zur Verfügung gestellt wurden, wie dies erforderlich gewesen wäre, oder bei denen

die Vereinten Nationen gebeten wurden, die Kosten aus Mitteln zu decken, die sie bereits für ihr ordentliches Arbeitsprogramm veranschlagt hatten.

Informationstechnologie

296. Verbesserungen in der informationstechnologischen Infrastruktur des Sekretariats haben uns besser befähigt, Informationen innerhalb der Organisation und unter den Mitgliedstaaten zu verbreiten. Zu den entscheidenden Fortschritten gehören die Ersetzung von über 4.000 Personalcomputern, die Modernisierung des lokalen Rechnernetzes, ein Programm zur fortlaufenden Installation der neuesten Büroautomations-Softwarepakete, die dem Industriestandard entsprechen, und Verbesserungen des Satellitenkommunikationssystems, das jetzt die notwendige Kapazität für die stärkere Inanspruchnahme durch die wichtigsten Dienstorte und Friedenssicherungsmissionen besitzt. Gleichzeitig hat die Bereitstellung von E-mail, vermehrte technische Unterstützung und der Beschluß, in die VN-Leitseite die Web-Seiten der Ständigen Vertretungen in New York einzustellen, die Kommunikation mit den Mitgliedstaaten revolutioniert.

297. Wir haben unser Programm weitergeführt, an allen Dienstorten ein auf dem letzten Stand befindliches Integriertes Management-Informationssystem (IMIS) zu entwickeln und zu installieren. Wir sind zur Zeit dabei, die letzten Bestandteile dieses Systems zu testen. Acht große Dienstorte benutzen es inzwischen für den Personalbereich. Am Amtssitz wird es inzwischen auch allen Anforderungen der Finanzverwaltung gerecht; bis Ende 2000 sollen an allen anderen Dienstorten die entsprechenden Kapazitäten vorhanden sein. Bis Ende 2000 wird auch das neue Element des Systems, das die Gehaltsbuchhaltung steuern soll, zum Einsatz gelangen. Weitere technische Fortschritte werden dem Feldpersonal den Fernzugriff auf das Integrierte Management-Informationssystem ermöglichen. Die Anwendungsmöglichkeiten des Systems sind immer vielfältiger geworden, und andere Organisationen der Vereinten Nationen sind dabei, es zu installieren, beziehungsweise Bestandteile zu übernehmen, die ihren Bedürfnissen entsprechen.

298. Im vergangenen Jahr haben wir konzertierte Anstrengungen unternommen, um die Jahr-2000-Tauglichkeit zu gewährleisten. Die Jahr-2000-Managementgruppe hat für die gesamte Organisation Kernarbeitsabläufe aufgezeigt und für Missionen die Eventualfallplanung für den Fall des Zusammenbruchs lebenswichtiger Arbeitsabläufe überwacht. Darüber hinaus hat der Verwaltungsausschuß für Koordinierung überprüft, inwieweit die einzelnen Mitglieder des VN-Systems auf die Jahr-2000-Umstellung vorbereitet sind, und federführende Organisationen zur Koordinierung der Tätigkeit an den einzelnen Orten bestimmt.

Gebäudeverwaltung

299. Während des vergangenen Jahres haben wir der Instandhaltung und Renovierung des Gebäudekomplexes am Amtssitz, der inzwischen seit fast 50 Jahren ununterbrochen genutzt wird, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Da ein immer größerer Überholungs- und Instandhaltungsbedarf besteht, erarbeiten wir zur Zeit ein Programm für langfristige Kapitalinvestitionen für Renovierungsarbeiten am Amtssitz. In Verbindung mit den von uns nachdrücklich befürworteten Energiesparprogrammen dürfte dies zur Verbesserung des Arbeitsumfelds unserer Mitarbeiter und anderer Nutzer unserer Gebäude und Einrichtungen beitragen.

Rechtsangelegenheiten

Hilfe im Rechtssetzungsprozeß

300. Mehreren am Rechtssetzungsprozeß beteiligten Organen, insbesondere der Völkerrechtskommission und der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) kamen während des vergangenen Jahres die juristischen Forschungsdienste des Bereichs Rechtsangelegenheiten zugute. Außerdem erteilte der Bereich den rechtsetzenden Organen auch Rat, um ihnen bei ihren Beratungen behilflich zu sein und die erfolgreiche Durchführung ihrer Verhandlungen zu fördern, so unter anderem den folgenden Organen: der Völkerrechtskommission, der UNCITRAL, dem Sechsten Ausschuß der Generalversammlung und seinen Arbeitsgruppen, dem Ad-hoc-Ausschuß nach Resolution 51/210 der Generalversammlung vom 17. Dezember 1996, dem Sonderausschuß für die Charta und die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen, der Vorbereitungscommission für den Internationalen Strafgerichtshof und der ersten Tagung der Vertragsstaaten des Übereinkommens von Ottawa.

301. Der Bereich Rechtsangelegenheiten war auch bei der Durchführung von Konferenzen behilflich, die zur Aushandlung und Verabschiedung mehrerer wichtiger multilateraler Übereinkommen einberufen worden waren, und unterstützte die aufgrund des VN-Seerechtsübereinkommens geschaffenen Institutionen (die Tagung der Vertragsstaaten, die Kommission zur Begrenzung des Festlandssockels, die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seegerichtshof). Andere internationale Organisationen baten den Bereich um Rat bei der Erarbeitung von Vorschriften und Normen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich, beispielsweise auf dem Gebiet des Seerechts.

302. Der Bereich wirkte an dem Entwurf mehrerer Rechtsdokumente mit, einschließlich meines Bulletins über die Grundprinzipien und Grundregeln des humanitären Völkerrechts, die auf Truppen der Vereinten Nationen in Situationen des bewaffneten Konflikts Anwendung finden.

303. Ferner beriet der Bereich Staaten im Hinblick auf Maßnahmen zur Durchführung des VN-Seerechtsübereinkommens und gewährte Staaten, die zur Zeit Reformen auf dem Gebiet des Handelsrechts durchführen, technische Hilfe, vor allem denjenigen, die die Verabschiedung der von der UNCITRAL erarbeiteten Texte in Erwägung ziehen.

Rechtsberatung

304. Der Bereich Rechtsangelegenheiten gewährte Hilfe bei der Vorbereitung und dem Entwurf von Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und mehreren anderen internationalen Organisationen. Unter anderem war er auch bei der Abfassung des Entwurfs eines Abkommens über die Beziehungen zu der Vorbereitungscommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen behilflich. Seine Hilfe erstreckte sich außerdem auf die Vorbereitung und den Entwurf von Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und einzelnen Staaten, insbesondere Abkommen über die Rechtsstellung von Missionen und Abkommen mit Staaten zur Vollstreckung der von den beiden internationalen Gerichten verhängten Strafen. Auch bei der Aushandlung von Verträgen, Mietverträgen und anderen Rechtsgeschäften, an denen die Vereinten Nationen beteiligt sind, war der Bereich beratend tätig.

305. Zu einer Reihe von Friedenssicherungseinsätzen wurde juristische Beratung gewährt, unter anderem bei der Ausarbeitung von Abkommen zwischen Indonesien und Portugal über den Status von Osttimor, zwischen den Vereinten Nationen und der Internationalen Organisation für Wanderung und zwischen den Vereinten Nationen und Australien über die Durchführung der Volksbefragung für außerhalb Osttimors lebende Osttimorer und über die Rechtsstellung der Mission der Vereinten Nationen in Osttimor. Der Bereich erstellte den Entwurf von Beschwerdeverfahren und die Einsatzanweisungen für die Identifizierungskommission der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara, arbeitete die erforderlichen Rechtsinstrumente aus, damit die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) ihre Tätigkeit aufnehmen konnte, und war bei einer Reihe komplexer Rechtsfragen, die sich aus der Verwaltung des Kosovo durch die Mission ergaben, beratend tätig.

306. Der Bereich ergriff Anschlußmaßnahmen zu dem Bericht der Sachverständigengruppe für Kambodscha und erarbeitete einen Vorschlag für ein Gericht zur Strafverfolgung der Führer der Roten Khmer.

307. Fernerhin gewährte der Bereich Rechtsangelegenheiten rechtliche Beratung und Hilfe und übernahm die gerichtliche Vertretung der Organisation im Zusammenhang mit der Beilegung einer Reihe von Streitigkeiten in der ganzen Welt. So vertrat der Bereich die Vereinten Nationen in Gerichtsverfahren, die entweder von den Vereinten Nationen

selbst oder gegen sie angestrengt worden waren, darunter bei zahlreichen, aus Friedenssicherungsmissionen entstandenen Forderungen von Unternehmen. Der Bereich wurde tätig, um die Achtung der Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen sicherzustellen, indem er sich beim Internationalen Gerichtshof in dem Gutachtenverfahren betreffend *Meinungsverschiedenheit betreffend die Immunität vor der Gerichtsbarkeit eines Sonderberichterstatters der Menschenrechtskommission* vertrat. Er vertrat darüber hinaus die Vereinten Nationen vor den beiden Internationalen Gerichten und erstellte für das Sekretariat allgemeine Leitlinien zu der Frage, wie Ersuchen der Gerichte um Zugänglichmachung der Dokumentation der Vereinten Nationen und um Zeugenaussagen von Kommandeuren und anderen Mitarbeitern der Vereinten Nationen zu entsprechen ist.

308. Der Bereich Rechtsangelegenheiten war den betreffenden Mitgliedstaaten bei der Regelung von Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Durchführung der Resolution 1192 (1998) des Sicherheitsrats und anderer Ratsresolutionen betreffend den Bombenanschlag auf den Pan-Am-Flug 103 behilflich. Außerdem wurde ihm die Aufgabe übertragen, die Überstellung der beiden Personen, die des Bombenanschlags verdächtigt werden, aus der Libysch-Arabischen Dschamahirija in die Niederlande vorzubereiten und durchzuführen.

309. Der Bereich gab dem Sekretariat allgemeine Handlungsanleitungen zur Wahrnehmung seiner Aufgaben und beriet politische Organe in Verfahrensfragen sowie in Fragen der Teilnahme, der Vertretung und der Mitgliedschaft, die sich aus ihrer Tätigkeit ergaben. Eine Rechtsberatung erfolgte auch zu Fragen im Zusammenhang mit der Durchsetzung der vom Sicherheitsrat verhängten Sanktionen und der Durchführung des Programms "Öl-für-Lebensmittel".

310. Der Bereich Rechtsangelegenheiten fungierte als Koordinierungsstelle für Kontakte zwischen den Rechtsberatern des Verbands der Organisationen der Vereinten Nationen und förderte zwischen ihnen die Koordinierung in rechtlichen Grundsatzfragen.

Internationales Vertragssystem

311. Der Bereich Rechtsangelegenheiten erfüllte seine Aufgaben als Verwahrer von derzeit 508 multilateralen Verträgen. Im vergangenen Jahr erledigte der Bereich über 1.800 Einzelmaßnahmen im Zusammenhang mit diesen Verträgen, wobei er die vielen damit verbundenen Rechtsfragen prüfte und bearbeitete. Ferner nahm der Bereich die Aufgabe der Registrierung der von den Mitgliedstaaten geschlossenen Verträge und internationalen Übereinkünfte wahr, die dem Sekretariat nach der Charta zufällt, und bearbeitete im vergangenen Jahr über 2.500 Registrierungsanträge.

Informationsarbeit

312. Im vergangenen Jahr wurde eine Reihe von Aktivitäten durchgeführt, um die Verbreitung von Informationen über das Völkerrecht und die Tätigkeit der Rechtsorgane der Vereinten Nationen zu verbessern. Insbesondere fuhr der Bereich damit fort, ein neues Programm durchzuführen, mit dem ein besseres Verständnis des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen gefördert und seine konsequente und wirksame Anwendung sichergestellt werden soll.

313. Der Bereich Rechtsangelegenheiten nahm maßgebliche Verbesserungen an seinem Publikationsprogramm vor. Er baute den Rückstand bei der Erstellung der *Treaty Series* (Vertragssammlung) ab und führte Maßnahmen ein, mit deren Hilfe der noch bestehende Rückstand bis zum Jahr 2001 vollständig beseitigt werden dürfte. Er unternahm außerdem vermehrte Anstrengungen, um den Rückstand bei der Erstellung des *Repertory of Practice of United Nations Organs* (Repertorium der Praxis der Organe der Vereinten Nationen) aufzuholen. Er schuf eine elektronische Datenbank zur Erstellung des monatlichen *Statement of Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat* (Liste der Verträge und internationalen Übereinkünfte, die beim Sekretariat registriert oder zu den Akten genommen und eingetragen wurden) und der *Multilateral Treaties Deposited with the Secretary-General* (Beim Generalsekretär hinterlegte multilaterale Verträge) und ergriff Maßnahmen, um alle im Druck erschienenen Bände der *Vertragssammlung* bis zum Jahr 2001 ins Internet zu stellen. Er verbesserte und aktualisierte seine Web-Seiten über die Vertragssammlung der Vereinten Nationen, die Völkerrechtskommission, den Internationalen Strafgerichtshof sowie die Kodifizierung, Weiterentwicklung und Förderung des Völkerrechts.

314. Die audiovisuelle Völkerrechtsbibliothek wurde erweitert, um Regierungen und Bildungsinstitutionen die Ausleihe von audiovisuellem Material zu erleichtern; darüber hinaus wurden Ausbildungsseminare und Informationssitzungen über ein einheitliches Handelsrecht abgehalten, um die von der UNCITRAL erstellten Texte breiteren Kreisen bekanntzumachen und die Staaten zu deren Annahme zu ermutigen.

Herausforderungen

315. Für das nächste Jahr erwartet der Bereich Rechtsangelegenheiten große Herausforderungen bei der Auseinandersetzung mit den komplexen Rechtsfragen, die sich aus der Durchführung des Mandats der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo ergeben, sowie bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten bei ihren Vorbereitungen zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs. Die sehr viel aktivere weltweite Auseinandersetzung mit einer Reform und Modernisierung des Handelsrechts

und die damit Hand in Hand gehende Notwendigkeit einer Harmonisierung und Vereinheitlichung der Vorschriften des internationalen Handelsrechts lassen weitere große Aufgabenstellungen erwarten.

Projektdienste

316. Das Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste, die einzige sich hundertprozentig selbstfinanzierende Institution im System der Vereinten Nationen, führt Projekte im Auftrag der Organisationen der Vereinten Nationen und anderer Organisationen in der ganzen Welt durch. Neben vielen anderen Diensten übernimmt das Büro das Projektmanagement, die Darlehensverwaltung, die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen und die Einstellung von Projektpersonal. Das Büro verbindet privatwirtschaftliche und öffentliche Wertvorstellungen und stellt im Privatsektor übliche Arbeitsweisen in den Dienst der Ideale der Charta der Vereinten Nationen.

317. 1998 erreichte das gesamte Projektportefeuille des Büros einen Betrag von 3,5 Milliarden Dollar, und die Akquisition neuer Aufträge überschritt erstmals den Betrag von 1 Milliarde Dollar. Tatsächlich durchgeführt wurden Projekte im Werte von 713 Millionen Dollar. Dieser Betrag entspricht dem Wert aller Inputs – das heißt Güter, Dienste und Berater, die von dem Büro herangezogen wurden, um die ihm von seiner Kundschaft anvertrauten Projekte durchzuführen. In diesem Betrag inbegriffen ist auch die Ermächtigung zur Vergabe von Darlehen in Höhe von 175 Millionen Dollar für Projekte, die das Büro für den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung beaufsichtigt.

318. Das Büro für Projektdienste war im Namen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen auch weiterhin auf so traditionellen Gebieten wie Umweltbewirtschaftung, Staatsführung und Armutsbeseitigung tätig. Es arbeitete aber auch mit neuen Partnern auf Gebieten zusammen, die nicht streng in den Entwicklungsbereich fallen, beispielsweise mit der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten, der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen.

319. Mehrere im Jahre 1999 erzielte Meilensteine verdeutlichten, wie vorteilhaft die neuen Partnerschaften mit anderen Institutionen des Systems der Vereinten Nationen sind. So leistete das Büro beispielsweise im Auftrag der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten der Kommission zur historischen Klärung Unterstützung bei der Untersuchung und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen in Guatemala. Das Büro schuf die aus 14 Ortsbüros in neun Landesteilen bestehende Infrastruktur der Kommission, stellte die Interviewer ein, die die lange Geschichte der politischen Gewalt im Lande dokumentieren sollten, nahm am

Ort und auf internationaler Ebene Dienstleister unter Vertrag, beschaffte Ausrüstung und führte Ausbildungsmaßnahmen durch. Die Kommission legte mir ihren abschließenden Bericht im Februar 1999 vor.

320. Das Büro für Projektdienste war der Abteilung Wahlhilfe der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten, dem UNDP und der Regierung Mexikos außerdem bei der Herstellung einer dem neuesten Stand der Technik entsprechenden CD-ROM mit Leitlinien für die Wahlhilfe behilflich, die im März 1999 in Mexiko-Stadt herausgebracht wurde.

321. Im Juni 1999 entsprach die Gruppe Minenräumung des Büros einem Hilfsersuchen der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, indem sie die Grundlagen für die Minenräumoperationen der Vereinten Nationen im Kosovo schuf – eine Voraussetzung für die großangelegte Rückkehr der Flüchtlinge. Die Gruppe baut zur Zeit in Pristina ein Koordinierungszentrum für die Minenräumung auf und ist dabei, einen Manager und wichtige Mitarbeiter einzustellen sowie die erforderliche Ausrüstung zu beschaffen. Das Genfer Büro, in dem die Gruppe für Wiederaufbau und nachhaltige Sozialverträglichkeit ansässig ist, bringt die erforderlichen Voraussetzungen mit, um Managementdienstleistungen für Organisationen der Vereinten Nationen, die sich am Wiederaufbau des Kosovo beteiligen, zu erbringen.

322. Das Büro für Projektdienste betreibt mit höchstem Vorrang die Diversifizierung seines Kundenkreises, damit es seine finanzielle Basis verbreitern und den Bedürfnissen der internationalen Gemeinschaft besser entsprechen kann. 1999 unterzeichnete das Büro im Zuge seiner Dezentralisierungsbemühungen ein Abkommen mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation und eröffnete ein Regionalbüro am FAO-Amtssitz in Rom. Das Büro hofft, daß seine Präsenz in Rom zu neuen Allianzen mit anderen Partnern der Vereinten Nationen sowie bilateralen und multilateralen Entwicklungsorganisationen beitragen wird.

323. Im Einklang mit seiner innovativen Vorgehensweise ist das Büro für Projektdienste bemüht, wann immer möglich Herausforderungen in Chancen zu verwandeln. Seine eigene Arbeit an dem Problem der Jahr-2000-Umstellung resultierte beispielsweise in neuen Projekten in mehreren Ländern, durch die Regierungen geholfen werden soll, die mit dem "Jahrtausendfehler" verbundenen Herausforderungen zu bewältigen. Die Übersiedlung in neue Büros im Herbst 1999 bedeutet, daß das Büro heute über neue Fachkenntnisse in der Steuerung der Bauplanung und Bauausführung verfügt, die von anderen Mitgliedern des Systems der Vereinten Nationen genutzt werden können. Das Büro verfügt heute über Teams für Unternehmens- und Projektentwicklung, die Dienstleistungen konzipieren können, die den sich wandelnden Bedürfnissen seiner zahlreichen Partner gerecht werden.

324. Die Erfahrungen des Büro für Projektdienste mit der Auslagerung an Unternehmen und der Zusammenarbeit mit diesen können den Vereinten Nationen zugute kommen, die ein neues Verhältnis zum Privatsektor anstreben, und können es ihnen ermöglichen, sich die besten Unternehmenspraktiken der Privatwirtschaft zunutze zu machen und gleichzeitig den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu zu bleiben.

Rechenschaftspflicht und Aufsicht

325. Im fünften Jahr seines Bestehens bemüht sich das Amt für interne Aufsichtsdienste (AIAD) auch weiterhin um eine verstärkte Rechenschaftspflicht im Management der Organisation. Während dieses Zeitraums hat eine Kultur der internen Aufsicht Akzeptanz gefunden und ist in ihrem Bestand gestärkt worden, und die Arbeitsmethoden des Amtes sind inzwischen gut eingeführt.

326. Das Amt für interne Aufsichtsdienste hat eine Reihe von Mechanismen zur Verbesserung der internen Aufsicht über Organe mit gesonderter Verwaltung entwickelt. Es hat Vereinbarungen für die Bereitstellung von Innenrevisionsdiensten mit dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, dem Internationalen Handelszentrum UNCTAD/WTO und der Entschädigungskommission der Vereinten Nationen geschlossen. Revisionsdienste werden außerdem dem Programm der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle und dem Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt. Diese Regelungen befinden sich seit einigen Jahren in Kraft und sind konkreter Ausdruck dafür, wie sehr sich das Amt dafür einsetzt, im ganzen System der Vereinten Nationen solides Management und Rechenschaftspflicht zu fördern.

327. Der Fünfte Ausschuß der Generalversammlung und der Programm- und Koordinierungsausschuß zeigen wachsendes Interesse an der Tätigkeit des Amtes für interne Aufsichtsdienste. Die Zahl der vom Amt veröffentlichten Berichte steigt mit jedem Jahr an, wobei über 50 Prozent dieser Berichte auf der Grundlage eines Auftrags der Generalversammlung erstellt wurden.

328. 1999 hat sich das Amt für interne Aufsichtsdienste insbesondere mit den Friedenssicherungseinsätzen, humanitären Einsätzen und sonstigen Tätigkeiten im Feld sowie mit den Fortschritten befaßt, die das Sekretariat und seine in anderen Ländern angesiedelten Dienststellen bei der Vorbereitung der Informationstechnologiesysteme für das Jahr 2000 erzielt haben. Besonderes Gewicht wurde auf die Überwachung der Fortschritte bei der Durchführung der Reform der Vereinten Nationen, insbesondere im Bereich des Personalmanagements und bei anderen Unterstützungsdiensten, gelegt.

Innenrevision

329. Im vergangenen Jahr hat die AIAD-Abteilung Innenrevision Prüfungen verschiedener Tätigkeitsbereiche des Sekretariats durchgeführt. Gegenstand einer Prüfung waren beispielsweise die verwaltungstechnische Unterstützung, Friedenssicherungsmissionen und technische Kooperationsprojekte, die Büros der Vereinten Nationen in Genf, Nairobi und Wien, das Büro des Koordinators für humanitäre Maßnahmen in Irak, die Feldoperation des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte in Ruanda, die vom Internationalen Drogenkontrollprogramm der Vereinten Nationen in China, Thailand und den Niederländischen Antillen durchgeführten Projekte, das Zentrum für internationale Verbrechenverhütung und sein internationaler Beirat für Wissenschafts- und Fachfragen, UNEP und sein Regionalbüro für Westasien und seine Regionale Koordinierungseinheit für die ostasiatischen Meere, die Büros des VN-Zentrums für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) in Fukuoka und Rio de Janeiro, die Entschädigungskommission der Vereinten Nationen und die Internationalen Gerichte für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda. Außerdem wurden in der Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien, im Sekretariat der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik und dessen subregionalem Sitz für die Karibik sowie bei der Wirtschaftskommission für Afrika und der Wirtschaftskommission für Europa Prüfungen durchgeführt.

330. Die Friedenssicherungseinsätze und sonstigen Tätigkeiten im Feld standen weiterhin im Vordergrund. Die Abteilung Innenrevision führte Prüfungen der Friedenssicherungsmissionen in Angola, Bosnien und Herzegowina, Haiti, Israel, Libanon, Ostslawonien, der Syrischen Arabischen Republik und der Versorgungsbasis der Vereinten Nationen in Brindisi (Italien) durch. Darüber hinaus hat die Abteilung der Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina, der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Angola und dem Büro des Koordinators der Vereinten Nationen für humanitäre Maßnahmen in Irak residierende Prüfer beigeordnet.

331. Die Prüfungssektion AIAD/UNHCR prüfte Feldeinsätze des UNHCR in 20 Ländern. Diese Prüfungen, die sich auch auf die Durchführungspartner, einschließlich staatlicher Organisationen sowie lokaler und internationaler nichtstaatlicher Organisationen erstreckten, haben zu einer Verbesserung der internen Kontrollen und der Finanzberichterstattung beigetragen. Die Sektion widmete der Beschaffung besondere Aufmerksamkeit, um sicherzustellen, daß sie selbst unter Krisenbedingungen auf faire und transparente Weise erfolgt.

332. In Anbetracht der Notwendigkeit, für die Jahr-2000-Tauglichkeit des Computersystems der Vereinten Nationen

Sorge zu tragen, beteiligte sich die Abteilung Innenrevision als Mitglied von Amts wegen an den Arbeiten des Jahr-2000-Durchführungsteams am Amtssitz. Sie führte darüber hinaus eine großangelegte Bewußtseinsbildungskampagne über die Jahr-2000-Problematik bei den Dienststellen außerhalb des Amtssitzes durch und sandte zu diesem Zweck Jahr-2000-Fragebogen und Anschlußberichte an 22 Büros, Programme und Regionalkommissionen in der ganzen Welt. Ferner führte sie Prüfungen der Informationstechnologie im Büro der Vereinten Nationen in Nairobi, bei den Internationalen Gerichten für Ruanda und für das ehemalige Jugoslawien durch und fungierte als Sonderberater, um dem Internationalen Rechenzentrum in Genf bei der Bewertung der Hinlänglichkeit, der Rechtzeitigkeit und der Vollständigkeit seiner Planungs- und Vorbereitungsmaßnahmen im Hinblick auf das Jahr-2000-Problem behilflich zu sein.

333. Das Amt für interne Aufsichtsdienste legte die Ergebnisse verschiedener Prüfungen und Anschlußprüfungen der Generalversammlung auf ihrer dreiundfünfzigsten Tagung vor, die sich u.a. mit dem Krankenversicherungsprogramm der Vereinten Nationen, der Beschäftigung von Ruhestandsbediensteten, dem Anstieg der Kosten des Vertrags für den Aufbau des Integrierten Management-Informationssystem und der Überprüfung von aus Beschaffungsmaßnahmen entstandenen Schiedsverfahren befaßten.

Evaluierung

334. Das Amt für interne Aufsichtsdienste überprüfte die Unterstützung, die die Hauptabteilung Abrüstungsfragen internationalen Abrüstungsorganen, namentlich dem Ersten Ausschuß der Generalversammlung, der Abrüstungskommission und der Abrüstungskonferenz gewährt hat. Dabei erwies sich, daß die Delegationen insgesamt mit der Unterstützung zufrieden waren, die die Hauptabteilung den multilateralen Organen gewährte. Bei der Evaluierung wurde jedoch eine Reihe von Mängeln aufgedeckt, die mit der Tätigkeit der Regionalzentren, dem Abrüstungsinformationsprogramm der Vereinten Nationen, den den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellten technischen Informationen, der Zusammenarbeit mit Regionalorganisationen und der Herstellung von Kontakten zu den Sonderorganisationen, Forschungseinrichtungen und nichtstaatlichen Institutionen zu tun hatten.

335. Das Amt für interne Aufsichtsdienste hat auch die Tätigkeit des Wahlhilfeprogramms der Vereinten Nationen in der Zeit von 1992 bis 1998 bewertet. Im Mittelpunkt des abschließenden Berichts standen a) die Rolle der Abteilung Wahlhilfe der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten im Kontext des sich wandelnden Wahlhilfe-Netzwerks und der internationalen Regeln und Verfahrenskodizes; b) Überschneidungen bei der Rolle und Aufgabenstellung der Einheiten und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Wahlhilfe; c) die interne und externe

Bewertung der Haupttätigkeiten der Abteilung Wahlhilfe und d) die Hinlänglichkeit der bestehenden ständigen Anweisungen und Verfahren zur Erfahrungsauswertung.

336. Darüber hinaus hat das Amt Dreijahres-Überprüfungen der Umsetzung der Empfehlungen vorgenommen, die die sechsendreißigste Tagung des Programm- und Koordinierungsausschusses zur Bewertung der Hauptabteilung Presse und Information und zur Abschlußphase von Friedenssicherungseinsätzen vorgelegt hat. Bei der Anschlußprüfung der Hauptabteilung Presse und Information erwies sich, daß die Hauptabteilung im Begriff ist, eine Reihe der Empfehlungen des Ausschusses in die Praxis umzusetzen, was bedeutet, daß sie traditionelle Medien wie den Rundfunk und neue elektronische Medien aktiver einsetzt und ein System zur wirksameren Sammlung und Weiterverbreitung von Nachrichten entwickelt. Es wurden jedoch nicht überall ausgewogene Fortschritte erzielt, und es wird notwendig sein, die Wirkung der 1997 und 1998 im Anschluß an die Neuorientierung der Presse- und Informationstätigkeit der Vereinten Nationen ergriffenen Maßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu überprüfen.

337. Die Anschlußprüfung der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze ergab, daß die Hauptabteilung maßgebliche Fortschritte bei der Auswertung bisheriger Erfahrungen, bei der Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Presse und Information im Hinblick auf die Informationsaspekte von Friedenssicherungsmissionen und bei der Beendigung von Missionen erzielt hat. Was jedoch die Einrichtung eines indexierten Archivs der standardisierten operativen Verfahren abgeschlossener Missionen anging, waren nur geringe Fortschritte zu verzeichnen. Das Amt wird diese Frage weiterverfolgen.

Inspektion und Überwachung

338. Da der Programm- und Koordinierungsausschuß auf seiner achtunddreißigsten Tagung zu erkennen gegeben hatte, daß bei künftigen Programmbewertungen mehr Gewicht auf eine qualitative Analyse gelegt werden müsse, erstellte das Amt einen Bericht mit dem Titel *Möglichkeiten zur Gewährleistung der vollen Durchführung und der Qualität der mandatierten Programme und Aktivitäten sowie zur besseren Bewertung durch und Berichterstattung an die Mitgliedstaaten*. Es wurden drei Alternativen vorgeschlagen, die von dem Ausschuß auf seiner neununddreißigsten Tagung geprüft wurden. Der Ausschuß hat mich ersucht, im Einklang mit der Resolution 53/207 der Generalversammlung festzustellen, wie die volle Durchführung der Mandate sichergestellt und besser bewertet werden kann, und dem Ausschuß auf seiner vierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

339. Im vergangenen Jahr wurde auch überprüft, welche Fortschritte bei der umfassenderen Bereitstellung gemein-

samer Dienste und bei der Steigerung der Effizienz der Unterstützungsdienste in New York, Genf und Wien auf den in dem Reformprogramm aufgezeigten Gebieten gemacht worden waren. Dabei stellte sich heraus, daß der Reformprozeß den Bemühungen um größere Kostenwirksamkeit durch erweiterte gemeinsame Dienste neue Impulse erteilt hatte. In seinem Inspektionsbericht empfahl das Amt für interne Aufsichtsdienste Maßnahmen, durch die die zentralen Unterstützungsdienste ausgebaut und die sich der umfassenderen Nutzung gemeinsamer Dienste entgegenstellenden Hindernisse wie Mißtrauen, Schutz der eigenen Macht- und Interessensphäre und mangelnde Kommunikation zwischen den Organisationsleitern abgebaut werden sollen. In dem Bericht wurde auch unterstrichen, daß die Mitgliedstaaten die Stärkung der gemeinsamen Dienste in vollem Umfang unterstützen müssen.

Disziplinaruntersuchungen

340. Durch ihre Empfehlung, Mitarbeiter und Auftragnehmer für Verstöße gegen die Vorschriften der Vereinten Nationen und für strafbare Handlungen gegen die Organisation zur Rechenschaft zu ziehen, förderte die in New York und Nairobi ansässige Sektion Disziplinaruntersuchungen des Amtes für interne Aufsichtsdienste weiter den Grundsatz der Rechenschaftspflicht. Ihrem Auftrag entsprechend war die Sektion an einer Reihe von Untersuchungen beteiligt. 1999 untersuchte die Sektion Vorwürfe der Korruption, prüfte Partnerschaften mit dem Privatsektor und brachte ihre erste Disziplinaruntersuchung bei einer Regionalkommission zum Abschluß. Die Sektion arbeitete außerdem mit einzelstaatlichen Strafverfolgungsbehörden zusammen, um Personen vor Gericht zu bringen, die strafbare Handlungen gegen die Vereinten Nationen begangen hatten. Bei einem Fall ging es um den Diebstahl von Eigentum der Vereinten Nationen im Werte von 400.000 Dollar durch einen Auftragnehmer einer Friedenssicherungsmission. Bei einem anderen Fall ging es um Betrug in bezug auf Reisekosten im Rahmen einer Friedenssicherungsmission in Höhe von schätzungsweise 1,2 Millionen Dollar.

341. Die Sektion untersuchte darüber hinaus Vorwürfe der Korruption in dem Feldbüro eines wichtigen Programms. Die Untersuchung kam zu dem Schluß, daß die Behauptungen durch das vorliegende Beweismaterial nicht erhärtet

werden konnten. Die Sektion empfahl jedoch der Programmleitung, eine Politik und Verfahren für die unparteiische, rasche und transparente Untersuchung entsprechender Behauptungen einzuführen. Dieser Fall war ein wichtiger Teil der entschlossenen Anstrengungen, die die Vereinten Nationen unternehmen, um in ihren Geschäftsbeziehungen mit Rechtsträgern außerhalb der Organisation hohe ethische und rechtliche Normen durchzusetzen.

342. Im Anschluß an Berichte über die unerlaubte Ausfuhr und die unlautere Einbehaltung geistigen Eigentums durch mit dem Projekt eines anderen Programms assoziierte Personen untersuchte die Sektion Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und dem Privatsektor, bei denen elektronischer Geschäftsverkehr zum Einsatz kam. Die Untersuchung deckte Mittelbeschaffungsaktionen erheblichen Umfangs und nicht genehmigte Geschäftsvereinbarungen zwischen Bediensteten der Vereinten Nationen und Privatpersonen beziehungsweise privaten Unternehmen auf. Sie förderte darüber hinaus Privatsektorinteressen an einem von den Vereinten Nationen getragenen Programm zugute, das wirtschaftlich benachteiligten Ländern technische Hilfe gewährte. Das Amt für interne Aufsichtsdienste gab Empfehlungen ab, um diesen Mißständen abzuhelpfen und Partnerschaften mit dem Privatsektor strenger zu kontrollieren. Die Hochrangige Managementgruppe hat diese Aufgabe mittlerweile offiziell übernommen.

343. Eine gemeinsam mit der Abteilung Innenrevision vorgenommene Überprüfung des Internationalen Gerichts für das ehemalige Jugoslawien erwies, daß die drei Organe des Gerichts – die Kammern, die Anklagebehörde und die Kanzlei – im großen und ganzen effizient und effektiv geleitet werden. Als Ergebnis der Überprüfung wurden Verbesserungen in wichtigen Verwaltungs- und Finanzbereichen empfohlen. Der Generalversammlung wurde ein entsprechender Bericht vorgelegt.

344. Um Mißständen vorzugreifen, führte die Sektion Disziplinaruntersuchungen in der ganzen Organisation durch, bei denen sie prüfte, wo Möglichkeiten für betrügerisches Handeln bestehen, und Empfehlungen zur Klarstellung und zur Schaffung von Abhilfe vorlegte. Im Mittelpunkt dieser Untersuchungen standen Leistungsansprüche wie Erziehungsbeihilfen und Sicherheitszulagen, die besonders mißbrauchgefährdet sind.